

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

MONATSHEFTE FÜR
DEUTSCHES AUSLANDS - WISSEN
XXII. JAHRGANG 1951

8

AUGUST 1951

Ramcke: Dem Marschall von Frankreich

Ganser: Frankreich und Deutschland
Mit neun Kartenskizzen

Neuenhofer: Die Fürsten in Indien

v. Schumacher: Die Staaten der Indischen Union
Mit einer Kartenskizze

Messerschmidt: Pakistans Wirtschaft im Aufbau
Mit zwei Kartenskizzen

*

BERICHTE 5 Kartenskizzen • **SCHRIFTTUM** • **FREIE AUSSPRACHE**

KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG
VERLAGSORT HEIDELBERG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift WELTPOLITIK und WELTWIRTSCHAFT

Monatshefte für deutsches Auslandswissen

SCHRIFTFLEITUNG

Hamburg: Professor Dr. K. H. Pfeffer

Heidelberg: Kurt Vowinckel

Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I, (F. 355814)

Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36, (F. 4093)

Manuskripte: an Schriftleitung Hamburg · Buchzusendungen: an Schriftleitung Heidelberg

Für unverlangte Zusendungen keine Gewähr

XXII. JAHRGANG · HEFT 8 · JAHRGANG 1951

Ramcke: <i>Dem Marschall von Frankreich</i>	469
Ganser: <i>Frankreich und Deutschland</i>	471
Neuenhofer: <i>Die Fürsten in Indien</i>	482
von Schumacher: <i>Die Staaten der Indischen Union</i>	488
Messerschmidt: <i>Pakistans Wirtschaft im Aufbau</i>	490
BERICHTE	502
<i>Westdeutschland / Berlin / Frankreich / Italien / USA / Australien / Kokos-Inseln / Tschechoslowakei / Georgien / Arabien / Indien / China / Hongkong / Mexiko</i>	
AUS DEM SCHRIFTTUM	
Rhode: <i>Wenn Deutschland gesiegt hätte</i>	516
Seeburg: <i>Ist Spanien faschistisch?</i>	519
von Hentig: <i>Afghanistan</i>	520
Münch: <i>Die rheinische Tragödie</i>	522
Raupach: <i>Hilfsmittel zur Rußlandforschung</i>	523
FREIE AUSSPRACHE	
Einbeck: <i>Geopolitik im Fragebogen</i>	524
<i>Muscovia delenda?</i>	
Schäfer:	524
Fiebig:	525
Schütte: <i>Unteilbarkeit des Rechts</i>	527
Vorwerk: <i>Südhile als Zukunftsland</i>	528
<i>Zum Colombo-Plan</i>	
Hildebrandt:	528
Dhawan:	530
Kunstmann: <i>Zum Tode Ferdinand Sauerbruchs</i>	532

PREIS DES HEFTES: DM 2.30

Vierteljahresbezug: Ausgabe A Mit Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.35

Ausgabe B Ohne Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.—

Studienbezug (Nur auf Hörerkarte) DM 4.—

Zu allen Dauerbezugspreisen: Zustellgebühr DM —.15 vierteljährlich

Jahrgang gebunden (2 Bände) DM 30.— / Register einzeln: DM 1.—

Postscheckkonto: Kurt Vowinckel Verlag, Ludwigshafen 12461 · Bankkonto: Allgemeine Bankgesellschaft, Filiale Heidelberg

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · WOLFSBRUNNENWEG 36

[illegible]

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Kirpa Ram D h a w a n, z. Z. Hamburg 1, Steindamm 28 —
 Eberhard Einbeck, Hamburg 13, Johnsallee 41 — Kurt
 Fiebig, Hamburg 20, Gneisenastr. 33 — Dozent Dr. phil.
 habil. W. H. Ganser, Karlsruhe, Gabelsbergerstr. 15 —
 Dr. W. O. von Hentig, Frankfurt/Main, Stephan-Heist-
 Str. 53 — Dr. Walter Hildebrandt, Stolzenau/Weser,
 Langestr. 6 — Dr. Ernst Klingmüller, Karlsruhe, Moltke-
 straße 47 — Professor Dr. Heinrich K. Kunstmann, Ham-
 burg-Lehmsal, Alsterweg 22 — Reichsbahnrat z. W. Dr. Hans
 Joachim Marschner, Hamburg-Rissen, Sandmoorweg —
 Professor Dr. Reinhart Maurach, München-Solln, Frieda-
 straße 8 — Dr. Ernst A. Messerschmidt, Central Hotel,
 Karachi, Pakistan — Dr. Herbert Mueller, Hamburg Oth-
 marschen, Cranachstr. 19 — Willy Münch, Wörrstadt/Rhein,
 Pariser Straße 45 — Ernst Neuenhofer, Rajbagh,
 Srinagar, Kaschmir, via Bombay — General der Fallschirm-
 truppen a. D. Hermann Bernhard Ramcke, Schleswig,
 Karpfenteich 6k — Professor Dr. Hans Raupach, Augsburg,
 Arnulfstraße 43 — Dr. Gotthold Rhode, Hamburg-Wil-
 helmsburg, Fährstr. 111 — Georg Schäfer, Hamburg-
 Blankenese, Kösterbergstr. 12a — Rupert von Schumacher,
 Wien, Krottenbachstr. — Dr. Ehrenfried Schütte, Bremen-
 Horn, Friedrich-Hissler-Str. 11a — Dr. Wilhelm Sebe-
 kowsky, Essen, Folkwangstraße — Axel Seeberg,
 Hamburg-Klein Flottbek, Jenischstr. 8 — Georg Vorwerk,
 Hamburg-Nienstedten, Elbchausee 143, Lindenhof.

An die

Schriftleitung der „GEOPOLITIK“

Heidelberg

Wolfsbrunnenweg 36

Dem Marschall von Frankreich

Der Tod Philippe Pétains, des Marschalls von Frankreich, geht nicht nur Frankreich an. In seinem Leben und Sterben stellt sich europäische Geschichte dar.

Er gehört zu der Generation der toten Marschälle Mannerheim, Pilsudski, Mackensen, Carmona. Sie sind in Jahrzehnten zu Soldaten erzogen worden, in denen die Kadettenhäuser und Kriegsschulen, die Kasinos und Turnierplätze, die Paradefelder und Triumphbögen, in denen auch die Schlachtfelder und die Gefangenenlager Europas einem klaren und gemeinsamen Ehrenkodex unterstanden, ob nun die Offiziere in St. Petersburg oder in Wien, in Paris oder Stockholm auf den Souverän ihrer Nation vereidigt worden waren.

Als der Verteidiger von Verdun die Hand an das goldbestickte Käppi legte, um die müden feldgrauen Gefangenen zu grüßen, die seine Soldaten aus einem zurückeroberten Fort der Festung nach hinten brachten, war ihm diese Ehrenbezeugung eine Selbstverständlichkeit. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit ließ der Oberbefehlshaber der deutschen Armee, der Kronprinz von Preußen, dem Kommandanten des französischen Forts bei der Gefangennahme den Degen, um seine und seiner Soldaten Tapferkeit zu ehren.

Das siegreiche Frankreich machte den General Pétain zum Marschall, aber es erlaubte ihm nicht, auf dem geraden Weg der Armee in das hohe Alter zu gehen. Wenn die Staaten in heiklen Lagen Minister und Botschafter für besonders schwierige Missionen brauchten, dann riefen sie ihre Generale. In der letzten Not machten sie Marschälle zu Oberhäuptern ihrer Republiken. Das Hellblau des Marschalls Pétain versprach die gleiche Bereitschaft zu selbstlosem Dienst, wie man sie vom Feldgrau des Generalfeldmarschalls von Hindenburg erhoffte. Den greisen Soldaten wurde zugemutet, die geschlagenen Heere ihrer Nationen aufzulösen und mit dem äußeren Feind zu verhandeln.

Der Marschall von Frankreich tat das Notwendige und vermied es, Worte zu machen. Als Chef eines wehrlosen Landes zwang er dem Gegner Respekt ab. Von der Stunde der Waffenniederlegung an wollte er Ruhe in seinem Lande.

Die Generalität des alten Europa, die in der Fahnenjunker- und Fähnrichszeit die Ehrbegriffe der Kavaliere gelernt hatte, stand in den letzten Jahren ihres Lebens vor dem Scherbengericht, dem Peloton, dem Henker, der Gefängniszelle, dem Reden der Advokaten, der Druckerschwärze der Gazetten, dem Hunger und der Erniedrigung der Massenlager. Burschen in Uniform vergriffen sich an Feld-

marschällen, Nervenärzte belauschten ihr Verhalten in der Zelle. Nur wer von Natur Würde hatte, behielt sie, nachdem ihm Orden und Rangabzeichen abgerissen waren. Tod, Verbannung oder Elend traf Männer, die Heere und Staaten geführt hatten.

Die Frontgenerale des Zweiten Weltkrieges sind eine Generation jünger als die alten Marschälle. Sie haben an ihrem Beispiel gesehen, daß die Ehre des Soldaten nicht an der Uniform hängt, daß es Stunden, Tage und Jahre geben kann, in denen es die Pflicht eines Soldaten ist, ein lautes Wort vernehmlich zu sprechen und das Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit auf seine Person zu lenken, aber auch andere Stunden, Tage und Jahre, in denen es darauf ankommt, mit letzter Wortkargheit an der Erbärmlichkeit des lebenden Geschlechts vorbeizusehen. Heute weiß der Soldat, daß nicht nur die Kugel, sondern auch der Strick, nicht nur die Verwundung, sondern auch die Haft, nicht nur der Tod, sondern auch die Verleumdung auf ihn warten kann. Er mag an dem toten Marschall von Frankreich sehen, wie er mit diesem Wissen unbeirrt seinen Weg bis ans Ende zu gehen hat.

Der Marschall von Frankreich hat die alten Soldatentugenden in einem fast hundertjährigen Leben vorgelebt. Nur der französischen Nation selbst steht die Entscheidung darüber zu, in welcher Weise sie nach seinem Tod seiner gedenken will. Deutsche Soldaten aber sind entschlossen, dem Marschall von Frankreich eine Ehrenbezeugung zu erweisen. In anderen Tagen hätten wir den Degen gesenkt. Heute entblößen wir schweigend das Haupt.

H. B. Farnke

General der Fallschirmtruppe a. D.

Frankreich und Deutschland

Die Perspektive

Am 4. März 1951 erschien in der *New York Times* eine Karte der nördlichen Erdhälfte (Karte 1). Sie hatte offenbar die Absicht, der Weltöffentlichkeit darzutun, daß auch die „bolschewistische Aggression“ ihre mannigfachen Achillesfersen habe. Der Hinweis darauf sollte den „Westen“ belehren, daß die Gefahr, vom „Osten“ in seine andersartige Gesellschaftsordnung hineingezogen zu werden, doch nicht der-



artig akut sei, wie dies so oft und so lange schon verkündet wird. Mit einem Wort: das genannte Kartenbild sollte beruhigen und ermutigen.

Unabhängig von dieser Absicht vermittelt die Karte den Kontinentalvölkern Mittel- und Westeuropas eine eindringliche Vorstellung ihrer räumlichen Enge, Winzigkeit und Bedrängtheit, gemessen an den Maßen und Massen der europafremden Giganten, deren Interessensphären sich in unseren Breiten überschneiden.

Das Schlüsselproblem

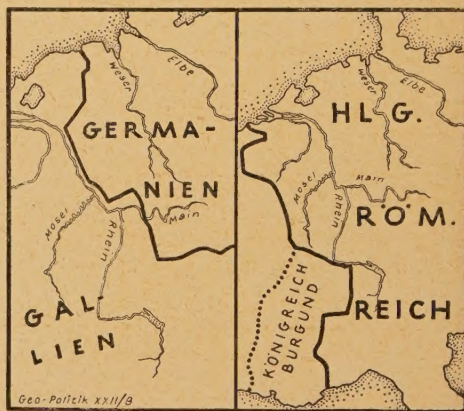
Das „Schlüsselproblem der internationalen Lage“ (Fabre-Luce) ist das deutsch-französische Verhältnis. Dem verantwortungsbewußten und kritischen Historiker kann es nicht verborgen bleiben, daß das geschichtliche Geschehen an sich und die geschichtliche Darstellung des Geschehenen das politische Weltbild einer Generation erzeugen. Bei der Bloßlegung von Ursache und Wirkung im politischen Geschehen wird es sich also in erster Linie auch darum handeln müssen, jeder pragmatischen Geschichtsschreibung den Kampf anzusagen. Denn jede beabsichtigte Einseitigkeit in der Auswahl des Stoffes und der Darstellung verfälscht das Geschichtsbild subjektiv und objektiv.

Für den objektiven Kenner der deutschen und französischen Geschichte liegt es klar zu Tage, daß nicht so sehr das geschichtliche Geschehen an sich, sondern weit häufiger die Darstellung des Geschehens die Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volke vergiftet hat.

Ausgangspunkte der pragmatischen Historiographie

Wer es unternimmt, mit dem Bemühen um strengste Objektivität, soweit sie den Menschen des „guten Willens“ überhaupt erreichbar ist, die deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen und, um mit Hermann Stegemann zu sprechen, den „Kampf um den Rhein“ im besonderen zu prüfen, der sieht sich sofort in der Situation eines Gerichtspräsidenten, vor dem die offiziellen Vertreter der streitenden Parteien bald als „öffentliche Ankläger“, bald als „Verteidiger“ erscheinen. Im Laufe der Jahrhunderte tauschen sie mehrfach ihre Rollen und Roben. Aber immer sind sie darauf erpicht, aus dem unerschöpflichen Fonds der historischen Requisiten mit advokatorischen Kniffen und Künsten sich gegenseitig zu belasten. Nur selten tönt, um im Bilde zu bleiben, aus dem Publikum oder von den Rängen her eine ungeduldige oder warnende Stimme, die zur Vernunft mahnt.

Wer mit dem Blick auf die Karte Nr. 1 das bis zur Gegenwart erreichte territoriale Plus und Minus der historischen Kontrahenten Frankreich und Deutschland mißt, der ist immer wieder erstaunt, daß der Pragmatismus der Ausgangspunkte nur selten bemerkt, fast nie aber eingestanden worden ist. Selbstverständlich haben die französischen Pragmatiker sich als günstigste Ausgangsposition für ihr territoriales Fordern die Grenzen des *Imperium Romanum* gewählt (Karte 2). Mit der gleichen Selbstverständlichkeit haben sich die deutschen Pragmatiker auf die für sie optimale Grenzziehung der Reichsteilungen von Verdun und Mersen berufen (Karte 3).



Politische Testamente

Als es nach dem Tode Gustav Adolfs (1632) und nach dem Verlust der Schlacht bei Nördlingen (1634) um die protestantische Partei schlecht stand, erteilte Richelieu seinem Monarchen Ludwig XIII. folgenden Rat:

„Daher muß der König wohl erwägen, welchen Entschluß er in dieser Sache fassen muß. — Wenn er sich entschliesse, sich mit den Protestanten zu vereinigen und sich offen gegen das Haus Habsburg zu erklären, so glauben diejenigen, die soeben aus Deutschland zurückkehren (d.h. die französischen Gesandten), daß er es unter den folgenden Bedingungen und Vorteilen tun könnte:

Die Religion soll von den Protestanten an allen den Orten erhalten bleiben, wo sie vor dem Kriege herrschte. Sie sollen alles das in die Hände des Königs legen, was sie diesseits des Rheines besetzt halten, nämlich Mainz und alles das, was zu diesem Bistum diesseits des Rheines gehört, darunter hauptsächlich Bingen und Longten, die ganze Pfalz diesseits des Rheins, mit den Hauptorten Bacharach, Kreuznach, Oppenheim, Frankenthal, Hermechtin und andere von geringer Bedeutung, ferner alles, was zum Elsaß und zum Bistum Straßburg gehört, mit den Hauptorten Benfeld und Schlettstadt und anderen kleinen Städten. Sie sollen helfen, Breisach und Philippsburg zu nehmen und Caub und Mannheim dem Könige übergeben, die zur Pfalz jenseits des Rheins gehören. Sie sollen nie weder Frieden noch Waffenstillstand noch irgendeinen Vertrag ohne die Einwilligung Frankreichs abschließen.“¹

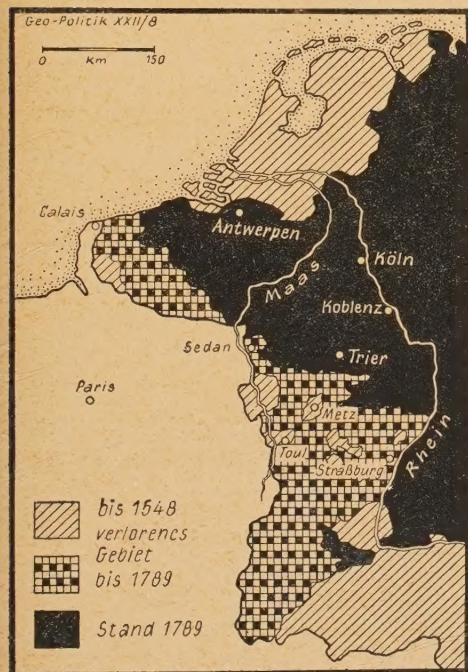
¹ Klassiker der Politik. Bd. 14. Berlin 1926. S. 284.

„Der schlimmste Entschluß, den Frankreich fassen könnte, wäre ein Verhalten, das dahin führe, Frankreich ganz allein die Kräfte des Kaisers und Spaniens aushalten zu lassen. Das wird zweifellos eintreten, wenn Frankreich nicht die Reste dieser großen Partei, die seit langer Zeit in Deutschland bestanden hat, sammelte und wieder vereinigte, schlimmstenfalls, indem man eine Zeitlang die Ausgabe eines Krieges mit Deutschland aushält, und zwar mit Fürsten zusammen, die daran interessiert wären und mit zur Partei gehörten, statt daß man ihn im Herzen Frankreichs austragen müßte, ohne den Beistand der Fürsten, in deren Staaten der Krieg lange ausgehalten würde. Folglich scheint es als unbedingt notwendig, dieser Partei zu helfen, und es handelt sich allein um die Frage, wie man es tun kann.“²

Es ist in der deutschen pragmatischen Historiographie immer wieder und mit der heftigsten Entrüstung die „Raub- und Reunions-Politik“ des ludowizianischen Frankreich angeprangert worden. Eine leidenschaftslose und objektive Wertung hätte in erster Linie diese Anprangerung gegen die eigene „ständische Libertät“ in ihren verschiedensten dynastischen und konfessionellen Erscheinungsformen

kehren müssen. Denn der deutsche Territorialismus und Partikularismus hat sich im 16., 17. und 18. Jahrhundert normalerweise keinen Deut um Kaiser, Volk und Reich gekümmert. Die Vertreter der offiziellen Politik dachten mehr oder weniger nur an die Fundamentierung und Ausweitung der eigenen Hausmacht. Allein über diesem inneren Zwiespalt und Egoismus ging das Reich in die Brüche, gelang dem früher und glücklicher national geeinten Nachbarn im Westen der Vormarsch an den Rhein.

Einseitig pragmatisch war und ist es auch, das „christliche Frankreich“ allein der Todsünde des Paktierens mit der nicht-christlichen, nicht-europäischen Pforte zu zeihen. Eine objektive Historiographie hätte genau so vor der eigenen Tür kehren und darauf hinweisen müssen, daß im Politischen Testament Friedrichs des Großen aus dem Jahre 1752 zu lesen steht:



„Ebenso erfordert Österreich große Aufmerksamkeit. Es ist unser Hauptfeind. Es möchte den Prinzen von Lothringen auf den polnischen Thron setzen und despotisch im Reiche schalten, lauter Dinge, die wir nicht dulden können. Hier entsteht die Frage, wie das zu verhindern ist. Folgende Mittel gibt uns der gesunde Menschenverstand an. Wir müssen uns mit den Feinden unserer Feinde verbünden, nämlich mit Frankreich, Schweden, einigen Reichsfürsten, wenn möglich mit dem Könige von Sardinien, ja mit den Türken (vom Verfasser gesperrt). Wir müssen auf die Sprengung der polnischen Reichstage hinwirken, und zu dem Zweck etwas Geld springen lassen, wie wir es schon getan haben . . . Vor allem aber müssen wir den Türken beibringen, daß es gegen die Politik verstößt, wenn sie es dulden, daß Ungarn und Polen unter demselben Herrscherhause vereinigt werden.“³

² a. a. O. S. 289.

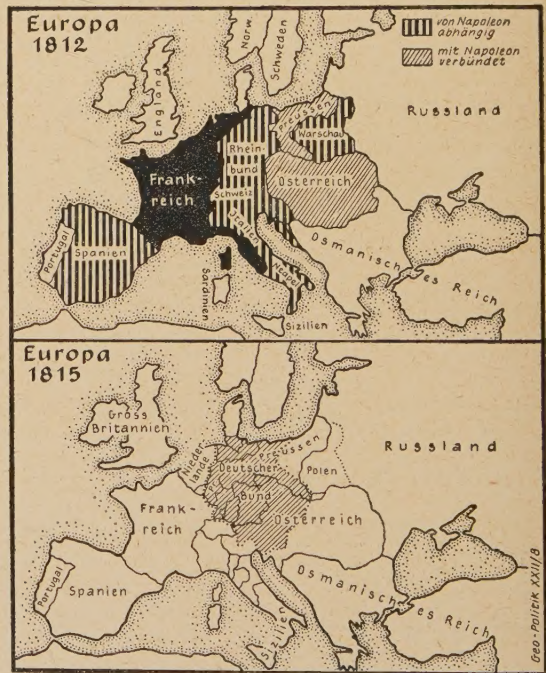
³ Klassiker der Politik. Bd. 5. Berlin 1922, S. 55.

So und nicht anders hat die Realpolitik des 16., 17. und 18. Jahrhunderts aus-
gesehen. Wägt man die politischen Testamente Richelieus und Friedrichs des Gro-
ßen, die ludowizianische und friderizianische Politik objektiv gegeneinander ab,
dann lautet das Ergebnis: Das Zeitalter des absoluten und des aufgeklärten Ab-
solutismus gehorchte nur der dynastischen „Staatsraison“. Die Politik Richelieus
und Friedrichs des Großen war in ihrer Zielsetzung und in ihrem Effekt gleicher-
weise auf die Zertrümmerung des Reiches gerichtet. Warum also von dem Fran-
zosen Richelieu mehr verlangen als von dem Preußen Friedrich?

Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten der erfolgreichen Expansionspolitik des
absolutistischen Frankreich gegen das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“
näher einzugehen. Es genügt, auf ihr Ergebnis hinzuweisen (Karte 4).⁴

Frankreich „als europäische Ordnungsmacht“

In der Epoche der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege war
das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ zunächst auch keinem anderen
Gesetz untertan als dem der dyna-
stischen Realpolitik. Wieder war
es Preußen, das, wesentlich wegen
der polnischen Teilungsfrage, 1795
aus der europäischen Koalition
gegen das Frankreich der Ersten
Republik ausscherte, in die Abtre-
tung seiner linksrheinischen Terri-
torien einwilligte, sich aber Kom-
pensationen auf rechtsrheinischem
Gebiete ausbedang. Im Frieden
von Lunéville (1801) gab auch
Österreich notgedrungen sein Ein-
verständnis. Napoleon trug mit dä-
monischem Ungestüm die franzö-
schen Adler bis in das Herz des
Zarenreiches. Im Zenit der napo-
leonischen Macht erreichte die Ex-
pansion Frankreichs ihre größte
Ausweitung (Karte 5). Das Karten-
bild weist aus, daß dabei vielfach
gegen das von der Französischen



Revolution verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen wurde.

Die von Ludwig XIV. und Napoleon unternommenen Versuche, dem Frankreich
des Absolutismus und der Revolution die Aufgabe der „Europäischen Ordnungs-
macht“ zuzuweisen, scheiterten jeweils unter der Führung Englands am gesamt-
europäischen Widerstand. Napoleon erlag keineswegs der waffenmäßigen Gegen-
wirkung Preußens und Österreichs allein.

⁴ Deutschland und der Westen. Hrg. von Friedrich Heß. Berlin 1941. S. 116.

Mithin darf es nicht überraschen, daß sich im Ersten und Zweiten Pariser Frieden sowie auf dem Wiener Kongreß nicht die Standpunkte Preußens und Österreichs allein durchzusetzen vermochten, sondern daß eine territoriale Lösung ausgehandelt wurde, die ebenso den russischen wie den englischen Interessen entsprach. Nicht die national inspirierten Denkschriften Humboldts, sondern das international wägende und dialektisch interpretierende Memorandum von Kapodistrias gaben den Ausschlag für die Urteilsfindung des gesamteuropäischen Areopags.⁵ Frankreich wurden die Grenzen von 1792 zuerkannt, es blieb also im Besitze des Elsaß und Lothringens (Karte 6).

Das Jahrhundert der Hybris

Kein geringerer als Treitschke hat in seiner Flugschrift aus dem Sommer 1870: „Was fordern wir von Frankreich“⁶ geschrieben:

„Erst die Revolution hat die Elsasser dem Staate und der Staatsgesinnung der Franzosen eingefügt. Sie vereinigte die noch übrigen kleinen deutschen Herrschaften des Elsaß mit dem französischen Gebiete, vernichtete hier wie überall das Sonderrecht der Provinz... In den Stürmen der großen Umwälzung lernten die Elsasser, wie alle Bürger Frankreichs, ihrer Vergangenheit zu vergessen... Was vor dem vergötterten Jahre 89 geschah, gehört der antiquarischen Forschung; keine Brücke führt mehr hinüber von dem Heute zum Gestern.“

Trotz dieser Erkenntnis wurde von der Öffentlichkeit des nationalen Deutschland der Brückenschlag vom „Heute zum Gestern“ gefordert und nach dem siegreichen Ausgang des Krieges von 1870/71 von Bismarck auch durchgeführt. Zum ersten Male in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen prallten im Kampfe des werdenden Bismarckreiches mit dem Frankreich Napoleons III. und Gambettas die zum Chauvinismus gesteigerten Nationalismen beider Völker aufeinander.

Gestützt auf die öffentliche Meinung und den Generalstab hat Bismarck aus nationalen und strategischen Gründen im Frankfurter Frieden die Rückgabe des Elsaß und Lothringens zur *conditio sine qua non* gemacht. In seinen Reden vom 2. und 25. Mai und 3. Juni 1871 hat er seine Forderung unter weitgehender Verwendung von Treitschkes Argumenten begründet.

„Der Verwirklichung dieses Gedankens, der Befriedigung dieses unabweisbaren Bedürfnisses zu unserer Sicherheit, stand in erster Linie die Abneigung der Einwohner selbst, von Frankreich getrennt zu werden, entgegen. Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Gründe zu untersuchen, die es möglich machten, daß eine urdeutsche Bevölkerung einem Lande mit fremder Sprache und mit nicht immer wohlwollender und schonender Regierung in diesem Maße anhänglich werden konnte.“⁷

Da das deutsch-französische Duell von 1870/71 kein gesamteuropäischer Koalitionskrieg, sondern nur ein zweiseitiger gewesen war, die nichtbeteiligten Mächte sich weder veranlaßt fühlten, in den Ablauf der Kämpfe einzugreifen, noch sich in Frankfurt einzufinden, führten die dort gepflogenen Friedensunterhandlungen zu einem zweiseitigen Vertrag, bei dem der Sieger die Bedingungen zu diktieren vermochte. So wie sich das nationale Deutschland bei den Koalitionsfriedensschlüssen von 1815 durch die Interessenpolitik Rußlands und Englands überstimmt und betro-

⁵ Bruno Gebhardt: Wilhelm von Humboldt als Staatsmann. Bd. 2. Stuttgart 1899. S. 175 ff.

⁶ 2. unveränderter Abdruck aus dem 26. Bd. der Preußischen Jahrbücher, S. 22/23.

⁷ Reden des Fürsten Bismarck aus den Jahren 1847—1895. Hrg. von Hans Kraemer. Bd. 1. Halle 1895. S. 274 ff. 280. Dazu: H. v. Treitschke, Briefe. Lpz. 1917, 3, 1, S. 263 ff. Hausrath, Adolf, Zur Erinnerung an Heinrich von Treitschke. Lpz. 1901. S. 61 ff.

Erst bei genauer Kenntnis der Reden des Kaisers wird es verständlich, warum in dem mit leidenschaftlicher Erbitterung geführten Briefwechsel zwischen Lujo Brentano einerseits und Yves Guyot und Daniel Bellet andererseits, der, — ähnlich wie 1870 der Briefwechsel zwischen David Friedrich Strauß und Ernest Renan, — als publizistischer Auftakt den Ausbruch des Ersten Weltkriegs begleitete, die Kontroverse um die Persönlichkeit Wilhelms II. eine so große, ja die entscheidende Rolle spielte. Wie eine Eruption bricht es aus Guyot heraus: „Wenn Sie die tiefste und wahre Ursache des Krieges suchen: Sie liegt bei Ihrem Kaiser und seiner Umgebung“.⁹

Durch nichts wird der verderbliche Chauvinismus der Ära der Vorweltkriegszeit und der Jahre des mörderischen Ringens von 1914—1918 schärfer charakterisiert als gerade durch die Flut der Manifeste, publizistischen Schriften und Gegenschriften der streitenden Parteien.¹⁰

Erst wenn erkannt ist, daß ein echter Wahnsinn die Hirne der maßgeblichen Menschen sowohl im Lager der *Ligue des Patriotes* und des *Bloc National* als auch in dem Lager der deutschen Annexionisten umfassen hat, wird überhaupt verständlich, wieso die kaum glaublichen Zerstückelungspläne gegen Deutschland erdacht und allen Ernstes in der Öffentlichkeit propagiert werden konnten (Karte 7).¹¹

Die deutschen Annexionisten

Genau so wie auf der französischen Seite haben auch auf der deutschen ernste Historiker publizistisch mit Eventualplänen in die mögliche Zukunftsgestaltung des Nachkriegseuropa eingegriffen. Selbst der im allgemeinen maßvolle Oncken eröffnete seine Spekulationen mit den Sätzen:

„Es darf zunächst als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß wir uns in einer solchen Lebensfrage deutscher Nation von keinem anderen Gesichtspunkt als dem des deutschen Interesses leiten lassen dürfen, wobei wir dieses Wort allerdings nicht in dem engen und massiven Sinne nehmen, der sich leicht mit ihm verbindet, sondern es so weit und innerlich fassen, wie es die Aufgabe verlangt.“¹²

Die Generalformel seines Planes lautet:

„Das Maß der Garantien, die wir unbedingt brauchen, kann aber nicht von dem Eroberungsgedanken, sondern allein von dem Sicherungsgedanken bestimmt werden: ihn gilt es realpolitisch zu verwirklichen. Gegen die militärische Bedrohung an der in vieler Hinsicht empfindlichsten Grenzlinie hilft nur ein Verzicht Belgiens auf militärische Machtmittel höherer Ordnung und damit auf die Verführung, sie eines Tages im Dienste der Westmächte gegen uns zu verwenden.“¹³

Brandenburg verwirft die Hoffnung, die zukünftige Sicherheit des Reiches auf internationale Garantien stützen zu können, als eine Illusion. Er erwartet alles Heil von dem Ausbau des bereits bestehenden Bündnissystems und beträchtlichen Gebiets- und Machterweiterungen in Europa und Übersee. Die Quintessenz seiner Schlußfolgerungen lautet:

⁹ Yves Guyot, Daniel Bellet u. Lujo Brentano: Briefwechsel. Berlin 1915. S. 8.

¹⁰ Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Berlin 1915. S. 15.

¹¹ Louis Dimier: Les tronçons du serpent. Idée d'une dislocation de l'Empire Allemand et d'une reconstitution des Allemagnes. Paris 1915.

¹² Hermann Oncken: Das alte und das neue Mitteleuropa. Gotha 1917. S. 33.

¹³ a. a. O. S. 147/48.

„Nur die militärische und wirtschaftliche Beherrschung der Nachbargebiete kann uns die Sicherheit gewähren, welche die wandelbare Gesinnung ihrer Bewohner uns nicht zu bieten vermag . . . Das Deutsche Reich muß in Zukunft, noch stärker als bisher gerüstet zu Wasser und zu Lande, vergrößert durch Luxemburg und Briey, umgeben von einer Anzahl politisch und militärisch abhängiger, in ihren inneren Verhältnissen selbständiger Schutzstaaten, an seinen Flanken besser als bisher gedeckt, als eine Macht dastehen, die anzugreifen noch gefährlicher und schwieriger ist, als es dies vor dem Kriege war . . .“¹⁴

Wie Brandenburgs „Besatzungsstatut“ für die „politisch und militärisch abhängigen, in ihren inneren Verhältnissen selbständigen Schutzstaaten“ ausgesehen haben würde, kann jederzeit in dem Abschnitt „Schutzgebiete“ nachgelesen werden. Der Geist dieses zeit- und generationsbedingten Annexionismus war nicht nur auf die konservativ-nationalen Rechtskreise beschränkt. Er vermochte nachmalige ausgesprochene Verständigungspolitiker wie Erzberger und Stresemann in seinen Bann zu schlagen. Ersterer stellte seine vielseitigen Talente und enorme Arbeitskraft zu Beginn des Ersten Weltkrieges durchaus in den Dienst der Propaganda, letzterer war während der gesamten Kriegsdauer ein Verfechter der Eingliederung Flanderns und des Baltikums.¹⁵

Die „einschlägigen Verhältnisse“

Im Dezember 1917 richtete der „Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller“ und der „Verein deutscher Eisenhüttenleute“ gemeinsam eine streng vertrauliche Denkschrift an die „Reichs- und Oberste Heeresleitung“.

Das Memorandum der deutschen Eisen- und Stahl-Industrie war unzweifelhaft zunächst die deutsche Antwort auf die Beschlüsse der vorausgegangenen Pariser Wirtschaftskonferenz, auf der „im Wirtschaftskrieg alle nur denkbaren Maßnahmen getroffen“ wurden, „um die Wirtschaftskraft der Mittelmächte zu schwächen und zu Boden zu drücken“.¹⁶

Die Beweisführungen der Denkschrift gipfelten in dem Satz: Ohne das lothringische Erzgebiet, erweitert durch Briey und Longwy, ist Deutschland nicht lebensfähig und spätestens ab 1970 wegen Erschöpfung seiner Erzvorräte dem Untergang geweiht.¹⁷ Ausdrücklich wird betont: „Leider ist die Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse durchaus nicht Gemeingut des deutschen Volkes“.¹⁸ Die Denkschrift ist der Ansicht, daß Frankreich den Verlust von Briey und Longwy durchaus verschmerzen könne. Denn

„Es ist eine merkwürdige Fügung, daß es Deutsche gewesen sind, welche keine Mühe gescheut haben, die normannischen Erzvorkommen in jahrelanger, mühevoller Arbeit zu erforschen und zu erschließen. Kaum hatte dort die Förderung einen größeren Umfang angenommen, da brach der Krieg aus. Daß die Normandie so überaus reiche Erzläger enthält, wissen heute bloß wenige, weil die deutschen Unternehmer ihre erst in den letzten Jahren vor dem Kriege gewonnenen Kenntnisse wie ein Geheimnis vor aller Welt gehütet haben . . . Würde Frankreich gezwungen werden, uns die Becken von Briey und Longwy zu überlassen, so würde es uns nicht ganz den dritten Teil seiner Erzschatze abtreten, und Deutschland könnte seine Erzvorkommen und damit seine Eisenkräfte verdoppeln. Trotz-

¹⁴ Erich Brandenburg: Deutschlands Kriegsziele. Leipzig. Quelle und Meyer. 1917. S. 95, 96.

¹⁵ Walter Görlitz: Gustav Stresemann. Heidelberg 1947. S. 63, 64, 68. — Antonina Vallentin: Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. München. 1948. S. 39, 297.

¹⁶ Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller und Verein deutscher Eisenhüttenleute. Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet. Berlin und Düsseldorf 1917. S. 21.

¹⁷ a. a. O. S. 7.

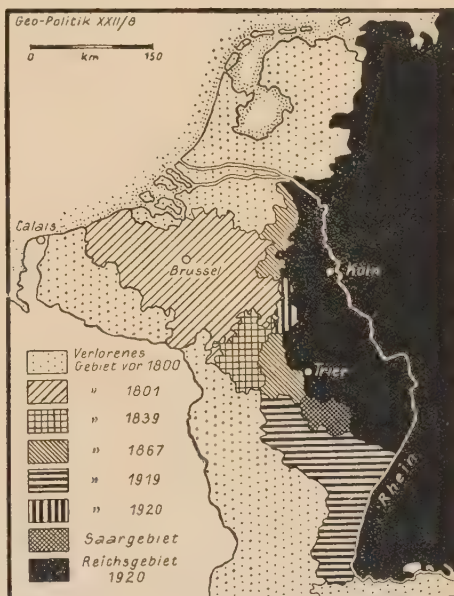
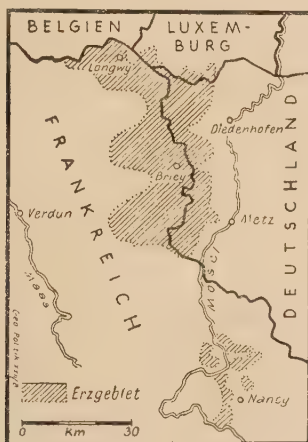
¹⁸ a. a. O. S. 6.

dem hätte Deutschland künftig in seinen Bodenschätzen keine größeren Erzvorräte und bei weitem nicht so gute Erzsorten als Frankreich.“¹⁹

Diese Ausführungen ließ die deutsche Stahl- und Eisen-Industrie durch Martin Spahn historisch untermauern.

Spahn weist die Bedenken, daß „das Rechtsempfinden der zivilisierten Menschheit durch uns allzu schwer gereizt und aufs neue gegen uns eingenommen werde“, falls die „Reannexion“ von Briey und Longwy durchgeführt würde, wie folgt zurück:

„Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß Rechtsvorstellungen eine immer wichtiger werdende Rolle in den Beziehungen der Staaten zueinander spielen. Aber hier fehlt es ihnen am zureichenden Grunde... Die Zeit könnte die Lothringer auch wieder zu gleich guten und gehorsamen Gliedern des Deutschen Reiches machen.“²⁰



In enger Anlehnung an die hier und in der streng vertraulichen Dezember-Denkschrift der Eisen- und Stahl-Industrie ins Treffen geführten Argumente wurde die Propaganda für die „Reannexion“ des „französisch-lothringischen Grenzstreifens“ in die Öffentlichkeit getragen.²¹ Zahlreiche Tabellen dieser Flugschrift, in denen die „Eisenkräfte“ der Alliierten und der Mittelmächte gegeneinander abgewogen wurden, unterstrichen die in volkstümlichem Tone gehaltenen Ausführungen (Karte 8).

Die fragwürdigen Begründungen für Expansionswünsche der deutschen Nationalwirtschaft nach Westen werden durchaus aufgewogen durch die wirtschaftlichen und historischen Argumente, mit denen die wirtschaftliche und politische Führungsschicht Frankreichs in der Stunde ihres Sieges Expansionsforderungen nach Osten nicht nur erhob, sondern verwirklichte: das Saargebiet wurde nach 1919 und wieder nach 1945 ihr Opfer (Karte 9).²²

¹⁹ a. a. O. S. 12.

²⁰ Martin Spahn: Die Wiedereinverleibung der Eisenerzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet. Berlin 1918. S. 7.

²¹ Vgl. z. B. J. Reichert: Was sind uns die Erzbecken von Briey und Longwy? Berlin 1918.

²² Deutschland und der Westen. Hrsg. von Friedrich Heiß. Berlin 1941. S. 114.

Objektivität nach beiden Seiten

Wollen wir der Zwangsläufigkeit des Pragmatismus entrinnen, so ist es also notwendig, einmal die Standpunkte zu vertauschen, sich in die Rolle des anderen zu versetzen, und eine ernste Gewissensforschung darüber anzustellen: Was hat den anderen verletzt? Was konnte ihn verletzen?

Es wird erwartet, daß Gleiches auch von seiten des anderen geschieht. Natürlich ist zu gewärtigen, daß aus dem Munde der Chauvinisten rechts und links der Grenze der Vorwurf erhoben wird, daß eine solche Methode gegen die „nationale Würde“ verstoße und das „eigene Nest beschmutze“. Wer im Zweiten Weltkriege fünf Jahre als Soldat im Felde stand, sich eben so lange in russischer Kriegsgefangenschaft befand, Europa von „draußen“ sah, der kehrt als ein Verwandelter aus dem Tode in das Leben zurück. Er kehrt zurück, im wörtlichsten Sinne mit einer Welt-Anschauung, die den Dimensionen gehorcht, deren zwingende Gewalt in der Karte Nr. 1 deutlich wird. Nur wenn es uns gelingt, das Joch der chauvinistischen Tradition zu brechen, die Scheuklappen der nationalistischen Beschönigung herunterzureißen, werden unsere Augen aufgetan sein für die wirkliche geopolitische Lage.

Die Sprache der Zahlen

Vielleicht vermag die nüchterne Sprache der Zahlen den Hochmut oder die Indolenz zu erschüttern.

	Deutschland	Frankreich
Gefallene des Ersten Weltkrieges ²³	1 770 000	1 363 000
Gefallene und Vermißte des Zweiten Weltkrieges	3 250 000	250 000

Das Resultat aber zeigt die Karte 1.

Jeder Deutsche und jeder Franzose lege sich die Frage vor: Hat es sich für unsere beiden Völker gelohnt, durch zwanzig Jahrhunderte hindurch unsere Kräfte im Ringen gegeneinander zu vergeuden? Was wäre geschehen, wenn die gesamten Potenzen unserer Nationen in gemeinsamer Front gestanden hätten für die Erschließung und Gestaltung der Welt? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten, dahingehend zu beantworten, daß mit Sicherheit die Karte 1 niemals in der *New York Times* erschienen wäre.

Der Eidbruch der Völker und Einhards Antwort

„Am 14. Februar des Jahres 842 trafen die beiden Söhne Ludwigs des Frommen (der 840 gestorben war), Ludwig der Deutsche und Karl der Kahle, in Straßburg zusammen, nachdem sie gegen ihren Bruder Lothar die Schlacht von Fontanet gewonnen hatten und ihren Bund noch enger gestalten wollten, und schworen sich im Angesichte ihrer Heere gegenseitige Treue. Damit auch die Soldaten Zeugen dieses Bundes seien, schwor Ludwig der Deutsche seinen Eid in romanischer, Karl der Kahle in deutscher Sprache. Dieses kostbare Dokument ist uns durch den zeitgenössischen Historiker Nithard in seiner „Geschichte der Reichsteilungen zwischen den Söhnen Ludwigs des Frommen“ überliefert worden.“²⁴

²³ Adam Buckreis: Der Weltkrieg und die Zeit nach dem Kriege. 2. Aufl. Nürnberg 1931. S. 348, 350.

²⁴ Marcel Braunschvig: Notre littérature étudiée dans les textes. Bd. 1. Paris 1927. S. 8.

Der Schwur lautete:

„Pour l'amour de Dieu et pour le salut commun du peuple chrétien et le nôtre, à partir de ce jour, autant que Dieu m'en donne le savoir et le pouvoir, je soumettrai mon frère Charles que voici, par mon aide et en chaque chose, ainsi qu'on doit justement son frère, à condition qu'il m'en fasse autant, et avec Lothaire je ne prendrai jamais aucun arrangement, qui, par ma volonté, soit au détriment de mon frère Charles que voici.“

Das hieß zu Deutsch:

„Bei der Liebe Gottes und der allgemeinen ewigen Seligkeit der Christenheit und der unsrigen werde ich von diesem Tage an, soweit mir Gott hierzu die Weisheit und Kraft verleiht, meinen hier stehenden Bruder Karl mit meiner Hilfe und in allen Dingen unterstützen, so wie man dies billigerweise seinem Bruder schuldig ist, sofern er mir dasselbe tut. Ich werde niemals mit Lothar eine Übereinkunft treffen, die willentlich zum Schaden meines Bruders Karl sein wird.“

Zum Schaden des deutschen und französischen Volkes, zum Schaden der „Christenheit“ und der Welt ist der Schwur von Straßburg nicht gehalten worden. Unsere beiden Völker sind eidbrüchig geworden.

Was die kombinierte Kraft unserer Nationen in der Hochzeit unserer gemeinsamen Geschichte zu leisten vermochte, möge man nachlesen in Einhards *Vita Caroli Magni*, im 15. und 16. Kapitel. Einhard beschließt dort die Würdigung des Reiches Karls des Großen mit dem Sprichwort der Griechen: „Den Franken habe zum Freunde, aber nicht zum Nachbarn!“²⁵

Die Zukunft

Wie die Karte 1 lehrt, ist der *bloc germanique*, dessen historische Aufgabe es war, Europa gegen raum- und kulturfremde Kräfte abzuschirmen, verschwunden. Infolge der Politik der *blocs nationaux* in Frankreich und Deutschland ist er durch den *bloc bolchévique* verdrängt worden.

In den Stürmen unserer Zeit sind die Götzen des Chauvinismus und des territorial ausgerichteten Nationalismus von ihren Altären gestürzt. Sie sind nicht mehr die entscheidenden Größen. Auch das nur-europäische Denken ist bereits eine historische Reminiszenz. Die Welt ist gespalten in die Kraftfelder der abendländischen und bolschewistischen Gesellschaftsordnung, d. h. nach Welt-Anschauungen im komplexesten Sinne. Diese Tatsache wird durch nichts mehr bewiesen als dadurch, daß die Menschen, die glauben, nicht mehr im Machtbereich der einen Weltanschauung leben zu können, in den Machtbereich der anderen fliehen. Der Slawe flüchtet sich in den „Westen“, der Romane oder Germane in den „Osten“. Das aber beweist mit eindringlicher Deutlichkeit, daß das Zeitalter des Nationalismus alten Stiles zu Ende ist, ein neues Zeitalter begonnen hat.

Daraus ergibt sich für Frankreich und Deutschland die Lehre: Die Vergangenheit ist tot. Es führt keine Brücke mehr „vom Heute zum Gestern“. Aller Hader und Streit um das Vergangene und wegen des Vergangenen sind gegenstandslos geworden. Deutschland und Frankreich haben nur noch ein Schicksal, nur noch eine Geschichte. Werden sie sich dessen nicht bewußt, so werden sie keine Geschichte mehr haben.

²⁵ Einhard: Das Leben Karls des Großen. Übertragen von Johannes Bühler. Leipzig. Insel-Verlag. o. J. S. 27.

ERNST NEUENHOFER

Die Fürsten in Indien

Ostindische Compagnie und Fürsten

Wenn man von den territorial geringfügigen Erwerbungen absieht, die die Portugiesen nach 1491 in Indien gemacht und zum Teil bis heute behalten haben, kann man den Beginn der kolonialen Phase der indischen Geschichte etwa vom Siebenjährigen Krieg an datieren. Dieser Krieg war weniger eine preußische Angelegenheit als eine allgemein-europäische Auseinandersetzung, namentlich auch über koloniale Interessen. Für England und Frankreich ergaben sich folgenreiche Auswirkungen des Krieges bis nach Amerika und Indien.

In Indien herrschte seit 1725 ein Zustand der Auflösung alter politischer Formen. Das Mogulreich, bis kurz vorher sehr mächtig, begann unter schwachen Regenten zu zerfallen. Seine Satrapen riefen sich in ihren Provinzen zu Fürsten aus; die Hindumacht unter Mahratten und Sikhs stieß wieder kräftig vor, und jeder kleine Herr oder Häuptling machte sich in seinem Bereich unabhängig. In dieser Konjunktur sann auch die Handelscompagnien der Engländer und Franzosen — seit mehr als einem Jahrhundert in befestigten Stützpunkten und Faktoreien an den indischen Küsten etabliert — auf Gebietserwerb. Entsprechend dem Kriegszustand zuhause bekriegten sie einander zu Lande und zur See.

Das Jahr 1763 sah die — von Hause schlecht unterstützten — Franzosen aus dem Felde geschlagen und die Engländer im Besitz ihres ersten größeren Gewinnes, nämlich der reichen Mogulprovinz Bengalen. Gestützt auf ihre überlegene gedrillte indische Söldnerarmee eroberte die Ostindische Compagnie in den nächsten 80 oder 90 Jahren weitere große Gebiete, während sie durch das bloße Gewicht ihrer Macht andere Fürsten zur Anerkennung ihrer Oberhoheit zwang.

Sie wollte aber allmählich auch diese abhängigen Staaten zu britischen Provinzen im eigentlichen Sinne machen. Daher benutzte sie Gelegenheiten wie eine erledigte Erbfolge oder einen Fall von grober Mißwirtschaft, um Staaten einzuziehen. Als sie nach 1850 nacheinander vier Staaten: Satara, Nagpur, Jhansi und Oudh annektiert hatte — dabei das geheiligte Recht der Adoption übergehend — führte 1857 diese Verletzung religiöser Empfindlichkeiten im Verein mit vielen anderen Beschwerden der Unterworfenen zu einem Aufstand, der umso gefährlicher war, als die gut geschulten Hilfsvölker der Compagnie seinen militärischen Kern bildeten.*

Es kostete mehr als ein Jahr und großen Aufwand an britischen Truppen, alle Herde zu ersticken. Grauenhafte Taten geschahen dabei auf beiden Seiten, und in viele Familien zog Trauer ein.

In England kam man zu schwerwiegenden Entscheidungen: die Sachwaltung der Compagnie — schon längst unpopulär und nun endgültig kompromittiert — ging zu Ende; die Compagnie selbst wurde nach 250 Jahren einer einzigartigen Geschichte aufgelöst, und in Indien übernahm die britische Krone die Regierung.

* So wenigstens ist bis vor kurzem der Aufstand von 1857 dargestellt worden. Neueste Arbeiten deuten ihn etwas anders.

Das System der Paramountcy

Damit trat ein Wechsel in vielen Zweigen der inneren Politik ein, auch gegenüber den Vasallenstaaten. Es galt jetzt als gefährlich, sie zu „legen“, als politisch klug vielmehr, sie zu hegen, weil sie dann zusätzliche Bundesgenossen werden konnten. Mit demselben Ziele hatte man versucht, eine durch Privilegien günstig gestimmte, ergebene Landaristokratie in den Provinzen zu schaffen. Also verkündete die königliche Proklamation an Indien vom Jahre 1858: „... wir werden die Rechte, die Ehre und Würde der indischen Fürsten wie die eigenen wahren“.

Der Verwaltung nach zerfiel in der Folge das indische Imperium in zwei gesonderte Komplexe, die im Vizekönig eine gemeinsame Spitze hatten; als *Governor-General* war dieser das Haupt der unmittelbaren britischen Verwaltung, als *Crown Representative* dagegen statthaltender Lehnsherr über 566 Fürsten und Regenten, die im Inneren ihrer Herrschaftsgebiete selbst regieren durften.

Das Gebiet der Staaten umfaßte ein Drittel des Bodens mit einem Viertel der Bevölkerung. Für das Verhältnis zwischen Krone und Fürsten kam mit der Zeit der Name *Paramountcy* auf. Sein Inhalt war: die Fürsten nahmen die Lehenstellung gegenüber der Krone an, versprachen Heeresfolge und Verzicht auf unmittelbare Beziehungen zu anderen Staaten. Dafür gewährte die souveräne Macht Schutz nach innen und außen, garantierte den Bestand der Grenzen und der Dynastien — einschließlich diesmal des Rechtes der Adoption — und als Hauptsache die innere Autonomie. Die Regenten blieben weiter Maharadschas, Radschas, Nawabs und ähnliches, erhielten dazu britische Titel und Würden, auch Ehrenränge in der britischen Armee, galten als Befehlshaber ihrer Truppen, hatten Anrecht auf eine sorgfältig abgemessene und abgestufte Zahl von Salutschüssen und auf andere Dinge, die dem fürstlichen Herzen als Requisiten erlauchten Ranges teuer waren.

Der dienstliche Verkehr vollzog sich auf diplomatischem Fuße; nur daß die britischen *Residents* und *Political Agents* mehr Macht ausübten, als sonst dem diplomatischen Handwerk eignet. „Wenn der Resident flüstert, dröhnt es im Staat“, sagte der Volksmund. Freilich wurde zwischen Herren und Untertanen nur bei ganz schlimmen und notorischen Mißständen eingegriffen.

Für moderne Regierungsgrundsätze war die Selbstverwaltung in den Staaten ein großer Nachteil. Das lag schon an ihrer großen Zahl (566) und der Verschiedenheit in Größe und Status, angefangen mit Haiderabad (14 Millionen Einwohner) über Maisur und Trawankur (mit 9 und 7 Millionen) bis hinunter zu Einheiten von dem Umfang (aber nicht den Einkünften) einer ländlichen Gemeinde in Europa. Von den größeren Staaten besaßen einige das Zoll-, das Münz- und das Postregal; die kleinsten nur unscheinbare Reste einer Gerichtsbarkeit. Aber mit ihren Gerechtsamen legten sich die allenthalben zwischen britischen Gebietsteilen eingestreuten Staaten oft hemmend quer über natürliche Verbindungswege. Es kamen vielfache Streulagen und feudale Verschachtelungen hinzu.

In ihren Einrichtungen haben nur wenige Staaten mit den Reformen Schritt gehalten, die in British-Indien allmählich eingeführt wurden, oder gar sie übertroffen. In den meisten blieb es bei dem absoluten und oft willkürlichen Regiment, wie es von altersher überliefert war. Es war keine Rede von Teilung der Gewalten, vom Recht der Person, von bürgerlichen Freiheiten. Schlimm stand es namentlich mit der Finanzwirtschaft. Weder Eigentum noch Einkünfte waren sauber zwischen Staat und Fürst geteilt. Aber auch

wo es Zivillisten gab, verschlang der Aufwand für die Dynastie einen ungehörlich großen Teil der mühsam zusammengesteuerten Einkünfte. Ein Viertel war eine Art Norm; die Hälfte kam vor, und einen berühmten Fall gibt es, wo unter „Garage“ 300 000 Rupien verrechnet waren und unter „Öffentlichem Unterricht“ 200 000 Rupien.

Fürsten und Kongreßpartei

So wird begreiflich, daß zwischen der feudalen Schicht und den — bürgerlichen — Trägern der neuzeitlichen nationalen Bewegung keine Gemeinschaft aufkam. Wohl waren es zumeist depossedierte Klassengenossen der zeitgenössischen Fürsten gewesen, die den Aufstand von 1857 — in seiner Art auch ein nationales Unternehmen — gemacht hatten. Die Nachfahren jedoch, ausgesöhnt durch eine geschickte Politik und gesättigt mit Privilegien, wollten keine Umwälzungen, die ihre Stellung hätten in Frage stellen können. Eine Schwäche dieser Stellung war, daß sie wesentlich auf dem Pergament beruhte, worauf die Schutzmacht (entweder London oder Delhi oder auch nur die Provinzhauptstadt) ihr Siegel gesetzt hatte. Die wenigsten Staaten stammten aus der Zeit vor dem Mogulreich, also vor etwa 1500. Viele andere waren Neubildungen aus jener chaotischen Zeit der Auflösung des Mogulreiches, und ihre Gründer waren erfolgreiche Abenteurer. In einigen Fällen waren die Dynastien geradezu von der britischen Macht eingesetzt worden.

Die nationale Bewegung der jüngsten Vergangenheit wurde von einer ganz anderen Schicht und einer neuen Ideologie getragen. Diese Schicht war das junge Bürgertum, wie es sich im Gefolge des Welthandels, der Industrialisierung, einer Erziehung westlichen Stils, der westlichen Einflüsse überhaupt gebildet hatte. Auch die politische Philosophie dieser Schicht war wesentlich; sie schloß unter anderem die Lehre von der Einheit des indischen Bodens und der Souveränität des Volkes ein. Seit Ende der zwanziger Jahre lautete die politische Forderung nicht mehr nur: demokratische Reformen und Mitregierung, sondern: bedingungslose Unabhängigkeit.

Abgesehen von der den fürstlichen Traditionen widerstrebenden Politik erschienen die Männer auch persönlich unheimlich, die mit der seltsamen Taktik des gewaltlosen Widerstandes die Macht des Imperiums herausforderten, dann unbekümmert auf Jahre ins Gefängnis gingen, um nachher — unbeeinflusst und unerschrocken — den Kampf fortzusetzen; Männer, die keine Rennpferde hielten, keine Tiger schossen, noch Diamanten an Brokatturbanen trugen.

Die Tätigkeit der Kongreßpartei — in der die nationalen Bestrebungen ihr wichtigstes Organ hatten — war lange Zeit auf das unmittelbar von England beherrschte Gebiet beschränkt geblieben. Das eigene Volk der Staaten hatte sich wenig rühren können. Beides wurde Ende der zwanziger Jahre anders, als die Kongreßpartei sich auf volle Unabhängigkeit festgelegt hatte. Sie nahm nun auch die Fürsten aufs Korn, die als die Verbündeten der fremden Macht und als Hemmnis der Freiheit erschienen. Die Agitation für demokratische Reformen in den Staaten selbst wurde von einer eigens gebildeten Organisation der *States' Peoples' Conference* aufgenommen. Diese unterhielt auch eine den Verhältnissen in den Staaten gewidmete Publizistik auf britisch-indischem Boden. Darin wurde die Geschichte einzelner Staaten und Dynastien dargestellt, und Fälle von Mißwirtschaft, Rechtsbeugung oder Extravaganz wurden aus dem Dunkel hervorgezogen.

Der britische Versuch zur Bildung eines Bundesstaats

Zum erstenmal in direkte politische Berührung kamen Fürsten und Bürger, als nach 1935 das (britische) Projekt eines sowohl Provinzen wie Staaten umfassenden Bundesstaates aufkam, das von den Nationalisten als Zwischenlösung in Betracht gezogen wurde. Bei den tastenden Verhandlungen erwiesen sich aber die beiderseitigen Auffassungen als so unvereinbar, daß der Plan zurückgestellt wurde. Die Bürgerlichen hatten die Bedingung gestellt, daß beitretende Staaten eine demokratische Verfassung haben müßten und daß eine gründliche Flurbereinigung des fürstlichen Gebietes stattfinde, damit anstatt der vielen Zwerggebilde gangbare Einheiten für die Verwaltung geschaffen würden. Demgegenüber hatte die Gegenseite sich auf das absolute Recht der Fürsten, die Unverletzlichkeit ihrer Gebiete und andere legitimistische Grundsätze zurückgezogen.

Nach diesem Zusammenstoß wurde der Konflikt schärfer. Demonstrationen und Gehorsamsverweigerungen begannen. Die staatlichen Behörden antworteten mit Sonderverordnungen, Strafverfolgungen, Schüssen auf Demonstranten und dem sonstigen polizeilichen Unterdrückungsapparat. Daneben lief ein Zeitungskrieg in den Provinzen. Aber Gandhi ließ — sehr zum Mißvergnügen der Politiker — Kampagne abblasen, vermutlich im Zusammenhang mit seiner allgemeinen Strategie.

Zwischen der britischen Macht und den Fürsten hatten sich die Dinge auch einigermaßen geändert. Die Bewegung für Unabhängigkeit war so kräftig geworden und verlief in solchen Bahnen, daß die Bundesgenossenschaft der Fürsten nicht mehr viel als Gegengewicht bedeutete; im Gegenteil, der Widerwille, womit die Fürsten sich zu Reformen entschlossen oder womit sie versprochene Reformen ausführten, bildete eine politische Belastung für die Schutzmacht, die von Zeit zu Zeit warnte, daß sie nur schützen könne, wer sich des Schutzes würdig erweise.

Anschluß an die Indische Union oder Pakistan

Der Zweite Weltkrieg bedeutete eine revolutionäre Wendung auch im Ablauf der indischen Geschehnisse: Während die Fürsten paktgemäß ihre Truppenkontingente ins Feld sandten oder auch selbst führten, steigerte sich auf der indischen Bühne die Dynamik des Unabhängigkeitskampfes zu dramatischen Ereignissen und schließlich zur Entscheidung. Diese kam mit der Erkenntnis bei England, daß es das so lange beherrschte Indien in Frieden nicht länger halten könne. Die aus den Wahlen von 1945 hervorgegangene neue Regierung fühlte sich vom Volke ermächtigt, Indien die Freiheit zu verkünden. Damit fing eine neue Phase an.

Bei den bald anhebenden Planungen für den Bau des neuen Staates überschattete zunächst der Konflikt zwischen der Kongreßpartei und der (sezessionistischen) Moslem-Liga das Problem der Einordnung der Staaten in den Bund. Es wurde dadurch noch schwieriger, daß sich nur eine Teilung des Landes als Lösung bot.

Die Fürsten, deren Stellung weniger auf historischem Recht als auf britischen Pergamenten beruhte, hatten sich längst Sorgen über ihre Zukunft unter einer indischen Staatsgewalt gemacht und auch Gedanken über Wege, auf denen sie ihre Stellung besser fundieren könnten. Dabei waren sie in den zwanziger Jahren einmal auf den Gedanken verfallen, von der Regierung die Anerkennung der folgen-

den Formel zu verlangen: die Fürsten seien souverän; wenn sie die Hoheit über Auswärtiges, Heerwesen usw. an die britische Krone abgetreten hätten, so sei das durch Vertrag geschehen und folglich als ein bürgerliches Rechtsgeschäft, nicht aber staatsrechtlich zu beurteilen. Sie hofften, bei Anerkennung dieser Formel zum mindesten verhindern zu können, daß — wenn die Macht einmal an indische Instanzen übergehe — die britische Hoheit über die Fürsten unversehens mitgehe, — wie etwa die Aktien einer Zweiggesellschaft beim Verkauf eines Konzerns. Die Regierung hatte dazu gesagt, daß die Vertragshypothese ebenso ungeschichtlich wie unrealistisch sei, aber doch beruhigend bestätigt, daß sie das Lehensverhältnis als ein gegenseitiges persönliches Verhältnis betrachte und nicht daran denke, es an eine andere Staatsgewalt zu übertragen.*

Als nun aber die britische Regierung zugleich mit der Freiheitsgewährung an Indien den Fürsten erklärte, daß sie mit dem Tage der Machtübergabe aufhören werde, von den Fürsten etwas zu verlangen, umgekehrt aber unter den neuen Verhältnissen weder Einfluß noch Soldaten im Interesse der Fürsten aufbieten könne, da fühlte man doch den Boden unter den Füßen wanken; denn die Fürsten wußten zur Genüge, daß bei den bürgerlichen Politikern weder ihr historisches noch ihr moralisches Recht hoch im Kurse stand.

Ein Teil von ihnen wollte sich eine Weile auf die formale Unabhängigkeit berufen, die durch die britische Erklärung hergestellt war, und einige proklamierten sich formell als unabhängig, obwohl die britische Regierung gewarnt hatte, sie werde solchen Staaten die Anerkennung versagen, denn die beste Lösung des indischen Verfassungsproblems sei eine Föderation. Die Ansprüche wurden auch nicht lange aufrecht erhalten, nachdem die Regierungen der beiden großen neuen Staaten ultimativ erklärt hatten, daß sie keine Sezession einzelner Staaten zulassen würden, und sich auch die Völker bedrohlich rührten.

So blieb den Fürsten nichts übrig, als sich in das Gegebene zu fügen; denn an gewaltsamen Widerstand war nicht zu denken, und es gab kein Tribunal, vor dem sie das, was sie für ihr Recht hielten, hätten einklagen können. (Der Fall von Haiderabad kam zwar später vor die UNO, aber hier waren besondere Umstände im Spiel.) Zwischen dem 15. 8. und 31. 12. 1947 unterzeichneten fast alle Staaten das *Instrument of Accession*, wodurch sie zugunsten der Union — oder von Pakistan — die Hoheit über Auswärtiges, Landesverteidigung und Verkehr abtraten.

Aus geographischen Gründen fielen nur Bahawalpur, die Belutsch-Fürstentümer und zwei oder drei kleinere Staaten an Pakistan. Haiderabad, das bis Herbst 1948 seine „Unabhängigkeit“ verteidigte, erlag der Bundesexekution, die sich auf den überwiegenden Teil der Volksmeinung stützte.

In Kaschmir regierte ein Hindu-Maharadscha, dessen Vorfahr vor hundert Jahren das Land von der Ostindischen Compagnie um bares Geld gekauft hat, über eine Bevölkerung von 80 Prozent Moslems. Kaschmir grenzt sowohl an die Union als auch an Pakistan und bildet einen Streitfall zwischen den beiden Dominien, der sich mit ungewissen Aussichten in den Händen der UNO befindet.

* Rechtsgeschichtlich ließ sich kaum eine richtige Verallgemeinerung über die Fürsten machen. Nicht die Größe, sondern der rechtliche Ursprung gab jedem einen besonderen Status.

Die Fürsten in der neuen Gesellschaftsordnung

Hier geschah mit den Fürstenstaaten, was sich nur als eine Revolution bezeichnen läßt, — was vielleicht der Staatsraison, dem Volkswillen entsprach, aber sich formal auf revolutionäres Recht berufen mußte. Die Maharadschas, Radschas, Nawabs und wie sie sonst heißen mochten, wurden fast alle mediatisiert, und über ihre Gebiete wurde in verschiedenartiger Weise verfügt. Einige wurden mit benachbarten Provinzen der Union vereinigt, aus Gruppen von anderen wurden neue Verwaltungseinheiten provinziellen Charakters gemacht, wieder andere schließlich blieben „Staaten“, aber nicht einzeln, sondern wo die nachbarliche Lage dies gestattete, zu Gruppen zusammengefaßt. In diesen Gruppenstaaten wurde der monarchischen Überlieferung immerhin die Konzession gemacht, daß zum Staatsoberhaupt einer der Fürsten unter dem Titel *Radschpramukh* gemacht wurde, zwar auf Lebenszeit, aber ohne das Recht der Sukzession. So heißt die Union von 200 und mehr Fürstentümern, Grafschaften und Baronien auf der Halbinsel Kathiawar jetzt „Sauraschtra“; die 21 Radschputstaaten sind in einem größeren Gebilde als „Groß-Radschaschan“ vereinigt, die Bergstaaten des Pandschab ebenso unter dem Namen Himatschal-Pradesch. Andere Gruppen heißen Vindhya-Pradesch, Madhia Bharat, Matsia, — während PEPSU für die Union der Sikhstaaten unangenehm modern klingt.

Die Bezüge der Fürsten sind auf Besoldung und Pensionen gestellt worden, je nachdem ob die betreffende Person noch amtiert oder nicht. Sehr drastisch sind die Eigentumsverhältnisse geregelt worden unter der Begründung, daß bei der Vermengung von Eigentum der Fürsten und der Staaten im Zweifelsfalle zugunsten der Staaten zu entscheiden sei. So sind ohne Entgelt enteignet worden:

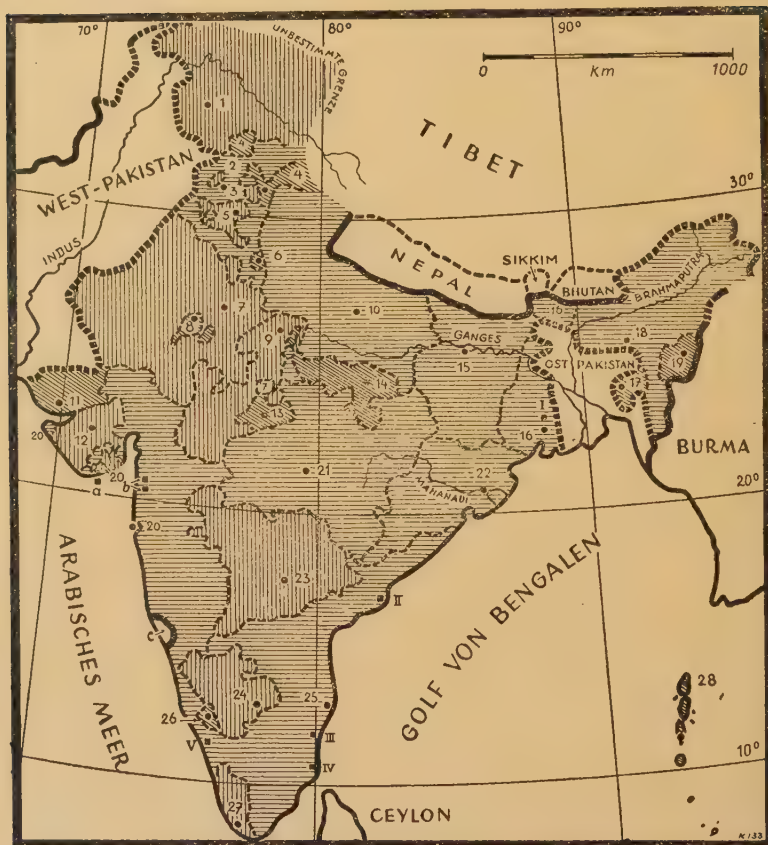
Alle Gebäude mit Ausnahme eines historischen Palastes und eines Landhauses für jede der Dynastien. Die Enteignung trifft unter anderem 35 Paläste in Delhi. Als enteignet gilt ferner alles Land, das die Fürsten bisher als persönliche Domäne beansprucht haben, soweit es nicht nachweislich alter Familienbesitz ist. Weggenommen wurde die Hälfte aller Automobile, wovon einige der Herren bis 50 besaßen. Alle Landzuweisungen der letzten Zeit an Familienglieder und Freunde wurden annulliert, auch Geldverfügungen aus der letzten Zeit vor der Akzession. Wo der Fürst einen Teil des baren Staatsschatzes als sein Eigentum bezeichnete, entschied das zuständige Ministerium *ex parte*, wie weit der Anspruch zu genehmigen sei. Die Juwelen wurden in einen persönlichen und einen dem Staate zukommenden Teil ausgesondert. Auch letzterer wird zum Gebrauch überlassen, aber nur zu treuen Händen.

Amtlich werden die Enteignungen auf 75 Prozent der deklarierten fürstlichen Vermögen geschätzt, in Ziffern auf viele Hundert Millionen Rupien. Als die gesamte politische und finanzielle Prozedur abgeschlossen war, beglückwünschte der grimmige alte Sardar Patel, der sie als Minister geleitet hatte, die Fürsten zu ihrer Einsicht und ihrem Patriotismus.

Damit verschwinden von der Bühne die — vom Westen aus gesehen — romantischen Figuren des „indischen Maharadscha“ oder des „indischen Nawab“ mit dem Hintergrunde eines sagenhaften Reichtums. Freilich läßt auch der verbliebene Besitz zumeist noch ein Leben *en grand seigneur* zu, wenn auch die Wertpapierbörsen sich ernsthaft beklagen, daß der beste Teil ihrer Klientel nicht mehr Geschäfte in Auftrag gebe. Aber es gibt auch unter ihnen kluge und welterfahrene Männer, die die schwere Kunst des Regierens gelernt haben.

RUPERT VON SCHUMACHER

Die Staaten der Indischen Union



Reihenfolge der Hinweisnummern in der Karte von Norden nach Süden, von Westen nach Osten.
(Englische Schreibweise der Namen in Klammer.)

A. Staaten, die früher Provinzen British-Indiens waren (in der Karte durch waagerechte Strichlage gekennzeichnet):

Nr. in der Karte	Staat	Fläche (in qkm)	Bevölkerung (in Millionen)	Hauptstadt
18	Assam	125 740	8,51	Schillong
15	Bihar	174 362	39,42	Patna
20	Bombay	285 250	32,68	Bombay
21	Madhya Pradesh (Central Provinces, C. P.) (Madhya Pradesh)	287 960	20,92	Nagpur
25	Madras	316 920	54,29	Madras
22	Oriassa	178 080	14,41	Bhunwaneschwar

Nr. in der Karte	Staat	Fläche (in qkm)	Bevölkerung (in Millionen)	Hauptstadt
3	Pandschab (Punjab)	93 570	12,61	Tschandigarh (Chandigarh)
10	Uttar Pradesch (United Provinces, U. P.) (Uttar Pradesh)	281 307	61,62	Lacknou (Lucknow)
16	Westbengalen (West Bengal)	72 665	24,32	Kalkutta

B. Frühere Fürstenstaaten oder Gebiete, die durch Zusammenschluß von Fürstenstaaten entstanden sind (in der Karte durch senkrechte Strichlage gekennzeichnet):

Nr. in der Karte	Staat	Fläche (in qkm)	Bevölkerung (in Millionen)	Hauptstadt
23	Haiderabad (Hyderabad)	205 782	17,69	Haiderabad
1	Dschammu und Kaschmir (Jammu und Kashmir)	205 645	4,37	Srinagar
24	Maisur (Mysore)	73 645	8,08	Maisur
9	Madhya Bharat	116 775	7,87	Gwalior
7	Radschasthan (Rajasthan)	321 060	14,69	Dschaipur
12	Sauraschtra (Saurashtra)	52 655	3,96	Radschkot
27	Trawankur-Kotschin (Travancore und Cochin)	22 887	8,58	Trawandrum
5	Patiala und Ost-Pandschab (Patiala und East-Punjab)	25 250	3,32	Patiala

C. Staaten unter direkter Verwaltung der Zentralregierung (in der Karte durch schräge Strichlage gekennzeichnet): (frühere Chief Commissioners' Provinces)

Nr. in der Karte	Staat	Fläche (in qkm)	Bevölkerung (in Millionen)	Hauptstadt
8	Adschmir (Ajmer)	6 000	0,73	Adschmir
13	Bhopal	17 302	0,85	Bhopal
2	Bilaspur	1 132	0,13	Bilaspur
26	Kurg (Coorg)	3 982	0,17	Merkara
6	Delhi	1,435	1,51	Delhi
4	Himatschal Pradesch (Himachal Pradesh)	26 500	1,08	Simla
11	Katsch (Kutch)	43 122	0,55	Bhudsch
19	Manipur	21 550	0,54	Manipur
17	Tripura	10 290	0,58	Agartala
14	Vindhya Pradesch (Vindhya Pradesh)	61 525	3,88	Rewa
28	Andamanen und Nikobaren	7 857	0,03	Port Blair
		3 050 248	347,39	

Sikkim mit 7300 qkm und 120 000 Einwohnern wurde von Juni 1949 bis Dezember 1950 durch einen Vertreter der indischen Regierung verwaltet. Dann erhielt es seine innere Autonomie zurück, während Indien nur seine auswärtigen Beziehungen wahrnimmt. Die Lage in Bhutan ist ähnlich (47 000 qkm, 300 000 Einwohner). Über Nepal vgl. Heft 3, S. 193.

D. Europäischer Kolonialbesitz:

Portugiesische Kolonien
a Diu
b Daman
c Goa

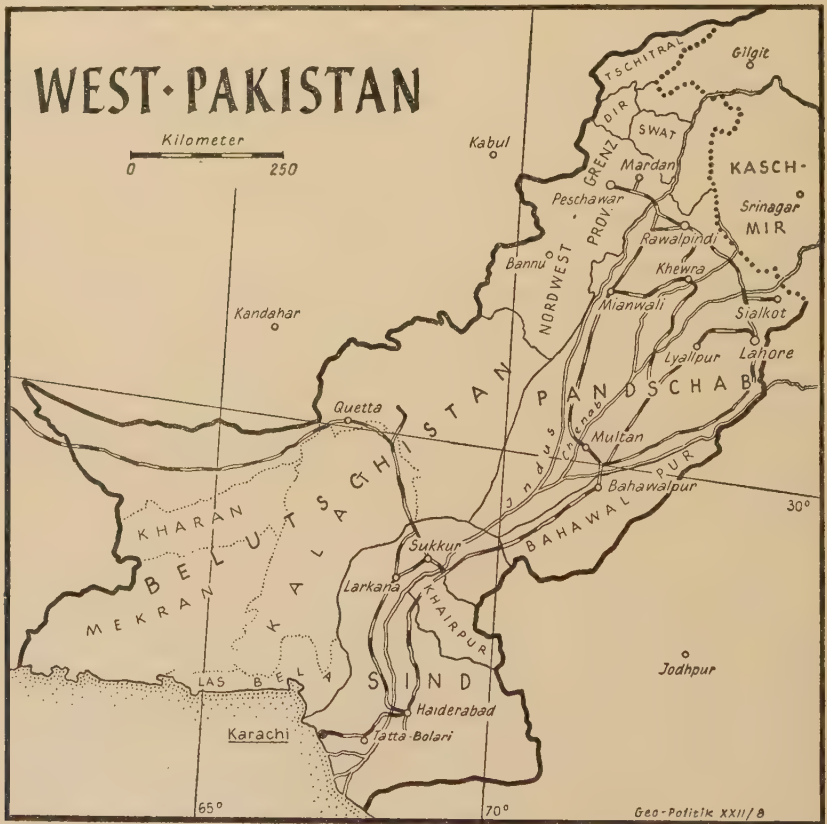
Französische Kolonien
I Chandernagore (jetzt an die Indische Union angeschlossen)
II Yanam
III Pondichéry
IV Karikal
V Mahé

ERNST A. MESSERSCHMIDT

Pakistans Wirtschaft im Aufbau

Ein neuer Staat

Seit dem 14. August 1947 gibt es auf dem Territorium, das bis dahin als Britisch-Indien oder als Staatsgebiet indischer Fürsten der britischen Krone unterstand, zwei Staatswesen: Die Indische Union mit 362 Millionen und Pakistan mit 75,7



Millionen Einwohnern. Dem Europäer fehlt meistens das Verständnis dafür, daß ein großes Wirtschaftsgebiet durch neu gezogene politische Grenzen zerschnitten wird, und von seinem Gesichtspunkt aus wäre selbst bei Anerkennung der politischen Teilungsgründe eine Zoll- und Wirtschaftsunion sinnvoll gewesen. Diese Dinge können aber von Europa aus nicht beurteilt werden. Man sollte sich angewöhnen, zunächst einmal ohne eigene Stellungnahme anzuhören, was die Völker anderer Erdteile selbst über sich auszusagen haben. Die in der Gegenwart politisch maßgebende Schicht Pakistans glaubt an die Notwendigkeit einer Teilung des Subkontinents, und die zwei neuen Staaten haben ihretwegen das Opfer von über

14 Millionen Geflüchteten, Verschleppten und Ermordeten bringen müssen. Es gilt, die Begründung darzustellen, die diese pakistanische Schicht für ihren Glauben gibt.

Über dreißig Jahre lang kämpften die Anhänger des verstorbenen ersten Generalgouverneurs von Pakistan, Ali Jinnah, ebenso wie die Anhänger Gandhis für die Freiheit Indiens von der britischen Herrschaft. Ihre Organisation, die „Moslemliga“, hat jedoch die Forderung nach einer staatlichen Zweiteilung des Subkontinents erst lange nach 1935 im Gegensatz zu Gandhis Allindischer Kongreßpartei



erhoben. Die damals von Großbritannien erlassene Verfassung (*Government of India Act*) ermöglichte eine gewisse indische Selbstverwaltung, und in ihr glaubten die Vertreter der Moslemliga zu erkennen, daß die Mehrheit, die in einem einheitlichen Staat immer bei den Hindus und Sikhs liegt, die besonderen Belange der moslemischen Minderheit bedrohe. Ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten führte diese Meinung zu dem politischen Sezessionismus, der schließlich aus einem Teil der indischen Verwaltungsgebiete und Landschaften Pakistan entstehen ließ. Die Regierung Pakistans betrachtet den Islam als geistige Grundlage ihres Staatswesens. Sie betont stolz, daß Pakistan das

größte und volkreichste islamische Land sei. Der neue, auf den Islam gegründete Nationalismus ist stärker als der von Europa her oft überschätzte Provinzialismus oder Autonomismus einzelner Landschaften, selbst Ostpakistans, das in einer Entfernung von über 2000 km auf der anderen Seite der Indischen Union eine von Westpakistan getrennte geographische Eigenexistenz führt.

Pakistan erhebt Anspruch auf einen dritten, ebenfalls geographisch isolierten Landesteil: die Gebiete Junagadh und Manavadar an der Westküste der indischen Provinz Bombay, deren Fürst sich ihm am 15. September 1947 anschloß, die aber dann von Truppen der Indischen Union besetzt wurden und gegen die fürstliche Entscheidung sich in einer Volksabstimmung für den Anschluß an Indien erklärten. Pakistans Streit mit der Indischen Union um Kaschmir ist bekannt. Das nordwestliche Nachbarland Afghanistan hat nach dem Ende der britischen Herrschaft zunächst für sich Forderungen auf pakistanisches Hoheitsgebiet gestellt, dann den Gedanken eines von Pakistan selbständigen Pufferstaates „Pathanistan“ in den Grenzgebirgen propagiert.

Der Ministerpräsident Pakistans Liaquat Ali Khan bemüht sich um Mäßigung in den territorialen Streitigkeiten. Er verhinderte die volle Durchführung der Feldzugspläne von General Akbar Khan in Kaschmir (die Putschvorbereitungen des Generals im Frühjahr 1951 sind von dort aus teilweise zu erklären) und traf sich 1950 mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru in Delhi und in Karachi zu Aussprachen, die zu einer gemeinsamen Erklärung über die beiderseitige Bereitschaft zur friedlichen Lösung zahlreicher Streitfragen, besonders des Minderheitenproblems, führten.

Jedenfalls ist zur Verwunderung mancher Europäer, die bei ihrem Staunen die Zersplitterung ihres eigenen Kontinents zu vergessen scheinen, das Dasein des

selbständigen Staates Pakistan seit vier Jahren eine Tatsache. Einzelnen und in Verflechtung miteinander waren der Aufbau der Verwaltung aus dem Nichts, die Organisation der Verteidigung, die Unterbringung von 7,9 Millionen einströmender Flüchtlinge (5,6 Millionen Hindus und Sikhs wanderten nach Indien ab), die Reaktivierung des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens, die Schaffung von Bank- und Kreditinstituten sowie die Wiederbelebung von Landwirtschaft, Handel und Industrie Lebensfragen erster Ordnung. Ihre Lösung wurde wesentlich erschwert durch den Mangel an Hilfsmitteln und Bestandsunterlagen, an Arbeitsräumen und Fachkräften. Organisationskraft und Verantwortungsbewußtsein von Männern wie Ali Jinnah (*Quaid-i-Azam* = der große Führer), Liaquat Ali (Ministerpräsident), Mohammed Ali (Verwaltung), Ghulam Mohammed (Finanzen), Abbas Khaleeli (Industrie), Iskander Mirza (Verteidigung) und anderen gelang es, mit der Moslemliga, die im März 1951 in der ersten Wahl (Provinz Pandschab) einen überwältigenden Sieg über programmlose Oppositionsparteien davontrug, der wirren Lage Herr zu werden. Geduld und Opferbereitschaft der Bevölkerung sowie die gute Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln erleichterten die Erfüllung der Aufgabe.

Es wurde ein Bundesstaat mit einer Zentralregierung in Karachi geschaffen und Provinzialregierungen für das Pandschab (Sitz Lahore), die Nordwestgrenzprovinz (Peschawar), Sind (Karachi), Belutschistan mit den Staaten Mekran, Kharan, Kalat, Las Bela, sowie Ostpakistan (Dacca) und den von pakistanischen Truppen besetzten Teil Kaschmirs *Azad Kashmir*, außerdem den Staaten Bahawalpur und Khairpur, Selbstverwaltungen für die *Tribal Areas* an der Nordgrenze und für Dir, Swat und Tschitral. Eine eigentliche Verfassung befindet sich in Ausarbeitung. Die *Constituent Assembly* hat als ernannte Vertretung den Charakter eines vorläufigen Zentralparlaments. Ihr gehören auch Hindus an, die damit die Freiheit der Meinung und Religionsausübung in Pakistan bestätigen sollen.

Vetternwirtschaft und Korruption spielen in der Verwaltung wesentlich weniger eine Rolle als sonst im Orient. Die starke und doch kontrollierbare und der Kritik zugängliche Führung ist so energisch und zugleich zurückhaltend, daß sie lebensfremde Prinzipien niemals über das Erreichbare stellen wird. Eingriffe in das politische und wirtschaftliche Leben erfolgen, wenn Staatsinteressen sie verlangen: die Zahl der auf Grund eines Staatssicherheitsgesetzes Inhaftierten ist gering, und die Kontrollmaßnahmen im Außenhandel wie in der Bewirtschaftung einzelner Güter folgen den Notwendigkeiten, haben dabei eine allgemeine Tendenz in Richtung größerer Freiheit. Eine starke Besteuerung (auch Deutsche mit mehr als 20 Tagen Aufenthalt müssen ihr deutsches Einkommen in Pakistan sehr hoch doppelt versteuern) von Vermögen, Einkommen und Umsätzen trägt dem Finanzbedarf ebenso Rechnung wie die energische Einhebung von Zöllen und Ausfuhrabgaben, die seit dem Koreakonflikt für Baumwolle (Rs. 300/Ballen) und Wolle (25 Prozent ad valorem) gleichzeitig zur Marktberuhigung ganz beträchtlich erhöht worden sind.

Die Staatshaushalte pflegen mit Überschüssen abzuschließen: sie betragen für 1950/51 Rs. 289,6 Millionen (bei Einnahmen von Rs. 1649,6 Millionen) und im Voranschlag 1951/52 Rs. 207,4 Millionen (Einnahmen: Rs. 1598,5 Millionen). Der Aufbau der Landesverteidigung mit Heer, Luftwaffe und Marine verschlang in den beiden Zeiträumen Rs. 740 Millionen und Rs. 794 Millionen, wobei beträchtliche Mittel für eine Flugzeugfabrik und ein Werk für schwere Waffen zurückgelegt werden. Ein moderner Rüstungsbetrieb befindet sich bei Rawalpindi im Aufbau. Unter Benutzung deutscher Reparationsmaschinen ist die Errichtung einer Marinewerft in Karachi in Angriff genommen worden. Auch das seit Jahrzehnten geplante Trockendock Karachi wird nun gebaut.

31 Staaten unterhalten bereits diplomatische Vertretungen in Karachi, grundsätzlich ist der Austausch von Vertretern auch mit der deutschen Bundesrepublik vereinbart. Pakistan hat bisher 33 ständige Missionen in 25 Länder entsandt und wird 9 weitere Handelsbüros (darunter in Frankfurt am Main) noch 1951 errichten. Pakistan wurde 1947 in die UNO

aufgenommen und arbeitet in wichtigen internationalen Ausschüssen und Organisationen mit. Die Beziehungen zu den übrigen islamischen Staaten von Indonesien bis Afrika werden besonders gepflegt; gemischte Kultur- und Wirtschaftsorganisationen sind entstanden, die *International Islamic Economic Conference* arbeitet mit einem ständigen Sekretariat, und ein „Mittel- und Nahost-Institut“ ist geplant. Verschiedene all-islamische Bewegungen sind allerdings über Organisationskerne bisher nicht recht hinausgekommen. Ein Handels-, Schiffs- und Freundschaftsvertrag mit den USA steht vor der Unterzeichnung.

Stärker als Indien hat sich Pakistan anfänglich als Dominion an Großbritannien angelehnt; das entspricht nicht so sehr den Gefühlen der Bevölkerung als vielmehr kluger Erkenntnis der schwierigen Ausgangslage bei der Geburt des Staatswesens. Die Kritik an dieser Politik ist heftig. Einsichtige Pakistaner erkennen andererseits an, daß heute noch nicht völlig auf britische Beamte und Offiziere verzichtet werden kann. Die Probe der Selbstbehauptung ist jedoch bereits erfolgreich bestanden. Mitte April 1951 hat der *Pakistan Citizenship Act* in Ablösung des *British Nationality Act* die pakistanische Staatsangehörigkeit geschaffen: sie schließt jede andere aus, kennt aber den Status des *Commonwealth Citizen*.

28 Monate Währungs- und Wirtschaftskrieg

Was auf politischem Gebiet (noch zu Beginn 1950 an der ostpakistanischen Grenze) erfolgreich beruhigt oder verhindert werden konnte, tobte sich umso heftiger auf wirtschaftlichem Gebiet aus. Die Abwertung der indischen Währung einerseits, die Beibehaltung der Dollarparität durch Pakistan (als Rohstoffexporteur und Importeur von Industriegütern) andererseits im September 1949 verschärfte die politische Trennung von der Indischen Union durch Wirtschaftsschranken, wie sie in ähnlicher Weise zwischen Ost- und Westdeutschland aufgerichtet wurden. Mit Ausnahme der Möglichkeiten eines kurzen Zwischenabkommens ruhte der Warenaustausch zwischen den beiden großen Staaten des Subkontinents viele Monate lang. Zahlreiche Handelsverträge und der internationale Rohstoffbedarf seit dem Koreakonflikt erleichterten die Lage für Pakistan durch Erschließung neuer Märkte.

Der indisch-pakistanische Handelsvertrag vom 26. Februar 1951 stellte einen großen Erfolg dar.* Nach Berechnung der pakistanischen Staatsbank wird das Austauschvolumen des bis zum 30. Juni 1952 laufenden Vertrages bei einem Gesamtwert von Rs. (pak.) 2,5 Milliarden für Pakistan einen Ausfuhrüberschuß von Rs. 500 Millionen bringen, der automatisch in £ transferierbar ist.

Der indischen Anerkennung der pakistanischen Dollarparität folgte der Internationale Währungsfonds. Die Weltbank erklärte ihre Bereitwilligkeit zu einer ersten 60-Millionen-Dollaranleihe für Entwicklungsvorhaben. Im anglo-pakistanischen Handelsvertrag vom 2. April 1951 fielen die Präferenzzölle für wichtige britische Industriegüter oder sie wurden an die Normalsätze angeglichen (z. B. bei Textilien). Pakistans Sterlingguthaben erhöhte sich in den 12 Monaten vor dem Januar 1951 um fast 30 Millionen auf 118,7 Millionen, und Handelsminister Fazlur Rahman konnte wachsende Ausfuhrerfolge im Überseehandel feststellen:

* „Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, 27. 1. 1951 und 28. 3. 1951, „Industriekurier“, Düsseldorf, 8. 3. 1951, vom gleichen Verfasser.

in Millionen Rs.			
	Juli-Febr. 50/51	Juli-Juni 49/50	
	Gesamt	Gesamt	Westpakistan
Ausfuhr	1300,1	893,1	rund 518,2
Einfuhr	805	846,1	632,2

Die Übersee-Ausfuhr stieg in diesen Zeiträumen u. a. bei Jute von 1,7 auf 3,1 Millionen Ballen (Rs. 313 gegen Rs. 500 Millionen), Baumwolle von 0,96 auf 1,2 Millionen Ballen (Rs. 397,5 gegen Rs. 539,2 Millionen).

Hinsichtlich der Einfuhrgüter stehen Baumwollgewebe und -Garne sowie Maschinen vor Metallen und Erzen, Fahrzeugen, Erdölprodukten und Chemikalien an der Spitze.

Der Abnahme des Warenaustauschs mit Indien entspricht die Zunahme von Ein- und Ausfuhr bei Großbritannien und anderen europäischen Ländern. Das Volumen des deutsch-pakistanischen Handels erreichte 1950 den Gesamtwert von DM 120,6 Millionen, wovon DM 38,6 Millionen auf deutsche Lieferungen entfallen. Fortschreitende Liberalisierung der Einfuhr, (geplante) Ausdehnung der halbjährlichen Lizenzperioden auf 12 Monate und Zollvereinbarungen in Torquay im April 1951 u. a. mit Westdeutschland und deutsche Teilnahme an der Messe in Karachi im März 1952 werden nicht ohne handelsfördernde Wirkung bleiben; der gültige Handelsvertrag läuft bis 31. Dezember 1951.

Das Bank- und Kreditwesen mußte völlig neu geschaffen werden. Am 1. Juli 1948 öffnete die *State Bank of Pakistan* unter ihrem Gouverneur Zahid Husain die Schalter. Ein eigenes Geld-, Kredit- und Versicherungswesen wurde begründet. Die *Imperial Bank of India* wurde als Handelsbank zur Finanzierung der Baumwoll- und Juteernten 1949 von der *National Bank of Pakistan* abgelöst; zu ihren 17 Filialen wird sie weitere 49 auch im Ausland eröffnen. *Habib Bank* (40 Filialen) und *Muslim Commercial Bank* sind bedeutende Institute geworden. Insgesamt gibt es 32 *scheduled banks* mit 196 und 98 *non-scheduled banks* mit 140 Nebenstellen.

Eine besonders wichtige Rolle im Aufbau spielt das Genossenschaftswesen mit den *Co-operative Credit Societies*, *Central Co-operative Banks*, *Provincial Co-operative Banks* und einer geplanten Dachorganisation als Rückgrat für Genossenschaften in Landwirtschaft, Industrie, Bauwesen und als Einkaufs- und Absatzorganisationen.

Verkehrs- und Nachrichtennetz

Das Verbindungsproblem zwischen Westpakistan mit seinen 33,6 Millionen Bewohnern und Ostpakistan oder Ostbengalen mit seinen 42,1 Millionen Bewohnern wird tatkräftig angepackt.

Als einzige Luftfahrtgesellschaft befliegt die *Orient Airways Ltd.* Strecken zwischen Karachi und anderen westpakistanischen Städten einerseits und Karachi—Dacca (—Chittagong) andererseits täglich mit Zwischenlandungen in Delhi oder Kalkutta. Ihre Verstaatlichung ist beabsichtigt.

Die wichtigere Verbindung zwischen den beiden Landesteilen, deren Warenaustausch von Rs. 78 Millionen (1948/49) auf 175,3 Millionen (1949/50) stieg, bildet der monatliche und demnächst 14tägige Dienst mit zwei Schiffen zwischen Karachi und Chittagong (7—8 Tage Fahrzeit). Während 1947 nur 2 Unternehmen je 1 Schiff (insgesamt knapp 10 000 dwt) besaßen, gibt es jetzt 6 Reedereien mit 21 Schiffen zu insgesamt 160 000 dwt. In einem Zweijahresplan vom April 1951 ist die Errichtung einer wahrscheinlich staatlichen *National Steamship Corporation* (Aktienkapital 30 Millionen Rs.) mit 15 Hochseeschiffen vorgesehen. Die Transporte von Reis und Weizen (etwa 350 000 t/Jahr) sowie fast allen Konsum- und Industriegütern werden in östlicher Richtung solange erheblich größer sein, bis mit Produktionsbeginn 1951/52 Jute- und Papierfabriken im Osten für entsprechende

Rückfrachten sorgen und neue Salzgewinnungsanlagen den Normaleinfuhrbedarf Ostpakistans (mindestens 250 000 t/Jahr) verringern.

Die Umschlagskapazität des Hafens Chittagong wurde seit 1947 bereits auf über 2 Millionen t/Jahr vervierfacht und wird 1953 durch 7 neue Kais und 29 Kräne 3 Millionen t überschreiten. Statt 4 Schiffen im Jahre 1947 können jetzt 15 gleichzeitig abgefertigt werden. Zur Entlastung bei der Juteverschiffung sind bei Chalna, 5 Schiffsstunden aufwärts am Pussurfluß, 8 Anlegeplätze geschaffen worden. Karachi (Tageskapazität 12 000 t) und Chittagong haben neue Förderanlagen und Lagerhallen erhalten. 1950/51 wurden aufgewendet für Chittagong Rs. 14,4 Millionen (Plan 144 Millionen), Karachi 2,9 Millionen (Plan 7,4 Millionen), Chalna 1,3 Millionen. Der Ausbau von Häfen an der Mekranküste wird erwogen. Im Überseeverkehr berühren 34 ausländische Liniendienste Karachi, darunter seit Februar 1951 auch die Hansa-Linie Bremen monatlich; erste Fahrten pakistansischer Frachter nach Nordchina und Südafrika fanden im letzten Winter statt.

Der Binnenschiffahrt Ostpakistans mit 5000 Meilen schiffbarer Wasserläufe, auf denen 1950 etwa 1000 Flußboote und Kähne sieben Millionen Fahrgäste sowie eine Million Tonnen Güter beförderten, kommt eine ähnliche Bedeutung zu wie dem Straßen-transport in Westpakistan. Konkurrenz zur Eisenbahn und Zersplitterung (Karachi: 60 Unternehmen mit 300 Autobussen) führen zur Überführung in Provinzialbesitz unter Beteiligung der Eisenbahnen vorerst für Personen- und später Gütertransporte mit wachsendem Bedarf an Dieselfahrzeugen. Der gesamte Kraftfahrzeugbestand wird auf rund 70 000 (etwa die Hälfte ist registriert) geschätzt, so daß nicht einmal ein Fahrzeug auf 1000 Einwohner entfällt. Reparaturwerkstätten sind nach Zahl und zumeist Ausrüstung völlig unzureichend. Ford betreibt eine Anlage für Kraftfahrzeugmontage und General Motors erhielt Baugenehmigung dafür. In einem Sechsjahresplan ist ein Straßenneubau von 10 000 Meilen in den beiden Landesteilen vorgesehen, so daß Straßenbaumaschinen in erheblicher Zahl benötigt werden.

Die Eisenbahnen, die 1950/51 bei Rs. 383,1 Millionen Einnahmen wieder Rs. 30 Millionen Überschuß erzielten, leiden unter der Verschiedenheit der Spurweiten, der Abnutzung und dem Fehlen von rollendem Material vor allem in Ostpakistan. 1950 wurden Aufträge für insgesamt Rs. 72,5 Millionen ins Ausland vergeben, darunter für 1491 Güterwagen, 235 Leichtstahlwagen, 56 Diesel- und 20 Dampflokomotiven. Im laufenden Jahr sind Auftragserteilungen im Wert von Rs. 90 Millionen vorgesehen, darunter für 2191 Güterwagen. Eigene moderne Reparaturwerkstätten in Moghulpura/Lahore und Pahartali/Chittagong sind für Montage eingerichtet.

Das Fernmelde- und Postwesen wies 1950 folgende Leistungen auf: 279 Millionen Briefe und Postanweisungen (für Rs. 247 Millionen), 55,4 Millionen Pakete und Päckchen, 4 Millionen In- und Auslandstelegramme, 700 000 Inlands- und 200 000 Auslandsferngespräche. Von 6626 Postämtern wurden 250 seit 1947 neu eröffnet, und für 1951 sind weitere 500 geplant. Städtisches und Inlandstelefonwesen sind wenig entwickelt: die Zahl der Anschlüsse nahm in Karachi (Einwohner rund 1,3 Millionen) seit 1947 von 1387 auf 7148 zu und soll in 5 Jahren um weitere 15 000 steigen. In der Warteliste für Anträge steht Karachi mit 3451/1951 vor Lahore (626) und Dacca (423) an der Spitze. Eine Anzahl neuer Zentralen u. a. in Lahore und Chittagong steht vor der Arbeitsaufnahme. Im Jahr 1951/52 sind im Zweijahresplan Rs. 25 Millionen für drei Fabriken zur Herstellung von Telefondraht und Kabeln sowie Telefonapparaten (Jahreskapazität 7000 Stück), sowie für Einfuhr von Sende- und Empfangsgeräten und Zubehör für Radiotelefonie und Rundfunk vorgesehen. 5 Rundfunkstationen senden volle Tagesprogramme, und neue Stationen sind besonders in Ostpakistan geplant. Ende 1950 waren 6193 Rundfunkhörer registriert; Volksempfängerpläne (vorerst 10 000 Stück) stehen vor der Entscheidung durch die Zentralregierung.

Probleme eines Agrarlandes

Während der britischen Herrschaft blieben die Moslems stärker als andere Bevölkerungsgruppen Indiens ländlich gebunden. Pakistan ist ein Agrarland* mit sehr verschiedenen Wirtschaftszonen. Je nach Jahreszeit und Gegend finden sich trockene wie feuchte Hitze- oder Kältegrade mit Schnee. Ostpakistans Kampf gegen Feuchtigkeit und Wasser entspricht Westpakistans Kampf um Wasser, wobei Überschwemmungen in der Provinz Pandschab furchtbare Katastrophen bedeuten können. Sandstürme, Flußlaufänderungen, Bewässerung durch Kanalsysteme und Brunnen, Ausbaggerungen, Aufforstung usw. sind Existenzprobleme.

Dasselbe gilt für eine Bodenreform. Sie baut auf Empfehlungen eines Ausschusses der Moslemliga vom Juli 1949 auf und findet im letzten Jahr eine erste Lösung in Rahmengesetzen von Sind, dem Pandschab, Ostpakistan und der Nordwestgrenzprovinz. Mindestens 85 Prozent der Bevölkerung wohnen in Dörfern, und 80 Prozent davon sind besitzlose Bauern und Tagelöhner mit unvorstellbar geringem Verdienst (2 Annas pro Tag im Durchschnitt). Im Rahmen des *Central Food and Agriculture Committee* ist ein besonderer Ausschuß unter Lord Boyd Orr seit April 1951 mit Erhebungen über landwirtschaftliche Produktionsbedingungen beschäftigt, während eine zentrale *Land Tenure Commission* für die Bodenreform im Dezember 1950 angekündigt wurde.

Mit Maßnahmen zur Saatkontrolle, Einrichtung von Musterfarmen, Förderung der Geflügelzucht, der Schädlingsbekämpfung (Heuschrecken, Mäuse, Motten usw.) und des Düngemittelkonsums (Einfuhr 1950: 18 000 t), Einrichtung von Forst-, Obst- und Gartenbauinstituten, Verbreitung technischer und landwirtschaftlicher Kenntnisse durch eine eigene Zeitschrift, Schlepper- und Gerätedemonstrationen, Hilfe bei Absatz- und Marktfragen, Bau und Planung von Lagerhallen und Kühlanlagen ist bereits viel getan worden.

Am 2. April 1951 wurde die *Agricultural Development Finance Corporation* (Aktienkapital 20 Millionen Rs., 51 Prozent im Besitz der Zentralregierung) zur Hergabe von Anleihen für Vorhaben zur Modernisierung und Mechanisierung errichtet, und einige Provinzialregierungen sind dabei, umfangreiche Aufträge ins Ausland zu vergeben. 144 größere Projekte der Neulandgewinnung, Melioration usw. befinden sich in Durchführung; zum Teil im Anleihewege hat die Zentralregierung allein im Zeitraum 1948/50 Rs. 300 Millionen aufgewendet. Der Staudamm *Lower Sind Barrage* (Kotri) wird insgesamt 2,75 Millionen acres Kulturland bringen, und die *Thal Development Authority* (der amerikanischen Tennesseeetalbehörde vergleichbar) verwirklicht ein Vielzweckvorhaben mit Bewässerung für 1,47 Millionen acres Ackerland, Neubau von zwei Städten und Errichtung zahlreicher Industriebetriebe.

Im Gesundheitswesen sind Seuchenebekämpfung und allgemeine Hygiene Lebensprobleme, vor allem die Malaria-Vorbeugung in 40 000 ostpakistanischen Dörfern und die Tbc-Kontrolle. 1947 gab es in Ostpakistan je 2 Krankenhäuser (heute 35) und Ambulanz-

* Geschätzte Anbauflächen bzw. Erträge 1950/51 oder Jahresmittelzahlen (1 Maund = 82,28 lbs):

Jute (50/51)	1,25 Mill. acres/4,45 Mill. Ballen	Betelnuß	265 000 acres/98 000 t
Baumwolle (50/51)	2,9 " " 1,3 " "	Weizen (50/51)	10,7 Mill. " 4 Mill. t
Wolle	26,5 Mill. lbs.	Reis	22,3 " " 8,14 " "
Häute und Felle	14,6 " Stück	Mais	0,94 " " 0,37 " "
Knochen	3,3 " Maunds	Bajra-Hirse	2,3 " " 0,36 " "
Tierhaare	85 000 Maunds	Jowar-Hirse	1,2 " " "
Darmkränze	8,5 Mill. Stück	Gerste	0,48 " " 0,16 " "
Milch	156 " Maunds	Sesamsaat	0,19 " " 0,03 " "
Fleisch	8,8 " "	Leinsaat	0,08 " " 0,01 " "
Tee (50/51)	72 600 acres/ 15 000 t	Raps/Senfsaat	1,5 " " 0,25 " "
Tabak	325 000 " 140 000 t	Baumwollsaat	500 000 t
Obst	409 500 " 70 000 Mds	Kichererbsen	1 Mill. t
Zuckerrohr (50/51)	734 000 " "		

stellen (heute 100). Innerhalb eines Sechsjahresplans sind 2000 Ambulanzstellen, 500 Krankenstationen zu 30 Betten, 160 zu 200 Betten, 2 zu 500 Betten (Karachi und Multan, mit Erweiterung auf 1000 Betten), 4 Tbc-Sanatorien sowie eine Anzahl von Instituten vorgesehen und zum Teil im Bau begriffen. Der Mangel an Krankenpflegepersonal ist noch ernster als die Tatsache, daß gegenwärtig 1 Arzt auf etwa 30 000 Menschen entfällt. Zusätzlich zu drei medizinischen Fakultäten soll eine neue in Karachi errichtet werden.

Ausgehend von der Wirtschaftsform dörflicher Autarkie hat die Heimindustrie überörtliche Bedeutung gewonnen. Genossenschaften, staatliche Pläne und Geldmittel zur Förderung von Kleinstbetrieben, die *Rehabilitation Finance Corporation* (Aktienkapital 30 Millionen Rs.) für Flüchtlingskredite und die *House Building Finance Corporation* (Aktienkapital 50 Millionen Rs.) für Wohnkredite gehören in diesen Zusammenhang. Hervorzuheben sind: 499 750 Handwebstühle für Baumwolle, Jute, Wolle (Teppiche), Seide (Seidenzucht in Ostpakistan), Stickerie, Schuh- und Lederwaren, Holz- und Elfenbeinarbeiten, Tischlampen und ihre Schirme, Töpferwaren, Glas- und Metallschmuck, Regenschirme (Ostpakistan), Waschseife (ca. 1000 Betriebe, 50 000 t/Jahr).

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie betreibt die Zentralregierung in eigener Regie die Ausbeutung der fast unerschöpflichen Steinsalzlager bei Khewra (Pandschab) und weiterer 2 Kleinbetriebe mit einer Jahresmittelerzeugung von 6 Millionen Maunds (1 M = 82,28 lbs), während 7 private Pachtbetriebe bei Karachi 5 Millionen Mds. Meersalz gewinnen. 7 Zuckerrohrfabriken mit einer Jahreskapazität von 54 000 t Weißzucker wurden im September 1950 durch die 50 000-t-Anlage in Mardan (Nordwestgrenzprovinz) vermehrt. Zur Deckung des Landesbedarfs (250 000 t) sollen in zwei Abschnitten 2 und 8 neue Werke gebaut werden. Das Trinkalkoholverbot in weiten Landesteilen brachte die Umstellung von 4 Betrieben auf *Industrialkohol* mit dem Neubau von zwei Anlagen im Anschluß an Zuckerfabriken mit Rs. 2 Millionen im Zweijahresplan. Getreidemühlen sind besonders im Pandschab (24 mit 6000 Beschäftigten, 0,6 Millionen t/Jahr) als moderne Betriebe vorhanden; in Peschawar wird eine weitere Großanlage gebaut. Reismühlen arbeiten vor allem in Ostpakistan. Zu 2 Ölmühlen mit Raffinerien sind seit 1947 einige größere sowie 12 Mittelbetriebe getreten, die den Gesamtbedarf von 200 000 t mit gegenwärtig etwa 80—100 000 t decken; im Pandschab reicht die Kapazität der ca. 300 *oil-expressors* für Baumwollsaat aus, in Ostpakistan verarbeiten etwa 350 zumeist Kleinbetriebe Senfsaat. Pflanzenfette (*Ghee*) produzieren ein alter und vier neue Betriebe; bei einem Jahresbedarf von ca. 26 000 t werden gegenwärtig 9000 t produziert, während Anlagen für 12 000 t im Bau sind. Mit wachsender Produktion von *Virginia-Tabak* (1950/51: 1,5 Millionen lbs; 1951/52: 4 Millionen lbs) steigt die Zigarettenherzeugung der modernen Großanlage der *Pakistan Tobacco Co. Ltd.* in Karachi seit 1950 (der 3-Milliarden-Stück-Bedarf pro Jahr wird zu 60 Prozent gedeckt), während 2—3 weitere Betriebe u. a. in Karachi und Bahawalpur im Bau sind und neue Großtrockenanlagen in der Nordwestgrenzprovinz, errichtet werden. Die um 1940 aufgenommene *Obstkonservierung* wird von etwa 100 Betrieben (aber nur wenigen Großanlagen) in der Nordwestgrenzprovinz im Pandschab und in Belutschistan vorgenommen. Obstsaft, Selterwasser, Eis, Teigwaren sowie Biskuit- und Süßwaren (10—15 Betriebe vor allem in Multan, Sukkur, Karachi und Ostpakistan) werden fabrikmäßig hergestellt. Zwei Stärkefabriken stehen vor Baubeginn. Tee-Trocknung und Verpackung sowie Kaffeerösterei (aus Importen) betreiben mehrere Betriebe.

Industrialisierung

Im Übergang zur eigentlichen Industrie gibt es Klein- oder Mittelbetriebe für folgende Produktionszweige: chemische Reinigung, Rasierklingen, Fahrradpumpen, Sturmlaternen, medizinische Gummiwaren, sanitäre Metall-Fittings (10 Betriebe), Möbel (5000 Beschäftigte), Metallgeräte und -Waren (10 000 Beschäftigte), Sportwaffen (5 Mittelbetriebe von 40; Neuplanung für Ostpakistan), chirurgische Instrumente (450 Artikel; staatseigene Nickelplattierungsanlage). Sportartikel (Großfirmen in Sialkot; beachtliche Exporte u. a. nach England), Dieselmotore (10 Betriebe) und Dampfmaschinen mit Pro-

duktionswert Rs. 0,2 Mill./Jahr, Ölmühlen und Filterpressen (0,8 Millionen Rs./Jahr), Zentrifugalpumpen, Montage von Rundfunkempfängern (2 Betriebe).

Aus dem britisch-indischen Erbe erhielt Pakistan nur wenige Industriebetriebe. Im Zusammenhang mit strategischen Erwägungen verfolgt die Wirtschafts- und Einfuhrpolitik das Ziel einer ausgeglichenen Volkswirtschaft. Die Zentralregierung übt seit einer Bestandsaufnahme eine weitgehende Kontrolle über die Industrialisierung aus. Die Gründung neuer Betriebe mit einem Beschäftigungsplan von mehr als 50 Mann ist seit dem 23. März 1951 genehmigungspflichtig. Sie werden bei Steuern, Abschreibung, Standortwahl, Schutzzöllen und Absatzpropaganda stark begünstigt.

Die *Industrial Finance Corporation* (Aktienkapital 30 Millionen Rs.) gab bisher für 18 größere Objekte Anleihen von insgesamt Rs. 12 Millionen und die Zentralregierung Rs. 38 Millionen an 3 weitere Privatfirmen. Die Investierung von Auslandskapital wird unter Bedingung pakistanischer Privatanteile (30 bzw. 51 Prozent) erleichtert, und bis Januar 1951 waren 23 Anträge über insgesamt Rs. 102,7 Millionen genehmigt worden.

Seit dem 26. März 1951 hat die *Pakistan Standard Institution* mit der Erarbeitung von Normen vorerst für Textilien, Verpackung, Lederwaren und wichtige Heimindustrien begonnen. Das *Pakistan Trade Marks Registry* nahm von seiner Gründung am 1. April 1948 bis Ende 1950 12 731 Anträge auf Patent- und Markenschutz entgegen.

Außer dem Fachkräftemangel hindert die nur langsam schwindende Zurückhaltung des Privatkapitals den Industriesaufbau. Die Zentralregierung sah sich nach einer Koordinierung des Colombo- und des Sechsjahres-Nationalplanes mit einer Investierung von Rs. 2,8 Milliarden im April 1951 zur Aufstellung eines vordringlichen Zweijahresplans veranlaßt. Außerhalb der bereits im Bau befindlichen Wasserkraftwerke, Bewässerungsanlagen, Jute- und Papierfabriken usw. sollen Rs. 450 Millionen über Energie- und Fernmeldewesen hinaus nun auch in Industrie und Schifffahrt unter Leitung der staatlichen *Pakistan Industrial Development Corporation* investiert werden. Bisher sind lediglich Rüstungs-, Energieerzeugungs- und teilweise Versorgungsbetriebe verstaatlicht worden. Der Beginn eines staatlichen Industriesaufbaus muß als Notmaßnahme gelten.

Voraussetzung für die Industrialisierung ist die *Energieerzeugung*. Die Leistung der Wasserkraft wird durch Erweiterung von 10 700 Kw/1949 auf 57 000 Kw/1952 durch die Anlagen Rasul, Dargai und Malakand-Erweiterung wachsen. Entwicklungszielen (in 5 bis 7 Jahren 500 000 Kw) stehen potentielle Reserven von 5—6 Millionen Kw gegenüber. Wärmekraftwerke sind im Zweijahresplan für Karachi, Chittagong, Khulna, Narayanan, Sukkur, Haiderabad, Shadra/Lahore und Lyallpur mit Rs. 125 Millionen vorgesehen, und Z. A. Khan hat als *Director, Supply and Development Department* im Industrieministerium, im Juli 1951 zuerst deutsche Produktionsfirmen besucht.

Die *Braunkohlenlager* werden auf 162 Millionen t geschätzt. Es gibt 95 Abbaustellen; die Produktion stieg von 357 744 t (1947) auf 436 553 t (1950) und soll mit neuen Maschinen und dem Rationalisierungserfolg von 2 Fünfjahresplänen auf 835 000 t, dann auf 1,1 Millionen t gebracht werden. Zusätzliche Brikettieranlagen stehen vor der Errichtung. Der normale Jahreskonsum von rund 2 Millionen t Steinkohle und Koks, wobei die Eisenbahn Hauptbedarfsträger ist, wurde 1950 mit Hilfe der Einfuhr von 984 709 t aus Südafrika, Oberschlesien, Frankreich und Großbritannien nicht erreicht. Für 1951 wird mit folgenden Einfuhren gerechnet:

Aus Nordchina	300 000 t
den USA	100 000 t
Südafrika	230 000 t
der Sowjetunion	200 000 t
Indien	2 100 000 t (März 1951 — Juni 1952)

Die Zunahme des Konsums bei Erdölprodukten wird von 925 000 t/1950 auf 1,48 Millionen t/1954 geschätzt. Die eigene Rohölproduktion durch die *Punjab Petroleum Co. Ltd.* (ehem. *Attock Oil Co.*) und *Pakistan Petroleum Co. Ltd.* (ehem. *Burmah Oil Co.*) stieg von 425 553 Faß (1. Hj. 1948) auf 539 493 (1. Hj. 1950). Bis Januar 1950 waren 32 neue Bohrlizenzen vergeben. Neue Bohrungen finden in Belutschistan und Ostpakistan statt. Die Jahreskapazität der Raffinerie in Rawalpindi wird gegenwärtig von 157 500 t auf 260 000 t erweitert.

In der Textilwirtschaft ist Pakistan noch auf beträchtliche Importe angewiesen. 322 Entkörnungsanlagen trennen Saat und Faser der Baumwolle. 1947 arbeiteten 14 Betriebe mit 178 000 Spindeln und 4874 mechanischen Webstühlen, 1951 bereits 28 mit 378 418 Spindeln und 5110 Webstühlen, während sich 34 Betriebe mit 803 120 Spindeln und 13 338 Webstühlen in verschiedenen Bauphasen befanden. 7 weitere Werke (zu je 25 000 Spindeln) sind mit Rs. 75 Millionen in Zweijahresplan angesetzt. Die Produktion betrug 1947 etwa 51 000 Ballen (zu 1500 yards) Gewebe, 1950 93 000 Ballen und wird 1952/53 390 000 Ballen erreichen, während die Garnerzeugung von 9000 Ballen (zu 400 lbs) **Surplus** auf 59 000 Ballen stieg und 355 000 Ballen erreichen wird.

Die Kapazität der Jutepressen wuchs von 31 (2 Millionen Ballen/Jahr) auf 37 im November 1950 und wird mit weiteren 11 eine Jahresleistung von 4,7 Millionen Ballen erlangen. Mit Juteveredelungsaufträgen wurde versucht, den Ausfall Indiens wenigstens teilweise auszugleichen. In Ostpakistan sind jetzt 3 Werke (zu 1000 Webstühlen) im Bau, an deren Gesamtkosten von Rs. 65 Millionen sich die Zentralregierung mit 50 Prozent beteiligt hat und die 1950/51 die Erzeugung aufnehmen. Zwei weitere Werke sind mit Rs. 45 Millionen im Zweijahresplan angesetzt.

Die Produktion der zwei Wollfabriken beträgt jährlich 1,2 Millionen lbs. Garn, 180 000 lbs. Gewebe. Es werden etwa eine Million lbs Wirkwaren und Wolldecken hergestellt. Fünf Betriebe mit 18 400 Spindeln und 40 Webstühlen sind im Bau.

Erste Seidenwebereien arbeiten bereits, und sieben Betriebe mit 570 Webstühlen erhielten Baugenehmigung, ebenso zwei Anlagen für Kunstfaserverarbeitung.

Die Zahl der großen Gerbereien stieg von fünf auf sieben. Und sieben weitere sind in verschiedenen Stadien der Verwirklichung. Im Zweijahresplan sind Rs. 5 Millionen dafür vorgesehen. Zu fünf Schuhfabriken, von denen *Bata Shoe Co. Ltd.* in Batapur/Lahore eine vorbildliche Großanlage ist, traten zwei weitere, während Bata einen Fabrikbau in Ostpakistan zur Herstellung von Gummischuhwerk plant. Bata hat (neben einem Unternehmen in Karachi) auch die Erzeugung von Fahrradreifendecken und -Schläuchen aufgenommen. Vollgummireifen für Pferde- und Kamelwagen stellen drei Betriebe her.

Kalkstein (1949: 278 827 t) und Gips (1. Hj. 1950: 9422 t) sind Ausgangsstoffe für fünf Zementwerke, deren Kapazität von 670 800 t/Jahr um 175 000 t gegenwärtig erweitert wird, da nur maximal 70 Prozent des Bedarfs gedeckt werden. Zwei neue Werke im Pandschab und der Nordwestgrenzprovinz sind mit Rs. 20 Millionen im Zweijahresplan angesetzt. Reichliche Quarzsandvorkommen (1. Hj. 1950: 3082 t) sind Grundlage für 14 (5 davon neu) Hohlglasbläsereien und Herstellung von Armbändern mit einer Kapazität von ca. 20 000 t/Jahr. Vier moderne Emailierbetriebe decken mit ca. 400 t/Jahr den Jahresbedarf von 550 t nicht. Feuerfeste Ziegel werden von acht Betrieben mit 2 Millionen Stück/Jahr (und einem geplanten Ausbau um 0,5 Millionen Stück zur völligen Bedarfsdeckung) erzeugt. Bambus ist die Basis für eine Papierfabrik (30 000 t/Jahr), die Ende 1951 die Erzeugung von Druck- und Schreibpapier bei Chittagong aufnehmen kann. Für Pappenfabriken in Ost- und Westpakistan sind Rs. 10,5 Millionen im Zweijahresplan vorgesehen. Es gibt Dachziegel- und Kachelproduktionen. Für Ostpakistan ist ein größeres Sägewerk geplant, das u. a. auch eigenes Teak- und Mahagoniholz verarbeiten soll.

In der Elektro-Industrie beabsichtigt ein Glühlampenwerk (ca. 2,5 Millionen Stück/Jahr) die Produktionsaufnahme der stärker verlangten Leuchtröhren, Deckenventilatoren werden von sechs Mittelbetrieben (20—25 000 Stück/Jahr) erzeugt, Schaltanlagen von einer Fabrik mit Bedarfsdeckung bis zu 50 Prozent, Auto-Stromsammler von einem Betrieb. Importiertes Preßmassen-Pulver verarbeiten zwei moderne Anlagen zu Bedarfsartikeln und Zubehörteilen mancherlei Art. Eine Verpackungsindustrie ist

im allmählichen Wachsen begriffen. In Ostpakistan ist eine Sperrholzfabrik (für Teekisten) vorgesehen. In Dacca befindet sich eine Grammophonplatten-Erzeugung im Aufbau.

Die chemische Industrie besteht (neben zwei veralteten Anlagen) aus einer modernen Schwefelsäurefabrik (300 Jahrestonnen) in Karachi, wo auch die Erzeugung von Hydrochloresäure, Salpetersäure, Eisensulfat und Schädlingsbekämpfungsmitteln aufgenommen werden soll. Zwei weitere Schwefelsäurebetriebe für Ostpakistan und den Pandschab sind geplant, um den Jahresbedarf von etwa 15 000 t zu decken. Die Natriumkarbonatfabrik der ICI produziert seit Dezember 1948 wieder mit 20 000 Jahrestonnen. Die Herstellung von Seifen ist von mehreren Betrieben aufgenommen worden; die Großanlage der *Lever Bros.* in Bahawalpur mit einer Jahreskapazität von 5000 t Fein- und Waschseife sowie 200 t Rohglyzerin steht vor Betriebsaufnahme. Kohlendioxyd wird in vier (eine davon neu) Anlagen erzeugt, Sauerstoff und Azetylen von einem übernommenen Werk in Lahore mit neuen Filialen in Karachi und Chittagong. Kolofonium (1650 t/Jahr) und Terpentin (2900 t/Jahr) produziert ein Regierungsbetrieb in Lahore, während ein zweites Werk in der Nordwestgrenzprovinz gebaut wird. Lediglich zwei von 12 Betrieben (5000 t/Jahr) zur Herstellung von Malerfarben und Lacken haben Bedeutung. Das Ammoniumsulfatwerk (50—80 000 t/Jahr) wird in Mari Indus/Mianwali gebaut, während eine elektrolytische Anlage für Ätznatron (3000 t/Jahr) im Zweijahresplan mit Rs. 3 Millionen vorgesehen ist. Es gibt neue Santonin- und Ephedrinfabriken vor allem in Quetta. Tinkturen, Salben und Syrus werden von einer großen Anzahl Unternehmen produziert, von denen ein Betrieb in Landi/Karachi der modernste ist. Die Kosmetika-Erzeugung hat eine gewisse Bedeutung. Feinchemikalien- und Heilmittelproduktionen sind im Zweijahresplan mit Rs. 6 Millionen angesetzt. Für Khairpur und Karachi ist eine Zündholzproduktion vorgesehen.

Während Chromerz (1949: 16 173 t, 1. Hj. 1950: 9000 t) in 106 Abbaustellen (97 davon durch die britische *Baluchistan Chrome Co. Ltd.*) ausschließlich für den Export gefördert wird, sollen Eisensand (30—50 Prozent Fe-Gehalt), Haematit und andere Eisenerzfunde (bis 56 Prozent Fe-Gehalt; z. B. im 45-Meilenbogen Tatta-Bolari an der Strecke Karachi—Haiderabad) die Grundlage für den Aufbau einer Eisen- und Stahlindustrie bilden. Rs. 63,5 Millionen sind dafür im Zweijahresplan vorgesehen. Vordringlich sollen zwei ölgefeuerte 50-t-SM-Öfen mit Walzanlagen, ein Stabeisen- und eine Blechwalzstraße, eine Drahtwalzanlage sowie zwei Elektroöfen installiert werden, um den wachsenden Jahresbedarf (350 000 t — 1954: rund 600 000 t) laut Empfehlungen des Berichts (Herbst 1950) einer Untersuchungskommission der *US Steel Export Co.* zu decken. Pakistan verfügt bereits über zwei Elektroöfen (12 000 t/Jahr) und 21 zum Teil sehr veraltete *re-rolling*-Anlagen, deren Jahresleistung auf 80 000 t und tatsächliche Produktion auf 19 000 t geschätzt wird. Von etwa 150 Eisengießereien sind 18 größere im Pandschab und vier in Karachi hervorzuheben.

Im Maschinenbauwesen stellt ein Werk bei Lahore mit deutschen Reparationsmaschinen und deutschen Ingenieuren moderne Drehbänke mit einer Monatsleistung von 25 Stück her; nach einer zur Zeit stattfindenden Feststellung aller vorhandenen Größen und Typen wird die Zentralregierung einen Importplan aufstellen und bereits eingeführte Schutzzölle den Erfordernissen anpassen. Werkzeuge, Lehren und Metallbeschlüge werden vor allem von einem Betrieb in Karachi mit modernen Maschinen hergestellt. Von wachsender Bedeutung sind auch Schiffsreparatur- und Bauunternehmen in Karachi (6) und Ostpakistan (14, z. T. in Regierungsbesitz), für deren Erweiterung und Ausrüstung Rs. 30 Millionen im Zweijahresplan vorgesehen sind. Zwei Baupläne für neue 3-Helgenwerften in Ostpakistan gehören hierher.

Fortschreitende geologische Untersuchungen betreffen u. a. Funde von Manganerz, Asbest (Chrysolit), Kupfer, Glimmer, Salpeter, Marmor, Magnesit, Schwefel.

Wirtschaft und Mensch

Während Rüstung, öffentliche Dienste, Landwirtschaft und Industrie immer stärker staatlicher Initiative unterliegen, insgesamt aber doch 280 Aktiengesellschaften von 1947 bis Ende 1950 die Genehmigung zur Aktienemission im Gesamtbetrag von Rs. 443 Millionen (davon 58 mit Rs. 111,3 Millionen ausländische Unternehmen) erhielten, haben sich Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen selbst formiert. Der westpakistanische Gewerkschaftsverband zählte Ende März 1951 107 Gewerkschaften mit 196 000 Mitgliedern, und die Tendenz zum Verlassen der kommunistischen *World Federation of Trade Unions* ist groß. In Ostpakistan ist ein Gewerkschaftsverband in Bildung begriffen. Pakistan hat 28 Wirtschaftsorganisationen anerkannt, von denen 14 Verbände, Kammern oder Fachgruppen zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen ermächtigt sind. Zwei große Wirtschaftsverbände bemühen sich um die offizielle Anerkennung des Staates: die *Federation of Chambers of Commerce and Industries* mit 35 Handelskammern und Vereinen (Präsident: G. Allana) und die *Pakistan National Federated Chambers of Commerce and Industry* mit 41 Handelskammern und Vereinen (Präsident: H. M. Habibullah), beide mit Sitz in Karachi.

Der Bau von Verwaltungsgebäuden, Hotels und Wohnungen kommt in den Städten, vor allem in Karachi, in Gang, dort bestehen jedoch noch ganze Stadtviertel aus armseligen Flüchtlingshütten. In Chittagong haben feste Häuser begonnen, die Bambushütten zu verdrängen; vor allem britische Firmen errichten hier Filialen, nachdem eine Marktbearbeitung von Kalkutta aus nicht mehr möglich ist.

Der allgemein niedrige Lebensstandard, die unvorstellbare Armut der Massen des Volkes gegenüber einer kleinen sozial ungewöhnlich gut gestellten Handels- und Grundherrenschicht sowie der allgemeine Mangel an primitivem, hygienischem oder technischem Vorstellungsvermögen machen das Schul- und Erziehungswesen zur wohl größten Aufgabe. Pakistan hat etwa 5 Millionen schulpflichtige Kinder; Schulzwang würde jährlich mindestens Rs. 400 Millionen erfordern.

Einiges ist schon getan worden. Es gibt vier Universitäten: Dacca (17 445 Studenten), Peschawar (1200), Sind (4091), Lahore (etwa 15 000) sowie Polytechniken (34 mit 3458 Studenten), 223 handwerkliche Schulen, Erwachsenenurse (25 in Ostpakistan mit durchschnittlich 28 Teilnehmern), Volksschulen, während für Karachi eine Technische Hochschule geplant ist.

Urdu in arabischer Schrift soll Englisch als Landessprache ablösen, doch sprechen 42 Millionen Ostpakistaner das damit nicht verwandte Bengali, wenn man von geringeren sprachlichen Problemen wie dem Verhältnis des Urdu zum Pandschabi, Paschtu usw. in Westpakistan absieht. Die im Mai 1948 begonnene Aufstellung eines Urdu-Typensatzes nähert sich jetzt der Fertigstellung, so daß sich für die Schreibmaschinen-Industrie des Auslandes große Möglichkeiten ergeben.

828 Zeitschriften und Zeitungen, darunter drei große in englischer Sprache, erschienen am 1. Januar 1951: 345 im Pandschab, 213 in Ostpakistan, 180 in Karachi. Amerikanische Magazine und britische Nacktkulturzeitschriften verletzen mohammedanische Anstandsgefühle. Buntfarbige Bilderschriften der Sowjetunion sprechen die Bevölkerung geschickt an. Auf deutsche Exportzeitschriften stößt man nur selten bei wenigen Firmen. Die USA und Indien beliefern die zahlreichen pakistanischen Kinos mit Filmen, während staatliche und private Initiative in drei Studios (davon zwei in Lahore) um die Eigenproduktion bemüht sind. Die bedeutenderen der 190 Druckereibetriebe, die besonders dicht in Lahore, Karachi und Dacca liegen, sind im Besitz der Zentral- oder Provinzregierungen oder auch der *North-Western Railway*.

BERICHTE

Unsere Berichte ersetzen nicht die Nachrichten, die von einer Zeitung gebracht werden. Wohl aber ergänzen sie die laufenden Nachrichten durch Mitteilungen, für die in der Presse kaum Platz ist. Sie bemühen sich um Berichterstattung ohne eigene Stellungnahme.

IN DIESEM HEFT

Westdeutschland
Berlin

Frankreich
Italien
USA
Australien

Kokos-Inseln
Tschechoslowakei
Georgien
Arabien

Indien
China
Hongkong
Mexiko

Der Fall Kemritz

Über die Angelegenheit des früheren Berliner Rechtsanwalts Dr. Kemritz ist in der deutschen Tagespresse übereinstimmend berichtet worden. Die folgende Stellungnahme beruht ausschließlich auf diesen Berichten. Die Möglichkeit, autoritative Informationen einzuholen, bestand nicht.

Der amerikanische Oberkommissar hat bei seiner Rückkehr aus den USA die deutsche Öffentlichkeit um eine Hoffnung ärmer gemacht. Bis dahin gab man sich der Erwartung hin, daß die Behandlung des „Falles Kemritz“ nur auf einem Ermessensfehler untergeordneter Dienststellen beruhe. Herr McCloy hat aber die mit Sicherheit angenommene Desavouierung seiner Behörde nicht ausgesprochen, ihre Entscheidung vielmehr bestätigt. Kemritz ist und bleibt der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen; die deutsche Resignation soll durch die Erklärung beschleunigt werden, daß Kemritz „sich ohnehin nicht mehr im Bundesgebiet befinde“.

Handelt es sich um eine Verletzung des Besatzungsrechts, einen Ermessensfehler oder eine nur politisch bedauerliche Tatsache? Kemritz, Anwalt in Ost-Berlin, hat in den Jahren 1945/46 zahlreiche Deutsche West-Berlins den sowjetischen MWD-Dienststellen in die Hände gespielt; die meisten Opfer sind verschollen, der Tod anderer in sowjetischen Gefängnissen ist verbürgt. 1947 oder 1948 geht Kemritz (als politisch Verfolgter?) nach dem Westen. Sein Fall wird erst von der Öffentlichkeit, dann von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen, die ein Strafverfahren einleitet. Auf Verlangen des US-Landeskommissariates für Hessen muß es eingestellt werden, nachdem Kemritz in exterritorialen Gebäuden Unterkunft und Sicherheit gefunden hat: die Kemritz vorgeworfene fortgesetzte

Freiheitsberaubung durch Überantwortung seiner Opfer an das MWD möge zutreffen. Aber es habe sich um Aktionen im Interesse der Alliierten (der Sowjets) gehandelt, daher sei kein Straftatbestand gegeben. Auch wenn Kemritz in mehreren Fällen tatsächlich Deutsche in die Hände des MWD gespielt habe, — in anderen Fällen habe er jedenfalls Deutschen geholfen. Und endlich: die deutsche Gerichtsbarkeit sei nach Artikel I b III des Gesetzes Nr. 13 der Alliierten Oberkommission in jedem Falle ausgeschlossen, denn es handele sich um Taten, die Kemritz „bei der Leistung von Diensten für die Alliierten Streitkräfte“ begangen habe.

Die formalrechtliche Grundlage der Entscheidung kann schwerlich in Zweifel gezogen werden. Es ist richtig, daß das MWD die Behörde eines den Vereinigten Staaten alliierten Landes war (und wohl auch heute noch ist). Es ist richtig, daß das Gesetz Nr. 13, „Gerichtsbarkeit auf vorbehaltenen Gebieten“, formell wirksam erlassen worden ist (obwohl man hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit Artikel 2 e des Besatzungsstatutes im Zweifel sein könnte), und es ist endlich richtig, daß Kemritz bei seinen düsteren Berliner Aktionen „in Erfüllung von Pflichten oder Leistungen für die Alliierten Streitkräfte“ tätig gewesen war. Vom Standpunkt des geschriebenen Besatzungsrechts aus ist die Entscheidung zu halten: 1945 ist gleich 1951, und die Sowjets sind Verbündete. Der Gesetzespositivismus hat sich salviert.

Indessen: hat das deutsche Volk nicht einen Umerziehungsprozeß an sich vornehmen lassen, dessen Leitsätze nicht zuletzt den Mühlen der Nürnberger Gerichte entquollen? Hat man uns nicht in Nürnberg gelehrt, daß Gesetz nicht immer gleich Recht sei, daß schon Erlaß und Vollzug von Gesetzen, die der Rechtsidee und den elementarsten Menschheitsrechten widersprächen,

den Tatbestand eines Verbrechens nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 erfülle? Daß sich ein Gesetz unter veränderten politischen Verhältnissen zum Nichtrecht wandeln könne, dessen Anwendung Strafhaftung aller damit Befaßten begründe? „Nicht darauf kommt es an, was der Täter an Bösem verhindert oder im Rahmen seiner Tätigkeit an Gutem erreicht hat, sondern nur darauf, was er an genau summierten Straftaten begangen hat.“ So lauteten die von uns nicht vergessenen Nürnberger Stimmen. Sie haben das Wort: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt“ in fast allen Urteilen verdammt.

Aber die Überzeugungskraft dieser Worte und Leitsätze verblaßt zwangsläufig angesichts eines Falles, in dem ein verächtlicher Funktionär, der damals nicht nur den Sowjets, sondern auch ihren „Verbündeten“ zweifelhafte, wenn vielleicht auch opportune Dienste geleistet haben mag, deshalb einer Strafjustiz entzogen wird, die sich zu den einst so wirkungsvoll verkündeten Nürnberger Gedanken bekennt. Ein Ermessensfehler? Vielleicht. Ein um so mehr zu bedauernder Eingriff, als die bevorstehenden Verhandlungen über den deutschen Beitrag zur kollektiven Sicherheit (nämlich gegenüber dem Verbündeten, den Kemritz bedient hatte) vor der entscheidenden Phase stehen. Die Politiker werden dies jenseits wie diesseits des Petersberges möglicherweise verspüren. Uns — und der *American Civil Liberties Union*, die jüngst zugunsten des deutschen Standpunktes intervenierte — geht es um vielleicht Wichtigeres: nicht um das Subjekt Kemritz, sondern um die Gefährdung eines Gedankens, an den zu glauben wir bereit waren.

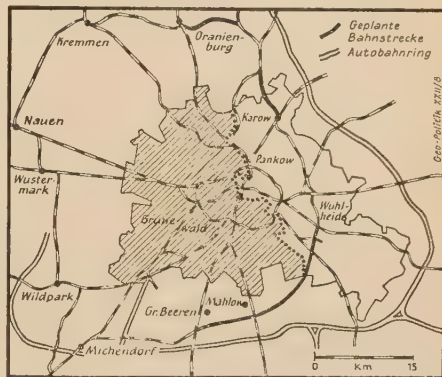
Reinhart Maurach

Die Berliner Umgebungsbahn

Bald nach dem Bau der Berliner Eisenbahnanlagen stellte sich heraus, daß die zufällig entstandenen End- oder Ausgangsbahnhöfe der großen Strecken (Anhalter, Potsdamer, Lehrter, ursprünglich auch Hamburger Bahnhof usw.) kaum den Anforderungen genügten, die Berlin auf Grund seiner einzigartigen Lage im europäischen Verkehrsnetz an seine Eisenbahnen stellen mußte. Der Ausbau der Berliner Stadt- und Ringbahn zwischen 1871 und

1882 sowie die Stilllegung des Hamburger Bahnhofs für den Personenverkehr waren die ersten entscheidenden Schritte auf dem Wege zu einer systematischen Ordnung des Berliner Eisenbahnverkehrs. Während die Stadtbahn, die quer durch die Stadt von Westen nach Osten läuft, dem Personenverkehr vorbehalten blieb, entwickelte sich auf dem Ring ein lebhafter Güterverkehr mit eigenen Verschiebehäfen in Rummelsburg, Tempelhof, Grunewald und Pankow.

Das Anwachsen der Stadt zeigte jedoch schon bald nach der Jahrhundertwende, daß dieser Rahmen zu eng war, und damit entstand die Notwendigkeit, das Stadtgebiet und den Stadtring durch einen Außenring



zu entlasten, der die Möglichkeit bot, einen großen Teil des Güterverkehrs um Berlin herumzuleiten. Die westliche Hälfte dieses Außenrings wurde von Oranienburg über Kremmen, Nauen, Wustermark, Wildpark, Michendorf nach Großbeeren fertiggestellt, während die östliche Hälfte zunächst nicht zum Bau kam.

Es wurde zwar schon in den Jahren 1908 bis 1912 zwischen Großbeeren und Mahlow an dem Projekt gearbeitet, ein Teil der Dammbauten und Straßenbrücken wurden errichtet. Der Erste Weltkrieg und die anschließenden Notzeiten setzten jedoch einen vorläufigen Schlußstrich unter die Pläne.

Die kurz vor dem Zweiten Weltkriege begonnene Neuordnung der Berliner Bahnanlagen, die außer den immer brennender werdenden Verkehrsbedürfnissen auch Wünschen nach monumentaler Baugestaltung und nach militärischer Zweckmäßigkeit Rechnung tragen sollte, mußte zwangsläufig

zu einer Wiederaufnahme der alten Pläne führen. Außer einer Umgestaltung der Bahnanlagen in Großbeeren wurden deshalb neue Verschiebebahnhöfe in Wuhlheide, Fredersdorf und Rüdnitz für die Bedienung des Außenringes gebaut, so daß der Außenring in seinen wesentlichen Teilen bis 1941 fertiggestellt werden konnte.

Der Abbau zahlreicher Strecken nach 1945 machte auch vor dem Außenring nicht Halt. Schienen sich doch bei der Eigenart des Status der Stadt Berlin viele Verkehrsbedürfnisse auffallend zu wandeln. Der Potsdamer Bahnhof z. B. wurde völlig stillgelegt, und der Anhalter Bahnhof verlor mit seinen wenigen ankommenden und abfahrenden Zügen seine frühere Bedeutung.

Diese Entwicklung scheint abgeschlossen zu sein. Seit dem 1. November 1950 wird wieder an dem Güteraußenring zwischen Großbeeren und Altglienicke gearbeitet. Der Ausbau dieser Strecke wird den Güteraußenring erneut schließen und damit dem Berliner Verkehr die so notwendige Entlastungsmöglichkeit bringen. Der Güterverkehr hat die Möglichkeit, Berlin zu umfahren, viele Berliner, die ihre Wohnstätten in der Stadt verloren und weit draußen wohnen, erhalten eine zusätzliche Beförderungsmöglichkeit, da eine ganze Reihe Haltepunkte für den Personenverkehr errichtet werden.

Die Möglichkeit, Berlin zu umfahren, wird aber vor allem auch die bisher nicht bestehende Chance bieten, den Eisenbahnverkehr über Berlin so zu leiten, daß die Sektoren der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungsmacht nicht mehr durchfahren werden.

Der zweigleisige Ausbau für Schwerlastzüge und schnellfahrende Züge ist vorgesehen. Die Trasse wird kaum Kurven und Steigungen enthalten. Modernste Sicherungsanlagen mit Gleisbildstellwerken sind vorgesehen. Alle Straßen und Wege werden schienenfrei unter- oder überführt.

Das Tempo der Bauarbeiten wurde mehrfach beschleunigt, der Eröffnungstermin mit Rücksicht auf die Weltjugendspiele in Berlin vorverlegt.

Hans Joachim Marschner

Die französischen Geheimdienste

Am 15. Juli wurde Prinz zu Löwenstein in St. Wendel im Saargebiet festgenommen.

Er erklärte nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik: „Dem französisch-saarländischen Grubenabkommen läuft ein Geheimvertrag parallel, der die Saar praktisch der *Sûreté* überantwortet.“

Die 1949 ausgebrochene, 1950 beschwichtigte und zu den Akten gelegte Generals-affaire Revers-Mast hat im Zuge der Enthüllungen und Gegenenthüllungen einige überraschende Lichter auf den unterirdischen Kampf der verschiedenen französischen Geheimdienste geworfen. Nach den Mitteilungen, die die Öffentlichkeit damals erhielt, besitzt Frankreich im wesentlichen folgende Geheimdienste:

1.) Die dem Innenministerium unterstellte *Sûreté nationale*. Sie ist 1945 nach dem Vorbild des der französischen Polizei durch jahrelange Zusammenarbeit wohlbekannten nationalsozialistischen Reichssicherheitshauptamts reorganisiert worden. Die „Direktion für die Überwachung des Territoriums“ (*Direction de la surveillance du territoire*, DST) entspricht dabei der ehemaligen Abteilung IV des Reichssicherheitshauptamtes (Geheime Staatspolizei) und die „Direktion für allgemeine Nachrichten“ (*Direction des renseignements généraux*, DRG) den ehemaligen Abteilungen III und VI (SD und Auslandsnachrichtendienst).

2.) Der „Militärische Sicherheitsdienst“ (*Sécurité militaire*, SM) des Kriegsministeriums und die Abwehrdienste (*Deuxièmes Bureaux*) des Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministeriums.

3.) Das „Technische Verbindungs- und Koordinationsbureau“ (*Bureau technique de liaison et de coordination*) des Übersee-Ministeriums.

4.) Der „Dienst für auswärtige Dokumentation und Gegenspionage“ (*Service de documentation extérieure et de contre-espionage*, SDECE), der der Ministerpräsidentschaft angegliedert ist. Diese letzte Organisation entwickelte sich aus dem von de Gaulle 1940 in London gegründeten *Bureau central de renseignements et d'actions* (BCA), das 1943 durch die *Direction générale des études et recherches* (DGER) abgelöst und 1945 in den SDECE überführt wurde. Nach den Enthüllungen der Generalsaffaire traten vor allem Spannungen zwischen dem durch Jules Moch stark sozialistisch durchsetzten DST und dem SDECE zu Tage, der offenbar noch von der Besatzungszeit her von Anhängern Bidaults geführt wird.

Nunmehr scheint der gegenwärtige Generaldirektor des SDECE Boursicot der Regierung einen Plan zur Reorganisation der französischen Geheimdienste vorgelegt zu haben. Nach den Nachrichten, die über den Bericht in die Öffentlichkeit gelangt sind, handelt es sich um folgende Reformvorschläge: Die *Direction de la surveillance du territoire* der *Sûreté nationale* soll aufgelöst und mit der Kriminalpolizei (*Police judiciaire*) oder den „Allgemeinen Auskünften“ (*Renseignements généraux*) verbunden werden. 2. Die Kompetenzen des bei der Ministerpräsidentschaft etatisierten SDECE sollen auf das gesamte Staatsgebiet und auf die überseeischen Gebiete ausgedehnt werden. 3. Die Abwehrdienste der verschiedenen Ministerien — Krieg, Marine, Luft, Übersee — sollen zusammengefaßt werden. 4. Die Kontrollmöglichkeiten der Regierung sollen durch die Gründung eines *Comité supérieur des renseignements* verstärkt werden. Dem Plan Boursicot liegt offenbar das Ziel zugrunde, den Schaden, den das gesellschaftliche und politische Leben Frankreichs mit der Unterhöhnung durch die weitverzweigten Fuchsbauten der Geheimdienste und ihrer politischen Ableger erleidet, einzudämmen und der Diktatur von unten, von der bereits jener unheimliche Kohlenoxydgeruch ausgeht, der das Atmen in den totalitären Systemen so schwer macht, durch eine Kontrolle der verfassungsmäßigen politischen Instanzen einen Riegel vorzuschieben.

e

Livorno

Am 30. Juni gab die amerikanische Regierung bekannt, daß sie im norditalienischen Hafen Livorno Truppen stationieren werde, weil dieser Platz Nachschubbasis für die amerikanischen Streitkräfte in Mitteleuropa werden solle. Es ist geplant, 2000 italienische Arbeitskräfte einzustellen. Die Amerikaner wollen Lagerhäuser und Kasernen neu bauen. Zum Leiter der Arbeiten wurde General Vissering ernannt. Aus seiner ersten Erklärung an die Presse am 4. Juli ging hervor, daß Livorno einen Teil der Aufgaben übernehmen soll, die bis jetzt von Bremen erfüllt wurden.

Livorno, das im Mittelalter südlich der versandenden Arnomündung gegründet wurde, hat 130 000 Einwohner, Bremen 570 000. Der italienische Hafen (englisch *Leghorn*)

ist bisher vornehmlich Massenguthafen gewesen, — Bremen hat gemischten Umschlag. 1938 betrug der Güterumschlag Livornos 1,475 Millionen t im Eingang und 0,514 Millionen t im Ausgang. Heute hat es diesen Verkehr zu 80 v. H. wieder erreicht, Bremen dagegen seinen Umschlag von 1938 bis jetzt nur zu 65 v. H. Die Hauptumschlagsgüter des italienischen Hafens waren bisher Kohle, Phosphate, Holz, Getreide, Öle, Gesteine, Häute und Felle usw., Bremen schlägt aus-



gehend allein 30 v. H. der Mengen an Stückgütern um.

Die Wassertiefe der Hafenbecken beträgt in beiden Häfen bis zu 10,5 m, doch sind die Kajen in Livorno nur knapp 4500 m lang und die Eisenbahngleise etwa 2000 m — in Bremen rund 13 000 m oder ein Vielfaches davon. Die Ausstattung Livornos mit Umschlagsgeschäften ist mit 16 Kränen von 1,5 t bis 6 t, einem Kran zu 20 t und einem zu 30 t Tragfähigkeit relativ bescheiden. Bremen verfügt über 225 Kräne bis zu 60 t Tragfähigkeit. Ein Trockendock mit den Abmessungen 140,20 × 21,80 × 5,90 m steht zur Verfügung — in Bremen sind es mehr und bessere. Eine livornische Getreideumschlagsanlage mit einer Kapazität von 12 000 t steht einer bremischen mit 102 000 t gegenüber. Die Öltankanlagen sind in Livorno bei weitem ungenügend, in Bremen fassen sie 460 000 cbm. In dem italienischen Hafen wird viel später brachliegendes Kapital investiert werden müssen, ehe der Hafen wie erwünscht arbeiten kann.

Bremen ist 350 km von der Oder und 1000 km von der Grenze der Sowjetunion entfernt. Bis Livorno haben Flugzeuge denselben Weg von der Sowjetunion, 600 km von Ungarn. Der italienische Hafen ist wohl durch die Ligurischen Alpen im Nordwesten und durch die Toskanischen im Norden und Osten abgeschrmt, sein Einzugsgebiet ist aber auch durch das Gebirge und seine Pässe eingeeengt, von den österreichischen Alpen ganz abgesehen. U-Boote können vor der Straße von Gibraltar, vor Bab el Mandeb, zwischen Sanday und Haugesund oder vor dem Kanal ebenso gut wie im Mittelmeer selbst operieren.

In Bremens Hinterland gibt es keine Gebirgssperren. Aber in Bremens Arbeiterschaft gibt es auch keine große Zahl von Kommunisten, — in Livorno mußten die Amerikaner in den allerersten Tagen 700 italienische Arbeitsuchende zurückweisen, weil es sich um aktive Kommunisten handelte. Das Hinterland Livornos hat aus dem Zweiten Weltkrieg eine Tradition aktiven roten Partisanentums, dessen Verbände gelernt haben, in der Enge von Gebirgspässen gegen eine motorisierte und mechanisierte Armee zu operieren.

Selbstverständlich sagen die Amerikaner nicht, ob der Ausbau Livornos wirklich im Zusammenhang mit ihren Garnisonen in Triest, in Oberösterreich und der Oberpfalz oder aber vielleicht im Zusammenhang mit der Anlage eines großen Etappenweges zur „Südfront“ vor dem „weichen Unterleib“ (diese geschmackvolle Bezeichnung wird Winston Churchill zugeschrieben) eines potentiellen Gegners, also nach Jugoslawien, Griechenland, der Türkei und Persien, zu sehen ist.

Geographiekenntnisse

In den Spalten der großen *New York Times* zog sich eine Diskussion durch die Sommermonate, die von dem Ergebnis einer Wissensprüfung bei mehreren tausend amerikanischen Studenten ausgelöst wurde. Das Quiz in der verschiedensten Form ist ein amerikanisches Gesellschaftsspiel, — diese Prüfung aber zeigte ihre Ernsthaftigkeit schon daran, daß der bekannte Geograph Samuel Van Valkenburg von der Clark-Universität in Worcester, Massachusetts, maßgeblich an ihr beteiligt war.

Ein Student meinte, die Bevölkerung der USA betrage eine Million Menschen. Ein anderer Prüfling gab sie mit 20 Milliarden an. Ein Viertel der Studenten konnte die ungefähre Zahl der Erdbevölkerung angeben, die Antworten der anderen schwankten zwischen unter 100 Millionen und über 200 Milliarden. 98% der Befragten wußten nicht, wieviel Einwohner das benachbarte Kanada hat. Von den 4750 Prüflingen nannten 18 ältere Studenten die fünf größten Städte der USA ungefähr mit ihren richtigen Einwohnerzahlen. Die anderen nannten einen bunten Städtereigen: El Paso in Texas oder Portland in Maine. Für die Einwohnerzahl New Yorks gab es Gebote zwischen 500 000 und 30 Millionen. 5% der Studenten konnten die an den Atlantik grenzenden Staaten der USA richtig und vollständig aufzählen. Die Zeitumrechnung nach den verschiedenen Meridianen glückte nur wenigen, selbst die Uhrzeitzone innerhalb der USA wurden durcheinandergebracht.

Eine klare geographische Begriffsbildung fehlte. „Das Delta liegt in Ägypten“, hieß z.B. eine Antwort. Man wußte nicht was Isthmus ist oder was die Äquinoktien bedeuten.

7 Studenten von den Befragten konnten die Nachbarstaaten Jugoslawiens aufzählen. In anderen Antworten fanden sich auf diese Frage Länder wie Belgien, Ägypten, die Mandschurei, Portugal und Kanada!

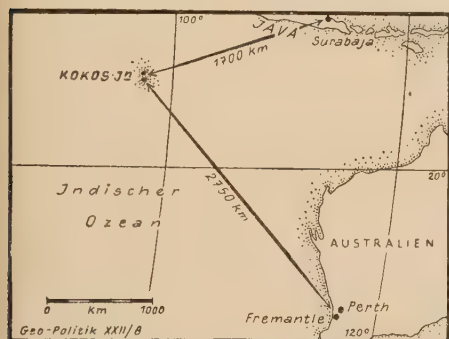
Albrecht Haushofer drang als Professor an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin gemeinsam mit K. C. von Loesch mitten im Zweiten Weltkrieg darauf, daß die Universität sich nicht nur über die Wissenslücken der Studenten mokiere oder empöre, sondern daß sie etwas für ihre Ausfüllung tue. Auf seine Veranlassung wurde für die Studenten des ersten und zweiten Semesters ein Pflichtproseminar von vier Wochenstunden eingerichtet, das grundsätzlich nicht von Assistenten, sondern von den Lehrstuhlinhabern geleitet wurde, die auf diese Weise auch gerade die jungen Studenten persönlich kennenlernten. (Befreiung erfolgte, wenn den Proseminarleiter die Kenntnisse und das Verständnis befriedigten). Im ersten Semester wurden je zwei Stunden für Geographie und Völkerkunde und für Geschichte verwendet, im zweiten Semester je zwei Stunden für Grundkenntnisse aus dem Wirtschaftsleben und aus der Staatslehre.

*

Der westliche Zufahrtsweg nach Australien

Australien, das im März 1951 die Flugroute durch den südlichen Pazifik bis nach Chile erprobt hat, sichert auch nach Westen einen Weg, der weit südlich des Äquators in der größeren Sicherheit der maritimen Hemisphäre verläuft und, wenn er in Durban an der Ostküste Südafrikas beginnt, in Fremantle, der westaustralischen Hafenstadt, endet.

Der australische Außenminister Robert Casey erklärte am 8. Juli, die Kokosinseln seien ein lebenswichtiger Wegpunkt auf der Flugstrecke von Australien nach Singapur und nach Afrika. Außerdem brauche man sie „aus Gründen der Landesverteidigung“.



Auf den Inseln siedelte sich 1823 der britische Abenteurer Alexander Hare mit einer Gruppe von Sklaven an, 1827 ließ sich die Familie Ross auf einer zweiten Insel nieder. 1856 wurde die Gruppe zum britischen Schutzgebiet erklärt, die Familie Ross erhielt durch einen Freibrief der Königin Victoria das Grundeigentum in Erbpacht für 999 Jahre. Australien erkennt ihre Rechte weiter an. 1878 wurde die Verwaltung der Kokos- oder Keeling-Gruppe (es sind 27 kleine Koralleninseln) dem Gouverneur von Ceylon unterstellt, 1886 dem Gouverneur der Straits Settlements, von diesem Jahr an bis heute wurden sie von Singapur aus verwaltet. 1902 wurde eine Station am Kabel von Australien nach Südafrika angelegt, der 1914 der Angriff der „Emden“ galt. (Der Kreuzer wurde damals durch die australische „Sydney“ an den Kokos-Inseln vernichtet, das Landungskommando jedoch wurde nicht entdeckt und schlug sich unter Helmuth v. Mücke über Sumatra und Arabien in die Heimat durch). Als Einwohner wurden 1949 1736 Malaier, 166 Europäer, 10 Chinesen

und 1 Inder genannt, sie leben von den Erträgen der Kokospalmen. Am 22. Juni 1951 wurde die Übertragung der Hoheitsrechte von Großbritannien an Australien angekündigt.

*

Emigration aus der Tschechoslowakei

Am 1. Mai 1951 wurde im Rahmen einer festlichen Veranstaltung in München der Sender „Freies Europa“, dessen Mast in Holzkirchen in Bayern steht, seiner Bestimmung übergeben. Er ist eine Gründung des „Komitees für ein Freies Europa“, an dessen Spitze bekannte amerikanische Finanzmänner und Politiker stehen. Das Komitee kommt für die Kosten auf. Der Sender soll als wichtiges Instrument im Kalten Krieg die Völker hinter dem Eisernen Vorhang über die Ideen des Westens aufklären. Vorerst wird nur in tschechischer und slowakischer Sprache gesendet. An der Eröffnungsveranstaltung nahm als Vertreter der amerikanischen Verwaltung der Landeskommis­sar für Bayern, Professor Shuster, teil, und aus den Vereinigten Staaten war eigens zu diesem Zweck der Vorsitzende des Komitees Mr. Jackson, ehemals Propagandachef des Generals Eisenhower, der bis 1945 den „psychologischen Krieg“ geleitet hatte, gekommen, um die Leitung des Senders dem tschechischen Emigranten Dr. Ferdinand Peroutka, einer bekannten Persönlichkeit aus der Ära Masaryks und Beneschs, zu übergeben. Nach einer Protestnote der kommunistischen Prager Regierung vom 22. Mai 1951 wies die Sendeleitung darauf hin, daß es sich um „eine unabhängige tschechoslowakische Rundfunkstation“ handle, die „unter keinem Protektorat stehe, sondern geschaffen wurde aus den freiwilligen Beiträgen amerikanischer Bürger“; es handle sich um eine private Einrichtung, die weder Eigentum der amerikanischen Regierung noch ihr verantwortlich sei.

Abgesehen von den Zwangsaustreibungen sind seit 1945 aus der Tschechoslowakei etwa 60 000 Menschen geflüchtet, davon 80 % nach dem kommunistischen Umsturz im Jahre 1948. Sie leben heute in allen Ländern der Westlichen Welt. Ihrer Ideologie und Zielsetzung nach können drei Hauptrichtungen unterschieden werden: Tschechoslowaken, Tschechen und Slowaken.

Die Tschechoslowaken, Anhänger des verstorbenen Staatspräsidenten Benesch, gehen noch immer von der Fiktion einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation aus. Sie billigen die Vertreibung der Sudetendeutschen und halten sie für rechtens. Sie gehören zu jener Richtung, die bereits zur Zeit der Emigration während des Zweiten Weltkriegs das Bündnis mit Moskau und dem Kommunismus geschlossen hat und mitverantwortlich für die Tragödie des Jahres 1948 ist. Ihre Hauptorganisationen sind der „Rat der Freien Tschechoslowakei“ und der „Nationalausschuß der Freien Tschechoslowakei“ in Amerika.

In scharfem Gegensatz zu ihnen stehen die Tschechen, die sowohl das Recht des slowakischen Volkes wie das der Sudetendeutschen auf Selbstbestimmung in der Heimat anerkennen. Sie sind im „Tschechischen Nationalausschuß“ mit General Prchal an der Spitze zusammengefaßt. Das ist die Organisation, die am 4. August 1950 mit den Sudetendeutschen das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen hat, das eine neue Ära der deutsch-tschechischen Beziehungen einleiten kann.

Die Slowaken lehnen ebenfalls den „Tschechoslowakismus“ ab, fordern die Anerkennung einer eigenständigen slowakischen Nation und ihre Eingliederung in eine europäische Föderation freier Völker. Ihre Dachorganisationen sind der „Slowakische Nationalrat im Exil“ und das „Slowakische Befreiungskomitee“.

Da die „tschechoslowakische“ Richtung den Sender „Freies Europa“ besetzt hat, richten sich leidenschaftliche Proteste sowohl der Tschechen und Slowaken als auch der Sudetendeutschen gegen seine führenden Mitarbeiter. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie Kollaborateure mit dem Kommunismus gewesen seien, die heute keinen politischen und moralischen Kredit mehr bei ihren Volksgenossen in der Heimat hätten, da sie sowohl für die verfehlte Politik der Tschechoslowakei vor 1938 wie für das Bündnis mit dem Bolschewismus in der zweiten Emigration und nach 1945 im neu erstandenen Staat verantwortlich seien. Richtig ist, daß in den Sendungen die Verherrlichung des Staatssystems von Masaryk und Benesch einen breiten Raum einnimmt. In einer sich ständig wiederholenden Sendung „Wie es war“ wird immer wieder versucht, die Ver-

dienste Beneschs für die „tschechoslowakische Nation“ hervorzuheben.

Es ist jedenfalls noch nicht die Stimme der Freiheit, die aus diesem Sender tönt, und sicherlich gibt es Repräsentanten des tschechischen und slowakischen Volkes, die mit mehr Gewicht für eine Neuordnung der europäischen Völkergemeinschaft eintreten können.

S.

Georgien

Am georgischen Nationalfeiertag, dem 26. Mai, begann die „Stimme Amerikas“ Rundfunksendungen in georgischer Sprache, die vom Georgisch-Amerikanischen Komitee in New York getragen werden. Der Außenminister Dean Acheson eröffnete selbst die Sendungen, was er auch bei den Sendungen in anderen Landessprachen von Völkern der Sowjetunion tut. Die Amerikaner wollen durch die „Stimme“ die Völker hinter dem



Eisernen Vorhang aus Quellen, die nicht der sowjetischen Zensur unterliegen, über die Weltlage informieren und ihnen Einblicke in das amerikanische Leben geben. Da in der Sowjetunion kontrollierte Gemeinschaftsempfänge üblich sind und kaum jemand einen privaten Rundfunkapparat besitzt, muß der Erfolg abgewartet werden. Nach den deutschen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg bedeutet allerdings die bloße Tatsache, daß überhaupt Sendungen in den Sprachen der nichtrussischen Völker der Sowjetunion stattfinden, einen gewissen Erfolg.

Der 26. Mai ist von den Georgiern zum Nationalfeiertag gewählt worden, weil an diesem Tage im Jahre 1918 die Loslösung Georgiens als selbständige Republik aus dem in der Oktoberrevolution zerfallenen alten russischen Staatsverband proklamiert wurde. Das georgische Volk gewann an die-

sem Tag die eigene Staatlichkeit wieder, die es 1801 verloren hatte.

Zwischen den Fronten des Jahres 1918 und in den Spannungen zur Türkei hat sich der neue georgische Staat damals nur langsam konsolidieren können. Er erhielt zuerst deutsche militärische (durch General Kress v. Kressenstein) und diplomatische (durch Graf v. d. Schulenburg, den späteren Botschafter in Moskau) Hilfe, die nach dem deutschen Zusammenbruch durch ähnliche britische Maßnahmen abgelöst wurde. Die deutsche Hilfsaktion hat sich einen so guten Namen unter dem georgischen Volke gemacht, daß sie auch im Zweiten Weltkrieg bei vielen Georgiern nicht vergessen war.

Eine der wichtigsten eigenen militärischen Stützen im Lande bildete damals die Georgische Legion, die während des Ersten Weltkrieges aus georgischen Kriegsgefangenen Deutschlands in der Türkei aufgestellt worden war. Es ist jedoch auf den schleppenden Aufbau des georgischen Heeres, die unzureichende Bewaffnung, die geringe Zahl der Kräfte und die auf den Ausbau des Heeres zu wenig bedachte georgische Regierung ebenso wie auf das Desinteressement des Auslandes zurückzuführen, daß die junge georgische Republik dem Ansturm der Roten Armee nicht gewachsen war und im März 1921 erobert und dem Herrschaftsbereich der Sowjets angegliedert wurde.

Die georgische Regierung ging ins Exil. Sie besteht noch heute unter der Leitung des letzten Ministerpräsidenten Noe Jordania in Paris.

Die bolschewistische Besetzung Georgiens löste eine Reihe von Aufständen aus, unter denen der bekannteste der große Aufstand von 1924 war. In der Provinz setzte sich der Aufstand schnell durch, in der Landeshauptstadt Tbilissi (Tiflis) mißlang er jedoch und war damit sehr bald im ganzen Lande zum Scheitern verurteilt. Es zeigte sich dabei auch, daß die Meldungen georgischer Emigranten darüber, daß der Aufstand im Ausland positiv aufgenommen werden würde, zu optimistisch gewesen waren.

Während des Zweiten Weltkrieges glaubten die Georgier, die Chance zur Befreiung ihres Landes und der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit nutzen zu müssen. In eigenen Verbänden, die insgesamt mehr als 35 000 Freiwillige umfaßten, kämpften die Georgier gegen die Sowjetunion. Trotz vieler Schwierigkeiten und Mißverständnisse

— die Aufstellung fremder Freiwilligen Verbände innerhalb des deutschen Heeres war mit Ausnahme weniger Versuche im Ersten Weltkrieg ein Novum, sie wurde außerdem durch die deutsche Überschätzung des eigenen und die Unterschätzung des Wertes des Partners erheblich belastet — und trotz der deutschen Politik gegenüber den Völkern des Ostens, die nicht dazu angetan war, unter ihnen aufrichtige Bundesgenossen zu gewinnen, bewährten sich die georgischen Freiwilligen-Einheiten sehr gut. Sie bestanden mit Ausnahme von zwei kleinen Einheiten und einzelnen Freiwilligen, die aus der alten Emigration kamen, aus Georgiern, die in der Sowjetunion erzogen worden und als Kriegsgefangene oder Überläufer nach Deutschland gekommen waren. Angesichts der großen psychologischen Belastungen, denen die Freiwilligen ausgesetzt waren, war ihre Standfestigkeit ein Zeichen ausgeprägten Nationalbewußtseins und eines starken Selbstständigkeitsdranges.

Die deutschen politischen Pläne für den Kaukasus, — Errichtung eines Reichskommissariats Kaukasien und in ihm eingegliedert eines Generalkommissariats Georgien —, ließen es zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges nicht zu, den Georgiern klare Zusagen über die Zukunft ihres Landes zu machen.

Im Herbst 1942 wurde zwar in Berlin ein georgischer Nationalausschuß gebildet, er besaß jedoch keine Möglichkeit, sich bei deutschen Stellen Gehör zu verschaffen. Er wurde im Oktober 1943 durch den georgischen Verbindungsstab abgelöst. Dieser war bestrebt, im Rahmen des Möglichen und nicht ohne Erfolg sowohl die georgischen politischen Ziele zu verfolgen wie praktische Arbeit zu leisten. Ihm gehörten Vertreter der jüngeren Generation der alten Emigration und Vertreter der Freiwilligen an. Er genoß für seine Arbeit die Billigung der Exilregierung. Dieser Verbindungsstab erhielt schließlich am 17. März 1945 die schriftliche Bestätigung, daß die deutsche Reichsregierung ihn als georgisches Nationalkomitee mit dem Recht der alleinigen Vertretung der georgischen politischen Ziele und Wünsche anerkenne. Diese Anerkennung kam vier Jahre zu spät, um noch politisch wirksam zu werden, sie kam jedoch noch rechtzeitig als Rechtfertigung gegenüber ihrem eigenen Volk für die Georgier, die es sich angelegen sein ließen, die Chance der Be-

freijung ihres Landes nicht als deutsche Söldner, sondern als Vertreter ihrer Nation zu nutzen.

Gerhard von Mende

*

Ein großes Syrien oder ganz Arabien?

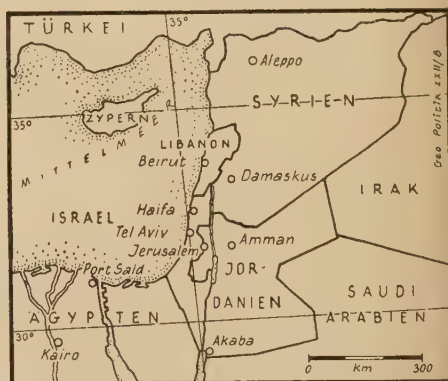
Abdallah Ibn Husein, König von Jordanien, wurde am 20. Juli 1951 beim Betreten der Aqsa-Moschee in Jerusalem von einem arabischen Terroristen namens Mustafa Schakir erschossen. Während der Mord an dem früheren libanesischen Ministerpräsidenten Riyad es-Solh bei seinem Besuch in Amman nur wenige Tage zuvor (am 16. Juli) zunächst nur wenig Beachtung im Ausland fand, muß man nach dem Attentat auf Abdallah auch diesen Anschlag als Ausdruck einer politischen Konzeption werten. Mit Abdallah haben, wie es Churchill am 23. Juli im Unterhaus formulierte, die Araber einen großen Führer, die Juden einen Freund und die Briten einen treuen Kameraden und Verbündeten verloren.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Abdallah als Vertreter seines Vaters, des Scherifen von Mekka, für die Wahrung der arabischen Belange in Konstantinopel eingesetzt. Vorsorglich nahm er bereits 1914 engere Beziehungen zu England auf, und obwohl die Engländer, d. h. Oberst Lawrence, später seinen Bruder Faisal politisch in den Vordergrund schoben, hat er ihnen die Zurücksetzung nicht nachgetragen. 1921 wurde ihm das Emirat Transjordanien übertragen; unbeirrt von allen Strömungen und Ereignissen hat er sich stets eindeutig zur britischen Orientpolitik bekannt, was ihm um so leichter fiel, als er nicht wie sein Bruder Faisal oder dessen Nachfolger im Irak auf antibritische nationale Strömungen Rücksicht nehmen mußte.

Bei den Verhandlungen über die Bildung der Arabischen Liga während des Zweiten Weltkrieges konnten sich die beiden haschemitisch geführten Staaten Irak und Transjordanien mit ihrem Plan, daß zunächst die Levantestaaten in einem großsyrischen Reich unter König Abdallah aufgehen sollten und daß man erst danach an die Bildung einer Liga aus allen arabischen Staaten gehen wolle, nicht durchsetzen. Aber zäh und entschlossen hat Abdallah auch nach der Errichtung des arabischen Staatenbundes seinen alten Plan weiter verfolgt. Als es offen-

bar wurde, daß die Juden nicht zu besiegen waren, war Abdallah als erster zu einem Kompromiß und einem offiziellen Ausgleich mit dem neuen Staat Israel bereit. Er hatte bereits im April 1949 die arabisch besetzten Teile Palästinas seinem Staatswesen einverleibt und nannte sich daher seit dem 1. Juni 1949 König von Jordanien, da er nunmehr auch *cis* — diesseits — und nicht nur *trans* — jenseits — des Jordans herrschte.

Die Beziehungen zur Arabischen Liga, die auf eine militärische Zusammenarbeit aller arabischen Staaten gegen die Juden hinarbeitete und selbst nach dem Waffenstillstand an der Wirtschaftskriegführung gegen Israel (Boycott) festhielt, waren gespannt, zeit-



weise nahe am Bruch, den man aber doch beiderseits vermied. Von den national gesinnten Arabern Palästinas, die sich vor allem aus Anhängern des Großmufti zusammensetzten, wurde die Annektion Rumpfpalästinas als Verzicht auf das übrige Land und damit als Verrat an der gesamtarabischen Sache angesehen.

Offene und geheime terroristische Organisationen hat es im Orient stets gegeben; es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die mehrfach genannte „Organisation des Heiligen Krieges“, deren Mitglied der Mörder gewesen sein soll, aus einer oder mehreren Vereinigungen gebildet hat, die in den letzten 15 Jahren von den verschiedenen Richtungen und Parteien zur Verteidigung Palästinas gegründet worden sind. So könnte man den Vorfall als einen internen arabischen Racheakt werten, wenn nicht der Mord an Riyad es-Solh — noch dazu bei seinem Besuch in Amman — vorangegangen wäre. Die Täter waren Mitglieder der National-syrischen Partei, deren Führer Antun Saadeh

während der Regierungszeit Riyad es-Solhs am 8. Juli 1949 in Beirut zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist. Aber das sind doch wohl nur die auslösenden Elemente gewesen. Die eigentlichen Gründe liegen tiefer. Für die Annahme, daß sich der frühere libanesische Ministerpräsident, auf den schon im März 1950 syrische Nationalisten ein erfolgloses Attentat unternommen hatten, auf die innerarabische Linie Abdallahs festgelegt hat, liegt kein Anlaß und kein Anzeichen vor. Allerdings war auch Riyad es-Solh ein treuer Freund Großbritanniens. Auch er hinterließ, wenn vielleicht auch nicht so deutlich wie Abdallah, keinen Nachfolger *of his own calibre*. Welche Haltung gegenüber den arabischen und internationalen Problemen Jordanien unter der neuen Führung, die entweder Emir Talal, der zur Zeit in der Schweiz ist und dem man national-arabische Tendenzen nachsagt, oder der vorläufige Regent, Emir Naif, der als ausgesprochen anglophil gilt, einnehmen wird, ist noch nicht zu sagen.

Auf alle Fälle bedeutet der Tod dieser beiden Persönlichkeiten einen erheblichen politischen Verlust für Großbritannien, durch den die extrem national-arabischen Kreise sicher gestärkt werden und der auch als Gewinn einer anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Bewegung gedeutet oder ausgenutzt werden kann. Ob hier tatsächlich eine Interessengemeinschaft extremer nationaler Gruppen mit international interessierten Weltmächten vorliegt oder sich entwickelt, ist noch nicht abzusehen.

E. K.

Indiens Bevölkerungsdruck

Auf dem Parteitag der Kongreßpartei sagte Ministerpräsident Nehru am 8. Juli in Bangalore, der Staat müsse sich für eine Einschränkung der Geburtenzahl einsetzen. In den letzten zehn Jahren sei die Bevölkerungszahl Indiens um 42 Millionen gestiegen. Schon am 19. April hatte Nehru in einem Interview erklärt, der jährliche Bevölkerungszuwachs von 4 Millionen müsse verringert werden.

Allerdings betonte er ausdrücklich, daß der Begriff „Übevölkerung“ problematisch sei. Nach dem Maßstab der USA seien die 362 Millionen Indiens im wörtlichen Sinne „untragbar“, — in Indien kämen sechsmal

soviel Menschen auf die Flächeneinheit wie in USA. Dagegen sei Indien noch immer nicht so dicht bevölkert wie Belgien, Großbritannien oder Italien.

Es darf nicht vergessen werden, daß die jährliche Bevölkerungszuwachsrate in Indien heute nicht einmal so hoch ist wie die Deutschlands in den neunziger Jahren.

Chinahandel unter Embargo

Am 16. Mai 1951 empfahl die Vollversammlung der UNO mit 47 von 60 Stimmen, also mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit und ohne Gegenstimmen, allen, nicht nur den Mitgliederstaaten, alle Verschiffungen folgender Güter nach dem Gebiet der Chinesischen Volksrepublik zu verbieten: Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial, Material zur Nutzung der Atomenergie, Güter von Bedeutung für die Herstellung von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial, Erdöl und (auf französischen Vorschlag) dem Transport dienende Güter von strategischem Wert. Es handelt sich also nicht um ein Verbot des gesamten Handels mit der Chinesischen Volksrepublik, und es bleibt den einzelnen Staaten überlassen, ihrerseits zu bestimmen, welche Güter in die einzelnen Kategorien fallen. Es handelt sich um eine Empfehlung.

Empfohlen wird weiter, nach Bekanntmachung der vom Embargo jeweilig betroffenen Güter die nötigen Kontrollen zu seiner Durchführung einzurichten, die Kontrolle auch auf Transitgüter anderer Nationen auszudehnen, mit den übrigen ein Embargo einführenden Staaten zusammenzuarbeiten und innerhalb von vier Wochen — und später auf Aufforderung — an den besonderen UNO-Ausschuß zu berichten.

Dieser, amerikanischer Initiative entsprungene, Vorgang hat eine lange, weit in die Zeit vor dem Koreakonflikt zurückgehende Vorgeschichte. Bereits Anfang 1949 wurde unter Benutzung des vom amerikanischen Wirtschaftsministerium eingeführten Systems der Exportlizenzen der Export von „kritischem und strategischem Material“ aus den Vereinigten Staaten nach China stark gedrosselt, und diese Drosselung nahm mit jeder Gebietsverweiterung der Gegner Tschiang Kai-scheks zu. Wie sich dieses „nicht-erklärte Embargo“ auswirkte, zeigen folgende Zahlen für einige wichtige Positionen im amerikanischen Export nach China:

	1948	1949
Betriebsstoff für Flugzeuge	486 569 Faß	91 497 Faß
Schmieröl für Flugzeuge	56 116 "	4 403 "
Betriebsstoff für Fahrzeuge	516 014 "	32 521 "
Dieselöl etc.	470 286 "	33 337 "
Industrie-Schmieröl	228 507 "	15 897 "
Eisen und Stahl	60 000 Ton.	16 000 Ton.

Der Wert der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten nach China ging von 273,4 Millionen \$ im Jahre 1948 auf 82,6 Millionen \$ im Jahre 1949 zurück. Nach dem Rückzug Tschiang Kai-scheks bis Formosa und der am 1. Oktober 1949 in Peking erfolgten Errichtung der Chinesischen Volksrepublik wurde in Washington unter Hinzuziehung militärischer und Wirtschaftssachverständiger ein Aktionsprogramm aufgestellt, in dessen Verfolg Ende Januar 1950 das Büro für Internationalen Handel im Wirtschaftsministerium dazu überging, für einen sich immer mehr erweiternden Kreis von Gütern die Exportlizenzen zu verweigern, wenn diese Güter für das Gebiet der Chinesischen Volksrepublik bestimmt waren. Lizenzen wurden beispielsweise nicht mehr erteilt für Bedarf von Ölraffinerien, elektrische Generatoren und Motore, verschiedene Typen von Werkzeugmaschinen, maschinelle Ausrüstung für Bergwerke und Steinbrüche, Lastwagenbereifung. Die Ausfuhr von Erdölprodukten außer Leuchtöl und industriellen Schmierölen hatte schon mit dem Anfang des Jahres völlig aufgehört. Eine weitere Verschärfung in der Handhabung des Lizenzsystems für Ausfuhren nach China trat im März 1950 ein.

Nach Ausbruch des Koreakonfliktes am 25. Juni 1950 wurden sofort alle Lizenzen für Waren auf der Kontrollliste als ungültig für den Export nach China erklärt, und die Erteilung von Lizenzen sogar für die Ausfuhr von Rohbaumwolle wurde verweigert. Erst am 3. Dezember 1950 entschloß sich die amerikanische Regierung zu einem offiziellen Embargo, das nunmehr für alle Verschiffungen nicht nur — wie seit dem Koreakonflikt — für Nordkorea, sondern auch für China, Hongkong und Macao galt. Eine generelle Ausfuhrgenehmigung behielt Gültigkeit nur für Druckschriften nicht-technischen Charakters, die für Hongkong oder Macao bestimmt waren. In allen andern Fällen war eine besondere und, wie die Erfahrung zeigt, schwer und nur verspätet erhältliche Sondergenehmigung von dem Büro für Internationalen Handel im Wirtschaftsministerium einzuholen. Das Embargo traf auch Güter im Transit

auf amerikanischem Gebiet. Gleichzeitig wurde amerikanischen Schiffen das Anlaufen von kontinentalchinesischen Häfen verboten.

Amerika war sich von vornherein klar, daß ein Embargo einer einzigen Nation gegen die Chinesische Volksrepublik eine entscheidende Wirkung nicht haben konnte, selbst wenn diese Nation die Potenz der Vereinigten Staaten besaß. Ein Verbot der Ausfuhr strategischen Materials im engsten Sinne nach der Chinesischen Volksrepublik bestand allerdings seit dem Koreakonflikt in verschiedenen Ländern.

In England umfaßte es Flugzeuge aller Art, Spezialkonstruktionen von Motorfahrzeugen, alle Werkzeugmaschinen, Zink, Kupfer und manches andere. Der Export anderer Warenkategorien war auf Mengen zivilen Normalverbrauchs beschränkt. Seit dem 17. Juli 1950 bestand ein generelles Verbot für Erdöl und Erdölderivate durch Kabinettsbeschluß Nr. 305.

In Japan hatte die unter der Ägide MacArthurs stehende Regierung am 9. Okt. 1950 eine umfangreiche Liste von Hunderten von Artikeln veröffentlicht, deren Ausfuhr nach China, Hongkong oder Macao ohne Sondergenehmigung verboten wurde. Auch Ausfuhr von Kohle und Sojabohnen, die Japan sich immer bemüht hat aus China zu erhalten, war danach versagt. Japan war das erste Land, das am 6. Dezember 1950 und durch Verordnung Nr. 100 des Ministeriums für Außenhandel und Wirtschaft provisorisch ein allgemeines Embargo für jede Ausfuhr nach China, der Mandschurei (sic!), Nordkorea, Hongkong und Macao verhängte. Es ist das einzige Land geblieben, das sich Amerika so weitgehend angeschlossen hat, bis die westdeutsche Bundesregierung am 30. Mai 1951 mit einem allgemeinen Ausfuhrverbot folgte und alle für die Chinesische Volksrepublik bestimmten Waren einer Sondergenehmigung unterwarf.

Von Frankreich wurde das gleiche im Januar 1951 in Hongkong behauptet, doch beeilte sich die französische Regierung, dieses Gerücht in aller Form zu dementieren.

Am enttäuschendsten war für Amerika die Haltung Hongkongs. Zwar hatte diese britische Kronkolonie am 8. August 1950 eine erste kurze Liste „strategischer Güter“ veröffentlicht, deren Ausfuhr aus Hongkong

verboten war, und am 8. Dezember 1950 folgte eine zweite Liste von für den Export nach der Chinesischen Volksrepublik gesperrten Gütern. Die Situation dort wird dadurch charakterisiert, daß auch diese Liste ausschließlich reines Kriegsmaterial enthält wie Panzerfahrzeuge und Tanks, Kanonen und Gewehre, Bomben und Minen, Munition und zu deren Herstellung benötigte Maschinen.

Diese Erfahrungen sind es wohl gewesen, die Amerika erhöhten Wert darauf legen ließen, das nicht direkt zu erreichende Ziel auf dem Wege über die UNO anzustreben, die als geeignetes Organ erscheinen konnte, nachdem sie durch Beschluß des Politischen Ausschusses vom 31. Januar 1951 die Chinesische Volksrepublik als Aggressor im Koreakonflikt gebrandmarkt und einen Ausschuß zur Beratung zusätzlicher Maßnahmen gegen den Aggressor eingesetzt hatte. Über diesen Ausschuß ging dann auch im Mai 1951 der Antrag, allen Nationen den Erlaß eines zunächst noch beschränkten Embargos gegen den Aggressor zu empfehlen.

Der amerikanische Delegierte im Politischen Ausschuß der UNO erklärte bereits am 16. Mai, dem Tage der Annahme des Antrages, daß der Ausschuß für zusätzliche Maßnahmen nicht darauf beschränkt sei, nur wirtschaftliche Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Die *Times* wollte darin die beunruhigende Aussicht des Verlangens nach politischen Sanktionen erblicken, während der Oberbefehlshaber der amerikanischen Marine Admiral Sherman am 30. Mai vor einer amerikanischen Senatskommission einen Beschluß der UNO zur Verhängung der effektiven Blockade Kontinentalchinas für wünschenswert erklärte.

Inzwischen aber ist bisher selbst das Verlangen nach einem Generalembargo amerikanischen Musters noch nicht gestellt worden, und der britische Delegierte Sir Gladwyn Jebb hat sogar ausgesprochen, daß der Ausschuß für zusätzliche Maßnahmen sich darauf beschränken solle, bestimmte Ausdehnungen des Auswahlbargos (*specific extensions of the selective embargo*) ins Auge zu fassen, will ihn also nicht einmal das General-embargo erwägen lassen.

Die erste Aufnahme des UNO-Beschlusses vom 16. Mai 1951, der schärfste Proteste der Chinesischen Volksrepublik, der Sowjetunion und anderer Staaten auslöste, war nicht begeistert. Zur Beruhigung Japans war am

15. Mai gemeldet worden, daß diesem Lande gestattet werden solle, seinen Handel in strategischen Gütern mit Kontinentalchina fortzusetzen, da sonst ein historisch gewachsenes Gewebe von Handelsbeziehungen zum Nachteil Japans zerrissen werde. Japan hatte im Jahre 1950 nach dem Gebiet der Chinesischen Volksrepublik für 19,5 Millionen \$ exportiert, davon für 17 Millionen Eisen- und Stahlwaren, Präzisionsinstrumente u. dergl. und damit wenigstens einen Teil seines 39 Millionen betragenden Importes — zumeist Kohlen und andere Rohstoffe für seine Industrie — mit Waren abdecken können. In Indonesien erklärte man, sich um den UNO-Beschluß nicht kümmern zu wollen: angesichts der schwierigen Wirtschaftslage des Landes werde man selbst mit dem Teufel Geschäfte machen, hat sich später aber doch gefügt.

In Malaya befürchtete man einen gewaltigen Preissturz für Rohgummi, der auch prompt eintrat, nachdem der bisherige Export nach China als ausreichend für einen ganzen zivilen Jahresbedarf erklärt und weiterer Export durch die britischen Behörden verboten worden war. Aus Burma wurde gemeldet, daß man nicht die Absicht habe, dem Vorschlag der UNO-Vollversammlung zu folgen, sondern weiter Rohgummi und Erdöl nach dem Gebiet der Chinesischen Volksrepublik liefern und sich dafür der im Weltkrieg gebauten Burmastraße bedienen werde, deren Instandsetzung sofort in Angriff genommen werde. Hongkong verwies auf die Gefährdung seiner Existenz, wenn es durch strikte Ausführung des empfohlenen oder gar durch ein erweitertes Embargo seinen Wert als vermittelndes freies Handelsemporium für die Chinesische Volksrepublik verliere.

Dem Wunsch der UNO, daß alle zum Embargo aufgeforderten Staaten innerhalb von vier Wochen über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen berichten möchten, sind in der durch die UNO gesetzten Frist bis 19. Juni 1951 nur 10 der 60 Mitgliedsstaaten nachgekommen: die USA, Belgien, Indonesien, Brasilien, Kanada, Nationalchina, Holland, Griechenland, Norwegen und Australien, außerdem aus dem Kreis der Nichtmitgliedsstaaten Italien. Einen Monat später waren von 40 Staaten Berichte eingelaufen.

H. M.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und China

Anfang Juni wurde in Peking ein „Monat deutsch-chinesischer Freundschaft“ eröffnet. Der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, Johannes König, erinnerte an Mao Tse-tungs Erklärung, daß Deutschland sowohl wie China „in der vordersten Front des Kampfes gegen den Imperialismus“ stünden. Die beiden Länder könnten sich wirtschaftlich viel gegenseitig geben. Die deutschen Spezialisten in China wollten ihr Bestes für den Aufbau des Landes tun. Der bekannte Dichter, Dramatiker und Gelehrte, Professor Kuo Mo-jo, der Übersetzer Goethes ins Chinesische, Vorsitzender des Zentralausschusses für Kultur und Erziehung und als „parteiloser Demokrat“ Mitglied des Zentralen Volksregierungsausschusses, betonte, daß man die überlieferte Freundschaft zwischen den beiden Völkern weiter pflegen und stärken solle und grüßte in Deutschland die Heimat von Marx und Engels. Schon im Mai war in Berlin auf der Museumsinsel eine Ausstellung alter und neuer chinesischer Kunst mit über 800 Katalognummern eröffnet worden, die als Leihgabe der Regierung in Peking vorher in der Moskauer Tretjakow-Galerie und in der Eremitage in Leningrad gezeigt worden waren.

Am 15. Juli gab der Ostasiatische Verein Hamburg-Bremen e. V. bekannt, daß der Interministerielle Ausschuß der Bundesregierung die Empfehlung erhalten habe, für Exportgeschäfte mit China und auch mit Hongkong keine Kredite mehr zu gewähren. Auch in Fällen, in denen die zentrale Genehmigungsstelle ordnungsgemäß ihr Einverständnis gegeben hat, gibt es keine Deckung mehr. Als Begründung wird angegeben, die Geschäfte mit China und Hongkong seien „nicht förderungswürdig“ im Rahmen der staatlichen Exportförderung durch die Bundesgarantie. Ob eine Deckung für Geschäfte nach Singapur und Macao gewährt wird, ist dem Ermessen des Interministeriellen Ausschusses vorbehalten. Schon im Mai hatte Bürgermeister Brauer in der Hamburger Bürgerschaft die Haltung der Bundesregierung in der Frage des Dampfers „May Rickmers“ ausdrücklich gebilligt: „Es ist beschämend, daß eine Reederei nicht die nötige Zurückhaltung übt, sondern daß sie die Blockade bricht . . . Unsere Schifffahrt

soll dahin gehen, wo klare Verhältnisse sind und keine Schwierigkeiten für das neue Deutschland entstehen können.“

*

Mexiko als Reservoir von Arbeitskräften

In den Vereinigten Staaten sprechen zwei bis vier Millionen Menschen Spanisch als Muttersprache: neben den Portorikanern New Yorks gehören dazu 60 000 Einwanderer aus dem alten Spanien, 50 000 Filipinos, 32 000 Kubaner und 1,5 bis 3,5 Millionen Mexikaner. 15% der Mexikaner wohnen in nördlichen Staaten weit zerstreut als Überreste geschlossener Trupps von Rüstungs- oder Bahnbauarbeitern. Sie beginnen, sich an andere katholische Gruppen anzugleichen und auch ihr Spanisch aufzugeben.



Etwa 300 000 *peones* leben seit Jahrhunderten in den Bergtälern der Sangre de Cristo-Kette an der Grenze von Neumexiko und Colorado mit ihren Schafherden. Die stärkste Mexikanergruppe siedelt an der amerikanischen-mexikanischen Grenze von Südkalifornien bis ins südliche Texas. — Die letzte Gruppe besteht aus Wanderarbeitern, die in der Saison nach Texas oder in die Bewässerungsgegenden Arizonas und Südkaliforniens, z. B. das Imperial Valley, kommen, — entweder aus den geschlossenen mexikanischen Siedlungsgebieten auf dem Territorium der USA oder aus Mexiko selbst. Die Mexikaner unterstehen nicht den Beschränkungen des amerikanischen Einwanderungsgesetzes, allein von 1900 bis 1930 kam fast eine Million über die Grenze, die mancherorts nicht einmal bewacht wurde. Die Einwanderungsgesetzgebung, die das europäische Reservoir billiger Arbeitskräfte abspernte, gab den mexikanischen Einwanderern und Wander-

arbeitern eine besondere Chance auf dem billigen Arbeitsmarkt (wie den Portorikanern oder Frankokanadiern). Das Hereinströmen von Einwanderern und Wanderarbeitern führte einerseits zu Segregationsbestrebungen der „Einheimischen“ gegen die neue Invasion, andererseits zu politischer Agitation unter den Mexikanern, die dagegen die volle Gleichberechtigung anstrebten.

Hunderttausende von Mexikanern drängen heute weg von der Arbeitslosigkeit, der ländlichen Übervölkerung und dem niedrigen Lohnniveau ihrer Heimat. Die Zeitung *New York Times*, die im März und April ausführliche Berichte eines Sonderkorrespondenten brachte, glaubt, daß jährlich über eine Million Mexikaner illegal über die Grenze kommen. Sie haben den Spitznamen *Wetbacks*, weil manche den Rio Grande, den Grenzfluß in Texas, durchschwimmen. 1950 konnte die amerikanische Grenzpolizei über 500 000 abfassen und zurückschicken. (Die über 2000 Kilometer lange Grenze wird von 900 Beamten bewacht). Die amerikanische Aufrüstung schafft neue Möglichkeiten. Eine Abmachung der beiden Zentralregierungen legalisierte schon 1949 den „Import“ von landwirtschaftlichen Saisonarbeitern unter Kontrakt, — die Zeitung spricht von Sklaveneinfuhr. Die Regierung der USA baut vor den New Yorker Hafen das feine Sieb von Ellis Island gegen unerwünschte Personen und Gesinnungen, — im Süden ist die Landgrenze weit offen. Der legale Einwanderer aus Mexiko braucht zwar keine Quotannummer, aber doch das Visum des Konsuls, dem er eine Gebühr zahlen und Gesundheit, Volksschulbildung und Arbeitsplatz nachweisen muß. Der illegale Einwanderer läßt sich von den Strafandrohungen nicht abhalten, denn er weiß, daß es nicht genug Platz in den Gefängnissen und Gefängnissen der USA für seinesgleichen gibt. Wenn er deportiert wird, — das ist das einzig mögliche Gegenmittel der Behörden, — versucht er es von neuem, — manche sind schon über zwanzigmal abgeschoben worden. Die amerikanischen

Farmer sagen, Arbeitskräfte seien knapp (die Baumwollplantagen am unteren Rio Grande z. B. haben 38 000 feste Arbeitsplätze, dazu aber einen Saisonbedarf, der von 5000 auf 125 000 ansteigt). Es sei viel verlangt, daß sie die Chance ausschlagen sollten, denn selbst der legal importierte mexikanische „Sklave“ sei teurer als der *Wetback*, der oft nur sein Essen bekommt und kein Recht geltend machen kann. Ein Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses und sorgfältige soziologische Erhebungen der Staatsuniversitäten Texas und Neumexiko bestätigen das Bild des Berichterstatters.

Für den „Import“ der legalen Kontraktarbeiter ist das wichtigste mexikanische Auswahlzentrum Hermosillo, die Staatshauptstadt von Sonora (daneben Chihuahua und Monterrey). Am 2. April 1951 begann das Geschäft des Kontrahierens. Die Arbeitssuchenden lagerten in den Parks der Stadt, wurden durch den Gouverneur aus Feldküchen verpflegt und von der linksradikalen Partei *Partido Popular* durch Lautsprecher bearbeitet. Manche Männer warteten zehn Wochen darauf, angeheuert zu werden. (Vertreter amerikanischer Arbeitgeber suchen sich nur eine kleine Zahl aus). Ohnehin beträgt die Zahl der „Legalen“ nur etwa 10% der *Wetbacks*. Es kam zu Zusammenstößen mit mexikanischem Militär.

Der amerikanische Senat diskutierte, ob er die Einwanderung legalisieren und reformieren oder verbieten solle. Eine Gruppe illegaler Einwanderer stellten sich als Arbeitnehmer eines Bruders von William O'Dwyer, dem früheren Bürgermeister von New York, der jetzt Botschafter in Mexiko ist, heraus. Amerikanische Zeitungen erinnerten an die UNO-Diskussionen über die Sklavenarbeit in der Sowjetunion und die Sperrmaßnahmen gegen das Eindringen der Maul- und Klauenseuche aus Mexiko. Im Mai begannen die Behörden der USA, zunächst in Kalifornien allen Arbeitgebern von *Wetbacks* die legalen Kontraktarbeiter zu entziehen.

AUS DEM SCHRIFTTUM

Wenn Deutschland gesiegt hätte . . .

Zweifellos erleben wir seit 1945 eine große Renaissance der Utopie, was man wohl nicht eben als positives Merkmal unserer Zeit ansehen kann. Franz Werfel führte im „Stern der Ungeborenen“ in die Welt der „astromentalen“ Menschen um das Jahr 100 000, George Orwell zeichnete in „1984“ eine beklemmende Vision des all-erfassenden Totalstaates, die den Leser wie ein Albdruck begleiten kann.

Die neueste Utopie: RANDOLPH ROB-BAN: WENN DEUTSCHLAND GESIEGT HÄTTE, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1951, 276 S., Leinen DM 12,80, ist literarisch zwar weniger anspruchsvoll, führt dafür aber mit bemerkenswerter Kühnheit bis unmittelbar an unsere Gegenwart heran oder vielmehr mitten in sie hinein. Randolph Robban ist auch kein bekannter Schriftsteller, sondern das Pseudonym eines ungarischen Diplomaten, der im Pariser Exil lebt. (Die Originalausgabe ist französisch.)

Politik der Sieger

In der Form eines Diplomaten-tagebuches von Anfang 1945 bis ?? beantwortet Robban die Frage, wie die Welt nach einem Siege aussehen würde, den Deutschland durch den Einsatz einer geheimnisvollen Superatombombe im Januar 1945 überraschend erzwingt. Der Tagebuchschreiber, diplomatischer Vertreter eines balkanischen Phantasielandes „Sykambrien“ in Vichy und Paris, ist von dieser Wendung durchaus nicht beglückt, aber er ist eben Angehöriger eines Satellitenstaates, und „ein Satellit ist ein Land, das ebenso Angst vor den Deutschen wie vor den Russen hat. Von dem einen besetzt, hofft der Satellit mit Hilfe des anderen von ihm befreit zu werden. Aber sobald er befreit ist, wird er eben dank dieser Befreiung von dem anderen besetzt werden“. Also fügt er sich in die neue Lage ebenso wie die Franzosen, die vor seinen Augen die fliehenden amerikanischen Truppen beschimpfen, die „gaullistischen Verräter“ verhaften und spontan und öffentlich „Personen bestrafen, die mit den anglo-amerikanischen Eroberern geschlafen haben“.

Nach einem japanischen Angriff auf die Sowjetunion und der Besetzung Amerikas durch deutsche Truppen wird die neue totalitäre Ordnung der Welt aufgerichtet, getragen von Deutschland für Europa und Amerika und von Japan für ganz Asien. Allerdings geschieht diese Aufteilung nicht ganz reibungslos: Moskau hat eine gemischte deutsch-japanische Besetzung, rasch beginnt sich ein Gegensatz Weiß gegen Gelb herauszubilden, und auf der Demarkationslinie am Ural entsteht ein Eiserner Vorhang, — niemand weiß, was die Japaner in ihrer Hemisphäre eigentlich treiben und ob sie nicht in Sibirien ebenfalls eine Superatombombe entwickeln.

Inzwischen beginnen die Deutschen mit der „Entdemokratisierung“ und „Nazisierung“ der Vereinigten Staaten, die freilich nur langsame Fortschritte machen, während England eine reine Arbeiterregierung erhält, von der Ribbentrop hofft, daß sie das Land allmählich von sich aus ganz allein zugrunde richtet. Einfacher ist es im europäischen Teil der Sowjetunion: „Man braucht nur das Vorzeichen zu ändern“, erklärt der Führer, „und der sowjetische Totalitarismus wird zum nazistischen Totalitarismus.“ Tatsächlich folgt die Masse des sowjetischen Volkes gelehrig den neuen Befehlen.“

Aber die Deutschen machen nicht nur Versuche, die besiegten Völker, vor allem die Franzosen, für ihre Ordnung zu gewinnen. Mit brutaler Konsequenz wird die Vernichtung der Juden fortgesetzt, an der sich manche überseeischen Länder freilich mit größerer Leidenschaft als die Deutschen selbst beteiligen. Nur den Zionisten wird gestattet, ihren eigenen Staat in Palästina zu errichten, und ihre Staatslehrer sind eifrig bemüht, die Unterschiede zwischen Juden und zionistischen „Hebräern“ herauszustellen. Auch die alliierten Kriegsgefangenen hält Deutschland trotz gegenteiliger Versprechungen zu Hunderttausenden für Wiederaufbauarbeiten zurück und setzt Millionen sogenannter freier Arbeiter für die Organisation des früheren Sowjetgebiets ein.

Immer stärker macht sich die Diskrepanz zwischen Worten und Taten der Deutschen bemerkbar: Hitler läßt feierlich das gesamte Gold der Erde im Pazifik versenken, um für immer vom Goldstandard abzukommen, insgeheim aber hält er große Goldreserven für sich zurück. In Nürnberg stellt man amerikanische, britische und sowjetische Generale und Politiker als Kriegsverbrecher vor Gericht, die nun für ihre spurlos verschwundenen Vorgesetzten Stalin, Churchill und Truman zu büßen haben. Dabei werden „die alliierten militärischen Führer . . . zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Das scheint dem Wunsch der Wehrmacht zu entsprechen, die die militärischen Angeklagten mit Nachsicht behandelt haben wollte. Die übrigen Angeklagten wurden teils zum Tode durch den Strang, teils zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt. Es gab auch einige Freisprüche, um die Großzügigkeit und Unparteilichkeit des Gerichts zu bezeugen“. Von den deutschen Kriegsverbrechen und Konzentrationslagern aber darf kein Wort gesprochen werden.

Einsicht der Alliierten

Diese Unaufrichtigkeit widert den Tagebuchschreiber derart an, daß er sich ins Privatleben zurückzieht, um den Deutschen mit einem Buch „Wenn die Alliierten gesiegt hätten“ einen Spiegel vorzuhalten. In dieser Utopie in der Utopie handeln die Alliierten einzig nach den von ihnen verkündeten Grundsätzen des Christentums, der Demokratie und der Vernunft. „Gleichzeitig besetzten die Alliierten das ganze deutsche Staatsgebiet und teilten es in vier militärische Zonen auf, ohne daß diese politische oder wirtschaftlich durch irgendeine Schranke geschieden wurden. Ganz Europa hat während der deutschen Besetzung unter den verschiedenen Demarkationslinien viel zu sehr gelitten, als daß man Neigung hätte, dieselben Sinnlosigkeiten zu wiederholen. Die Staatsmänner der Alliierten, einsichtsvoll und mit der europäischen Mentalität genau vertraut, verwenden besondere Sorgfalt auf die Auswahl der amerikanischen Persönlichkeiten, denen sie die Reorganisation und Verwaltung Deutschlands übertragen. Amerikaner deutschen Ursprungs, die als Verfolgte des Nazisystems in den USA Asyl gesucht und neue Heimat gefunden haben, halten sie von sämtlichen leitenden Positionen sorg-

sam fern. Denn Washington weiß genau, daß alle diese Amerikaner neuen Datums voller Rachsucht sind und auf alle mögliche Weise danach trachten, sich fragwürdigen Ausgleich und Genugtuung zu verschaffen.“ — „Die Alliierten sind einsichtig genug zu begreifen, daß es nach dem Sieg über das System unrecht und gefährlich wäre, den gegnerischen Soldaten als solchen zu entwürdigen, und noch sinnloser, eine Nation in ihrer Gesamtheit anzuklagen, die sechs Jahre lang eine so unerwartete Kraft der Aufopferung bewiesen hat. . . Keiner der Alliierten besteht darauf, die deutsche Kollektivschuld zu verfechten. Schließlich weiß die ganze Welt, daß zum mindesten ein Teil dessen, was man den Deutschen als Kriegsverbrechen zur Last legt, genau so von der oder jener der Siegermächte begangen worden ist. Insbesondere Sowjetrußland zeigt sich großzügig.“

Auch in der Frage der Reparationen beweist man Verständnis und befördert die deutschen Kriegsgefangenen schnellstens heim. „Aus Rußland dauerte die Rückkehr fast zwei Jahre, aber auch dort wurden in dieser Zeit die Kriegsgefangenen als freie Arbeiter behandelt.“

Die Alliierten lassen Vernunft bei der Grenzziehung walten: „Besonders sorgfältig befaßten sich die Alliierten mit dem Problem der neuen Reichsgrenzen. Diese Frage hing unmittelbar mit dem deutschen Bevölkerungsproblem zusammen, das für eine echte Befriedung Europas so entscheidend ist. Die Absicht, Ostpreußen, Schlesien und das Sudetenland vom Reich abzutrennen und die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach Westdeutschland auszusiedeln, wurde ohne weiteres als gefährlich und dem verfolgten Ziel abträglich aufgegeben. Hätte doch die Verwirklichung dieses Planes im Reich zu einer Bevölkerungsvermehrung um 10 Millionen Menschen geführt und eine katastrophale Zunahme seiner Bevölkerungsdichte veranlaßt. Die innere Spannung dieses deutschen Kessels müßte zwangsläufig einen Grad erreichen, der die Sicherheit ganz Europas bedroht. Es war also keine Rede davon, Gebiete mit rein deutscher Bevölkerung vom Reich abzutrennen.“ Und schließlich: „Um Gerechtigkeit bemüht und von dem unbeirrbaren Wunsch beseelt, eine neue internationale Rechtsordnung zu schaffen, entwarfen die alliierten Führer einen ebenso

großartigen wie kühnen Plan. Da eine Völkerrechtsordnung nur dann wahrhaft universell ist, wenn das Rechtsbewußtsein aller Völker der Welt an ihr teil hat, lud der Oberste Alliierte Rat die Regierungen der besiegten Länder dazu ein, an dem neuen internationalen Gerichtshof teilzunehmen, der die Kriegsverbrechen aburteilen soll. Die Anklage wird von den Richtern der Sieger und den Richtern der Besiegten gemeinsam ausgearbeitet. Sie zieht die alliierten Führer ebenso zur Rechenschaft wie die totalitären.“

Während der sykambrische Diplomat diese Worte der Vernunft schreibt, verschärft sich der deutsch-japanische Gegensatz ständig weiter, zumal inzwischen ein Konflikt zwischen dem deutsch besetzten Mittelkorea und Nordkorea ausgebrochen ist. Die Deutschen gehen deshalb daran, die Amerikaner als zukünftige Bundesgenossen wieder aufzurüsten und behandeln die bisher bewußt mit Kränkungen überschütteten amerikanischen Generale plötzlich mit größter Zuverlässigkeit, müssen aber zu ihrem Erstaunen feststellen, daß die Amerikaner von ihrer neuen Aufgabe gar nicht beglückt sind und zahlreiche Bedingungen stellen. Vor allem aber widersetzen sich die Franzosen der amerikanischen Wiederaufrüstung und wollen nur kleinste Einheiten zugestehen, da sie eine dritte amerikanische Invasion fürchten.

Verteidigungsbeitrag der Besiegten

Es gibt endlose Verhandlungen über den amerikanischen Verteidigungsbeitrag, bei denen die Amerikaner die volle Gleichberechtigung fordern, die Deutschen aber nur einige Zugeständnisse machen wollen, die „in der Form der amerikanischen Eigenliebe vollkommen Genüge leisten“. Als die Verhandlungen soweit gediehen sind, daß niemand mehr recht Bescheid weiß, dekretiert der „Weltführer“ von sich aus die sofortige Aufrüstung der USA und gewährt zwar keine Gleichberechtigung, dafür aber die Aufhebung des Kriegszustandes und „Genugtuungen psychologischer Natur. So wird man erlauben, daß jede Atombombe, die von amerikanischen Flugzeugen abgeworfen wird, das farbige Bild der amerikanischen Idealgestalt trägt, in deren Verehrung sich ganz Amerika einig ist: Das Bild des unsterblichen Filmstars Tinta Mybottom, im Badeanzug dargestellt. Darüber hinaus wird jedes neu aufgestellte amerikanische Regiment das Vorrecht haben, durch das Los zehn Mann zu

bestimmen, die im Verlauf einer festlichen Parade einen Kuß von Miß Mybottom bekommen“. Ehe diese Aufrüstung aber noch Tatsache werden kann, bricht ein neuer deutsch-japanischer Konflikt wegen der gemeinsamen Besetzung Moskaus aus, und es wird klar, daß auch die Japaner die Superatombombe besitzen.

Aufruf zur Versöhnung

Das Tagebuch bricht ab, während die ersten Superbomben gleichzeitig auf Tokio und Nagasaki und Berlin und Stuttgart niedergehen: „Eine seltsame Gleichgültigkeit, eine abgrundtiefe Ermüdung befallen Geist und Körper. Und ich weiß mit absoluter Klarheit, daß ich nie mehr die Kraft noch die Lust aufbringen werde, mir vorzustellen, was aus der Welt würde, wenn sich abermals und zufälligerweise die Sieger in Besiegte und die Besiegten in Sieger verwandeln.“

Man sieht, die Satire ist von dem tiefen Pessimismus eines alten Kulturvolkes getragen, das alle großen Worte und Pläne mit lächelnder Skepsis betrachtet. Deshalb ist das Buch trotz mancher Ausflüge ins Groteske und der hier und da übersteigerten Lust am Karikieren nicht nur amüsant und anregend, sondern es reicht in tiefere Zonen. Die banale Weisheit, daß jedes Ding zumindest von zwei Seiten her betrachtet werden kann und daß es in der Politik nichts Absoluten gibt, wird hier immer wieder abgewandelt und beiden Seiten als Spiegel vorgehalten. Zwar scheint sich die Satire besonders scharf gegen die Alliierten zu wenden, aber der Eindruck entsteht wohl nur, weil es immer dankbarer ist, den Mächtigen zu ironisieren als den Unterlegenen, denn auch den Deutschen werden in puncto Rassenwahn, Byzantinismus und Selbstüberschätzung einige bittere Wahrheiten ins Stammbuch geschrieben. Alle Urteile aber halten sich ebenso fern vom Haß des Unterlegenen wie von der überheblichen Selbstgerechtigkeit des Richtenden.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe spricht der Verfasser einen Wunsch aus: „Ich wäre glücklich, wenn meine deutschen Leser in meinem Buch hinter und jenseits der Satire und Karikatur einen Auftrag oder besser einen Aufruf vernähmen: Einen Aufruf zur menschlichen Versöhnung und zur gegenseitigen Verständigung zwischen den einzelnen und den Nationen.“

Gotthold Rhode

Ist Spanien faschistisch?

Betrachtungen Serrano Suñers

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zur Zeit bemüht, das westdeutsche und das spanische Wehrpotential in das große Westsystem einzuordnen. Die Formen einer Einordnung Westdeutschlands stehen noch nicht fest. Es scheint, daß der französische Gedanke einer Europa-Armee sich durchsetzen wird, dem die Amerikaner wohl deswegen zugestimmt haben, weil sie so einmal die Möglichkeit sehen, die innereuropäischen Spannungen besser auszuschalten als in einem rein nationalstaatlichen System und weil sie so zum anderen die Widerstände Frankreichs und Englands gegen eine nationale deutsche Wiederbewaffnung überwinden zu können glauben.

Die Einordnung Spaniens soll offenbar in Form eines zweiseitigen amerikanisch-spanischen Vertrages erfolgen. Hier scheinen den Amerikanern die Widerstände gegen eine unmittelbare Einbeziehung Spaniens in den Atlantik-Pakt vorläufig noch zu groß. Immerhin ist der Besuch Admiral Shermans in Madrid nicht nur ein Wendepunkt für die spanischen Beziehungen zum Westen gewesen, sondern auch ein Wendepunkt in der ideologischen Fundierung der amerikanischen Außenpolitik, die sich über den Ersten und Zweiten Weltkrieg erstreckte. Man könnte, die Dinge etwas vereinfachend, folgende Formel prägen: Weltkrieg 1 und 2 wurden von den Amerikanern als Kreuzzug für die Einführung der Demokratie überall in der Welt empfunden. Dem Sendungsbewußtsein der angelsächsischen Demokratie wurden bis zu der Behandlung Tschiang Kajscheks hin Erwägungen rein politischer Art, Erwägungen, die vor allem die beste Machtkonzentration im Auge haben, geopfert. (Roosevelt sah die Sowjetunion als vorläufig verhin- derte potentielle Demokratie an.) Mit der Einordnung Jugoslawiens und Spaniens in das atlantische System beginnt das demokratische Sendungsbewußtsein weniger entscheidend zu wirken. Diese Wandlung wird sich naturgemäß nicht von heute auf morgen voll durchsetzen. Es wird längere Zeit brauchen, bis sie das Bewußtsein des einzelnen Amerikaners verändert. Aber der Ansatz ist ohne Zweifel gemacht, und er entspricht durchaus der veränderten realen inneren und welt-politischen Lage der USA. Ihre Verantwortung ist nicht mehr peripher, sondern zentral

geworden. Der daraus folgende Strukturwandel der amerikanischen Demokratie selbst ist häufig genug, wenn auch bisher unseres Wissens nirgends systematisch und zusammenfassend geschildert worden.

Aber wie stehen die Dinge in Spanien selbst? Hat Spanien als einziges europäisches Land die faschistischen Ansätze einer neuen Methode des Regierens und einer neuen Begründung des Staates überdauert und weiterentwickelt? Oder bildet sich hier eine besondere iberische Form politischen Lebens heraus, die weder faschistisch noch im angelsächsischen Sinne demokratisch ist? Wir verdanken zu dieser Frage dem ehemaligen spanischen Außenminister Serrano Suñer einen interessanten Beitrag, der, da seine Erinnerungen 1947 erschienen und schon 1948 in Zürich in deutscher Sprache herausgebracht wurden, der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben ist. Die bei der obigen Fragestellung interessierenden Gedanken Suñers machen nur einen kleinen Teil des Werkes aus, das wohl in der Hauptsache geschrieben wurde, um dem früheren britischen Botschafter Sir Samuel Hoare, dem heutigen Lord Templewood, der Suñer überaus heftig attackiert hatte, entgegenzutreten. Suñer macht das in einer sehr eleganten Art, wie sein Buch sich unter der Fülle der Nachkriegsmemoiren überhaupt durch seinen Mut zur persönlichen Stellungnahme auszeichnet, Suñer will nicht Geschichte schreiben, sondern er will sagen, was er, Suñer persönlich, gedacht und erlebt hat, wen er gehaßt und wen er geliebt hat.

Diese sehr persönliche Stellungnahme charakterisiert das Buch als einen Beitrag zur Geschichte des letzten Krieges, der erst in Verbindung mit vielen anderen Beiträgen nach und nach ein gültiges historisches Bild reifen lassen wird. Von sehr viel größerer Wichtigkeit als die historische Darstellung scheint uns der letzte, kleinere Teil, der eine Verbindung von Gedanken zum Wesen des Falangismus und staats-theoretischer Ideen enthält. Suñer sieht den Faschismus nach wie vor als die modernere Form staatlichen Lebens an. „Der Liberalismus ist letzten Endes nichts anderes als das Dampfmaschinenzeitalter. Der Faschismus dagegen ist das Zeitalter des Radio, der Rotationspresse, des Kinematographen, der Eroberung der Luft und der Atomenergie. Inzwischen sind physische Kräfte frei geworden, die sich in

moralische Kräfte verwandeln können, und die der moderne Staat nicht in der Hand der Privatinteressen lassen konnte, wenn er nicht seine eigene Existenz bedroht sehen will.“

Trotzdem rückt Suñer den Falangismus scharf vom Faschismus ab. Wir zitieren: „Wir können also ... die Haltung der Falange etwa so klar stellen: Aus geistiger Unruhe heraus ein wenig liberal; wegen des dringenden Gebots der Geschichte ein wenig demokratisch; wegen des Dranges nach Gerechtigkeit und des Erkennens der tatsächlichen Situation unserer Zeit ein wenig sozialistisch. Aber die Falange ist antiliberal, antidemokratisch und antisozialistisch, weil das katholische Dogma dies fordert, weil die unverrückbare Tatsache Spaniens und die Rangordnung menschlicher Werte es nicht anders erlauben ... Im übrigen bleibt noch eine wesentliche Verschiedenheit, die sie im Negativen vom Faschismus unterscheidet, in dem man uns so leichtfertig hat einordnen wollen: Die Falange verwarf den starren faschistischen Nationalismus. José Antonio Primo de Rivera sagte, der Nationalismus sei nichts anderes als der Individualismus der Völker. ... Dieser andere Nationalismus, den wir ablehnen, beansprucht alles für sich, er ist imperialistisch, aber nicht imperial großzügig. Wir finden ihn im Nationalismus des Faschismus verborgen, und er ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Erbgut der Französischen Revolution, wie dies Bottai einmal selbst erklärt hat.“

Entscheidend in der Auffassung Suñers ist nun, daß der Falangismus sich nie in reiner Form durchgesetzt hat. „Ich wiederhole zum Schluß, daß die historischen Ereignisse — der Bürgerkrieg ganz besonders — die Falange überraschten, als sie sich gerade ausbildete und ihre politische Reife noch nicht erreicht hatte ... Die Falange ist nie mehr geworden als eine Andeutung und eine Sinnegebung.“

Überdenkt man die Analyse Suñers, so ergibt sich für eine Betrachtung des heutigen Spanien zweierlei: Erstens vom Falangismus sind bestenfalls im gegenwärtigen Spanien nur Rudimente enthalten. Und zweitens, diese Rudimente sind ihrem Wesen nach nicht faschistisch. Sie sind ein besonderes Drittes. Es ergibt sich, daß die von einer interessierten Propaganda in die Welt gestreute These, das heutige Spanien sei ein Restbestand der faschistischen Periode, unhaltbar ist.

Was aber ist positiv im heutigen Spanien? Suñer beantwortet diese Frage nicht positiv. Die Schlußfolgerungen aber, zu denen man nach der Lektüre seiner Gedanken gezwungen ist, sind folgende: Das heutige Spanien ist ein katholisch-autoritärer Staat, der aus dem Faschismus ebenso gewisse Methoden übernommen hat wie aus der Demokratie. Er ist ein Staat, der mehr aus praktischen Notwendigkeiten als aus ideologischen Überlegungen heraus konstruiert ist. Er hat sich durchgesetzt, weil sich die liberale Demokratie als für Spanien nicht zweckvoll erwiesen hat. Die Grundüberlegungen seiner Führungsschicht sind eine besondere spanische Ausprägung katholischen Denkens.

Axel Seeberg

Serrano Suñer: *Zwischen Hendaye und Gibraltar*. Thomas-Verlag, Zürich 1948.

Afghanistan

Die ältere Generation in Deutschland hat von jeher wehmütig auf die großen Möglichkeiten geblickt, die sich einem britischen jungen Mann in der Weite des Britischen Weltreichs zu bieten schienen. Wir bedachten bei dieser Wehmut nicht, daß Buren und Indianer, Bantu und Burmanen die britische Herrschaft über ein Viertel der Erde keineswegs so sahen, wie sie uns Kipling oder Yates-Brown („Bengali“!) schilderten. Wir begriffen nicht, daß sich England nicht zur Rolle des modernen Rom bekennen wollte, die wir ihm zuschrieben. Wir waren der Ansicht, daß Cromer oder Curzon oder Kitchener oder andere große Prokonsuln Vorbilder an Bildung, Wissen, Weltoffenheit, Verantwortungsgefühl für die ihnen anvertrauten Völker gewesen seien. *Parcere subiectis et debellare superbos*, — *Lest we forget*, — wir erkannten an, daß es die Reihenfolge Eroberung — Befriedung — Ausbeutung — Erschließung — Fürsorge — Erziehung eingeborener Mitarbeiter — Partnerschaft geben müsse. Wir waren erstaunt, daß man in England selbst unsere Bewunderung des imperialen Stils der Herrschaft nicht so recht ernst nahm, daß man sein Walten bei sich selbst zu leugnen versuchte und, vom Prozeß gegen den großen Vizekönig Warren Hastings an, den Verantwortlichen jenseits der Meere nicht so recht traute. Die Verwaltungsbeamten und Offiziere kamen „aus den Kolonien“

heim und fühlten sich mißverstanden. Sie zogen sich schmolend vor den Springfluten humanitärer Reformer in altmodische Klubs zurück und erzählten uns, es gehe mit dem *Empire* bergab.

Die Nordwestgrenze Indiens ist seit langer Zeit der klassische Boden für die Romantik des *Empire* gewesen. Als die britische Garnison den Khaibar-Paß räumte, weil das neue Dominion Pakistan selbst ihre Aufgaben übernehmen wollte, gab es in den Herzen britischer Soldaten einen Ruck. Einer von der alten Garde des *Empire* erzählte 1950, was er in den Grenzbergen und dem weiten Glacis, dem nicht mehr eroberten Afghanistan, gesehen und gehört hat, seitdem er 1910 als Leutnant in die Indische Armee des Kaiser-Königs eintrat. Sir Kerr Fraser-Tytler machte Karriere in der Armee, dann in der Verwaltung Britisch-Indiens, schließlich im Diplomatischen Dienst, wo er es bis zum Gesandten in Kabul brachte. Nachdem er 1942 in den Ruhestand getreten war, schrieb er nieder, was er vom Zauber der gewaltigen Grenzlandschaft und von ihren Problemen gespürt hatte.

Das Ergebnis ist ein sehr persönlich gehaltenes Werk über die Geschichte Zentralasiens, das der Verfasser selbst eine Geschichte des Hindukusch nennen möchte. Auf den ersten 180 Seiten werden mit dem Fleiß und der Umständlichkeit, die häufig gerade die Alterswerke von Dilettanten auszeichnen, zunächst die Ergebnisse der historischen Studien über Zentralasien ausgebreitet, die der Verfasser in England, Amerika und Indien getrieben hat.

Dann aber läßt die Fülle des Erlebten dem Verfasser keine Ruhe mehr: das Kernproblem seiner dreißig heißen und entbehrungsreichen Dienstjahre, das Ringen um die Beherrschung der Grenzstämme, die Bemühung um den Aufbau einer Friedensordnung in einer wilden Urlandschaft —, rückt in den Vordergrund und führt zu Betrachtungen und Überlegungen über das Wesen der Herrschaft und den menschlichen Typus des kolonialen Verwaltungsbeamten. Die allgemeinen Gedanken lehnen sich an das Geschichtsbild Arnold Toynbees an.

Von dem Punkt ab, wo das eigene Erlebnis die Feder führt, sind die Urteile des Verfassers nicht mehr abgewogen und unparteilich akzentuiert. Teile der neueren Geschichte Afghanistans werden stiefmütterlich behandelt. Die Zeit Abdur Rahmans oder die

wichtige innere Entwicklung des Landes während des Ersten Weltkrieges kommen zu kurz, während die erste Zeit der Regierung Amanullahs eingehender und die Regierungsperiode Nadir Schahs freundschaftlich gewürdigt werden. Die Periode der heute noch regierenden Familie Musahiban, während der Sir Kerr selbst in Kabul war, wird in ihren heiklen Tagen mit einem fast hörbaren Takt behandelt, der den neugierigen Leser zu weiteren Fragen reizen könnte. Wer etwas vom modernen Afghanistan weiß, hat von den Ermordungen der Könige Habibullah und Nadir Schah, des ehemaligen klugen Sepoys Salar, gehört. Darüber erfährt er aber nichts aus dem Buch. *It was outside the scope of this study.*

Das sorgfältige Überspringen oder Vorbeieilen an peinlichen Ereignissen zeigt, daß der Verfasser nicht über seinen eigenen Schatten hinweggekommen ist. Er führt nur Werke in englischer Sprache als Quellen an und läßt sich das deutsch geschriebene Buch des Ungarn Vambéry über die Frühzeit der Durani-Herrschaft ebenso entgehen wie die deutschen (z. B. E. Rybitschka) oder die französischen (z. B. René Dollot) Bücher über Afghanistan.

Fraser-Tytler will in einer kritischen Stunde der britischen „Mittelost“-Politik die Herrschaft und das Ringen seines Vaterlandes verteidigen. Gegen die amerikanische Kritik ruft er die *Washington Post* zu Hilfe, die im November 1944 Amerika zu größerer Bescheidenheit mahnte und schrieb: „Wir glauben an unseren gottgegebenen Auftrag zu Ratschlägen an die Engländer, wie sie ihre Kolonien verwalten sollen, obwohl wir selbst nicht einmal Portoriko, unser Elendsviertel im Karibischen Meer, regieren können“. Der britische Soldat und Beamte alter Schule will nachweisen, daß die Kriegführung und Politik seines Landes in Afghanistan, selbst wenn sie zunächst nicht glücklich war, im Endergebnis den Interessen der ganzen Menschheit gedient hat. Er glaubt, daß die Zukunft seine Ansicht bestätigen wird. Er meint, die britische Grenzpolitik habe stets die staatsbildenden Faktoren um den Hindukusch gestärkt und in zähem, stillem Bemühen „die Barbaren aus dem Norden“ ferngehalten. England habe in Afghanistan wie in Indien „die Bürde des Weißen Mannes“ getragen. Er empfindet Schmerz und Grimm über den britischen Rückzug aus Indien und glaubt, daß die durch das Klima in ihrer

der Lage sein werden, ihre eigenen Probleme zu lösen. Er läßt die koloniale Erfahrung Frankreichs, Portugals oder der Niederlande außer acht und meint, daß nur England Vorkraft gelähmten Völker Asiens nicht in Kämpfer Europas und des Fortschritts gewesen sei.

Dem deutschen Leser bietet das Buch durch seine Bibliographie, seine Karten und seine genealogische Tafel wichtige Hilfsmittel für das Studium Afghanistans. Es bietet ihm manche Unterrichtung über Tatsachen, die den Hintergrund der Vorgänge an einem neuralgischen Punkt der Weltpolitik bilden. Es bietet ihm in erster Linie einen unmittelbaren Einblick in die Denkweise des britischen Kolonialbeamtentums alter Schule, seine Ansichten zur Völkerpsychologie und Menschenbehandlung, seinen sittlichen Ernst und seine Blindheit, — in eine Denkweise, deren Folgen heute in weiten Gebieten der Erde sichtbar sind.

Werner-Otto von Hentig

W. K. Fraser-Tytler: *Afghanistan, A Study of Political Developments in Central Asia*. Geoffrey Cumberlege, Oxford University Press, London, New York, Toronto 1950. 330 Seiten, 4 Abbildungen, 4 Karten. 21 s.

Die rheinische Tragödie

In knapp drei Monaten brachte der ehemalige preußische Staatsanwalt Dr. Dorten eine erstaunliche Karriere hinter sich: im November 1918 beauftragten ihn rheinische Industrielle, Verbindung mit den Leitern der Rheinischen Bewegung in Köln aufzunehmen, im Verlaufe des Dezember 1918 hatte er Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt und die räumliche Ausdehnung der geplanten Rheinischen Republik mit dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer, und bereits am 10. März 1919 wurden die Vollmachten als Erster Vorsitzender (*premier délégué*) der Rheinischen Komitees Herrn Adenauer entzogen und auf Dr. Dorten übertragen.

Von diesem Tage an datiert eine gründliche Feindschaft zwischen den beiden Männern als Ausdruck ihrer gegensätzlichen Haltung in der Rheinischen Frage. Konrad Adenauer will zwar „los von Preußen“, aber „im Rahmen des Reiches“ bleiben, Dorten geht ebenfalls von dieser föderalistischen

Basis aus, durchläuft aber dann rasch, nachdem er im April 1919 die erste Unterredung mit dem französischen Oberbefehlshaber Mangin in Mainz gehabt hat, die Stationen des extremen Partikularismus, des Eintretens für ein freies Rheinland zwischen Deutschland und Frankreich, für einen von Frankreich protegierten „Brückenstaat“ mit der „Friedensfunktion für Europa“ und ist schließlich bereit, über diesen vollendeten Separatismus hinaus den Schritt des Anschlusses an Frankreich zu tun.

Als Einzelperson tat er ihn dann auch am 1. Januar 1924, wo ihm Frankreich zu seinem Schutze vor deutscher Vergeltung die Rivierastadt Nizza als Wohnsitz anwies. Das brennende Bezirksamt in Pirmasens hatte mit seinen Flammen, in denen die rheinische Separatistenbewegung ausglühte, seinen Weg in das Dunkel des von all seinen Auftraggebern Verlassenen beleuchtet.

Nach 1933 schien es wieder hell um den Exilierten zu werden. Hitlers Entschluß zu ständigen Provokationen mit dem Zweck einer Revision des Versailler Vertrages erinnerte in Frankreich die Männer um den *Génie du Rhin* und Dorten selbst daran, daß sich ihr Pufferstaat von 1918 als Barriere zwischen die zwei feindlichen Staaten hatte legen sollen. So schrieb Dr. Dorten, nicht um Memoiren im üblichen Sinne zu hinterlassen, seine Erinnerungen, „um den Franzosen ein Bild der Tatsachen zu entwerfen“. 1936 war das Manuskript abgeschlossen, 1937 erschienen in der *Revue des deux mondes* Kostproben daraus, die damals schon einiges Aufsehen erregten und zu Untersuchungen durch das Dritte Reich führten.

Man wußte seitdem, daß belastende Dokumente über die Teilnahme am rheinischen Separatismus Dortens in der *Hoover War Library* der Universität Stanford in Kalifornien deponiert waren, und man stellte sich in deutschen Historikerkreisen auf ein langes Warten auf die Veröffentlichungen Dortens ein.

Ostern 1945 sah Dorten den Zeitpunkt für gekommen an und übergab sein Buch der Öffentlichkeit. Es ist dem „Führer“ und Protektor Dortens, dem General Charles Mangin gewidmet und trägt als Motto ein Wort Mangins: „Vor allem vergeßt niemals, daß das wahre Frankreich nicht durch die Politiker repräsentiert wird.“

Die Auseinandersetzungen Dortens mit den Männern und Mächten am und um den Rhein von 1918—24 sind voll der Bitterkeit des Gescheiterten und Verlassenen, der sich zur eigenen Rechtfertigung aus den nachfolgenden Ereignissen ein Gebäude des Rechtsbehaltenwollens errichtet. Was Dr. Dorten im allgemeinen über den Separatismus aussagt, ist aus früheren deutschen Veröffentlichungen seit langem bekannt. Von einem besonderen und aktuellen Interesse sind die Erinnerungen für den deutschen Leser in all den Teilen, in denen von dem Anteil des heutigen westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer an den Plänen jener Jahre zu einer territorialen Neuordnung im rheinischen Raum und von der Beteiligung des „Clubs der rheinischen Industriellen“ in Düsseldorf die Rede ist. Köln, die Stadt des damaligen Oberbürgermeisters Adenauer, wurde zum Geburtsort des Separatismus, und von November 1918 bis März 1919 waren nach Dortens Darstellung Adenauer, Köln und der Separatismus aufs engste verbunden.

Wenn Dr. Dorten für diese Zeit von sich erklärt, daß er „als alter Mitarbeiter Adenauers Legalist“ gewesen sei, so grenzt er damit gleichzeitig die zwei Richtungen gegeneinander ab, die zur entschiedenen Feindschaft der beiden Männer führten. Diese Feindschaft findet ihren Niederschlag, wenn gesagt wird, daß Adenauer „niemals aus seiner Haut des Opportunisten und Intriganten herauskann“, daß er ein Verräter an der rheinischen Sache, ein Denunziant bei den Engländern usw. gewesen sei. Wie weit die Dortensche Darstellung Beweiskraft hat, das muß von einer späteren historischen Schau der Dinge geklärt werden, zu der auch Herr Adenauer selbst seinen Beitrag rechtzeitig leisten sollte. Nach Auffassung des Rezensenten geht es für den Bundeskanzler vor allem darum, Stellung zu der Auffassung Dortens zu nehmen, daß Herr Adenauer wohl nach den ersten Monaten separatistischer Betätigung Legalist und Föderalist „im Rahmen des Reiches“ geblieben, aber doch auch zwischendurch als „geborener Opportunist“ immer bereit gewesen sei, eine von anderen geschaffene vollendete Tatsache anzuerkennen. Die 10. Sitzung des Parlamentarischen Rates

vom 8. Mai 1949 sollte dem Bundeskanzler, der sich an jenem Tage mit einer Berufung auf das Zeugnis Clemenceaus gegen den Abgeordneten Reimann zur Wehr setzte, Anlaß sein, nun ausführlicher zu Dortens Zeugnissen Stellung zu nehmen, denn Dortens Erinnerungen werden nicht nur von Franzosen gelesen.

Willy Münch

Dr. J. A. Dorten, Ancien Chef du Mouvement Rhénan: La Tragédie Rhénane, Verlag Robert Laffont, Paris 1945, 269 Seiten, broschiert.

Hilfsmittel zur Rußlandforschung

Die von Boris Meißner zusammengestellte Rußlandbiographie könnte von jenem Punkt aus fachlich kritisiert werden, bei dem Kritiken an dieser Gattung zunächst anzusetzen pflegen —, bei der mangelnden Vollständigkeit. Der Verfasser erstrebte aber nicht diese, sondern „eine Auswahl unter vorwiegend rechtlichen, sowie politisch-soziologischen Gesichtspunkten“ oder unter dem Gesichtspunkt des politisch Bedeutsamen. — Die Bibliographie erfaßt vorwiegend Bücher und Zeitschriftenaufsätze, die seit der Jahrhundertwende, insbesondere seit 1917, erschienen sind. Besondere Berücksichtigung findet das Schrifttum nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Titel in slawischen und anderen nicht-westlichen Sprachen sind in deutscher Übersetzung gebracht.

Ein jeder, der über russisch-sowjetische Themen arbeitet, vor allem wenn er eine schnelle Orientierung über das Schrifttum zu einem bestimmten Gegenstande benötigt, wird dem Verfasser Dank für die mühevollen Zusammenstellung wissen. Angesichts des Fehlens institutioneller Einrichtungen auf dem Gebiet der Rußlandforschung in Westdeutschland und der weitgehenden Auflösung der dafür geschaffenen Bibliotheken bietet die vorgelegte Bibliographie einen Behelf, dessen Weiterführung aus praktischen Gründen geboten erscheint.

Hans Raupach

Rußland-Bibliographie. Herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Bearbeitet von Boris Meißner, Hamburg 1950 (Hektographiert).

FREIE AUSSPRACHE

Die Schriftleitung übernimmt keine Verantwortung für die in diesem Teil der Zeitschrift geäußerten Ansichten oder ihre Form. Sie ändert die Einsendungen in keiner Weise, behält sich aber Kürzungen im Einverständnis mit dem Verfasser aus Raumgründen vor. Auf eine möglichst breite Auswahl verschiedenartigster Meinungen legt sie Wert.

Geopolitik im Fragebogen

Sehr geehrte Herren!

Neben den zahlreichen Fehlurteilen über Ernst von Salomons Buch „Der Fragebogen“ hebt sich die in Ihrem Juliheft veröffentlichte Besprechung so wohltuend ab, daß ich mir erlauben möchte, Sie auf eine kurze Stelle aufmerksam zu machen, in der die von Ihrem Rezensenten erwähnte „authentische Atmosphäre“ des deutschen Lebens seit 1919 auch die ältere Folge Ihrer Zeitschrift ent-

hält. Salomon schildert auf S. 258 die Personen im Hause Friedrich Hielschers:

„Der Herr mit dem soignierten Äußeren und der modulierenden Stimme war der Privatdozent Albrecht Haushofer, Sohn des Herausgebers der Zeitschrift für „Geopolitik“, einer Art politischer Betrachtungsweise in großen und ergiebigen Räumen, die praktisch seit mehreren Jahrtausenden im Schwange ist, für Deutschland aber mangels realer Möglichkeiten streng wissenschaftlich behandelt wurde.“

Eberhard Einbeck

Muscovia delenda?

Sehr geehrte Herren!

Der Artikel „Die Legende von der Unüberwindlichkeit der Sowjetunion“ eines ungenannten früheren Regierungschefs aus einem osteuropäischen Staat, den Sie mit einem gewissen Applomb an die Spitze des Juniheftes Ihrer Zeitschrift gestellt haben, hat ein nicht überraschendes Echo in der sich im „Kalten Krieg“ gefallenden Tagespresse der Bundesrepublik gefunden. Sollte das dazu beigetragen haben, die Aufmerksamkeit auf die Geopolitik zu lenken, so ist das wenigstens ein Positivum. Ob die Vorstellungen und Gedanken des Herrn Verfassers in der Kritik der Fachleute auf politischem und historischem, militärgeographischem und strategischem Gebiet die gleiche Bewertung finden, wird sich wohl zeigen.

Einem Laien auf diesen Gebieten, der sich lediglich um Verständnis für die Probleme bemüht, die durch die Existenz der Sowjetunion als ersten auf die privatkapitalistische Organisation der Wirtschaft verzichtenden modernen Staates gegeben sind, fallen unter den vielen Feststellungen, die der Herr Verfasser als Prämissen für seine Schlüsse braucht, die schon in den ersten Sätzen enthaltenen Thesen von dem „schrankenlosen Imperialismus“ und von der „bewußten Isolierung Rußlands“ auf.

Dostojewskij schrieb in seinem 1877 — vierzig Jahre vor der Oktoberrevolution —

gedruckten Aufsatz „Rußland und Europa“, daß zwei Jahrhunderte hindurch gerade diejenigen Russen schärfste Kritiker Europas waren, ja oft sogar zu seiner Verneinung kamen, die den Westen am besten kannten und die wegen ihrer Vorkämpferschaft für Reformen im eigenen Lande als „Westler“ verschrieen waren. Denn, sagt Dostojewskij, „so schön und gut auch alles gewesen sein mag, was wir durch das von Peter dem Großen nach Europa gebrochene Fenster erblickten, so war doch so viel Häßliches und Schädliches darunter, daß der russische Instinkt nicht aufhörte, sich dagegen aufzulehnen und zu protestieren“.

Der Westen aber, meint Dostojewskij, sehe mit „hochmütiger Herablassung“ auf die Barbaren in Rußland herab und merke gar nicht, daß diese „Tartaren“ gar nicht einmal Russen sein oder werden wollten, sondern „Allmenschen“, wie Dostojewskij es im Jargon seiner Zeit nennt. Im Jargon unserer Zeit heißt das „Sowjetbürger“. Und im Titel der „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ kommt das Wort „Rußland“ nicht vor.

„Um keinen Preis wollen uns die Europäer als ihresgleichen anerkennen, für keine Opfer und auf keinen Fall!“ So sagt Dostojewskij und fährt fort: „Allerdings, in der letzten Zeit ist ihnen einiges aufgegangen: sie begreifen, daß wir etwas wollen, was für sie furchtbar und gefährlich ist. Sie beginnen

zu ahnen, daß wir sehr zahlreich sind (zu jener Zeit 80 Millionen, heute 200!), daß wir alle europäischen Ideen kennen und verstehen, während sie von unseren russischen Ideen überhaupt nichts wissen und, selbst bei vorhandenem Wissen, sie doch nicht verstehen, daß wir alle Sprachen sprechen, sie aber nur die ihrigen.“

Als „Feinde und zukünftige Zerstörer der europäischen Zivilisation“ würden die Russen vom Westen angesehen. So werde das leidenschaftliche Ideal der Russen, Allmensch sein zu wollen, verstanden! (Zitiert nach Dostojewskij: „Rußland und die Menschheit“, Klassiker der Staatskunst, Wien 1950.)

In der Tat: wer kennt wen nicht? Kennt der Russe nicht den Westen oder der Westen nicht den Russen? Die Denkmethode, die in der Sowjetunion universelle Geltung hat, ist aus altem Erbe unserer gemeinsamen Mittelmeerkultur auf englischem Boden von zwei Deutschen erarbeitet worden. Jedermann weiß, wie rückhaltlos ihnen von ihren Schülern gedankt wird. Größere Ehre wird kaum irgendwo in der Welt einem der Lehrer der Menschheit gezollt.

Und dasselbe Volk, das sich derart der Tradition unserer Kultur und seiner Dankeschuld an andere bewußt ist, sollte sich nun hinter der Barriere seiner Sprache isolieren? Wer isoliert sich?

In der Sowjetunion beginnt der Schüler der zehnstufigen Höheren Schule, dem für alle Städte vorgesehenen Schultyp, in der Fünften Klasse fremde Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch) zu lernen, und hat, wenn er die Schule nach der Siebenten Klasse mit 14 Jahren verläßt, bereits 241 Stunden fremdsprachigen Unterrichts hinter sich. Absolviert er, wie es die Regel werden soll, die Zehnte Klasse, so sind es 653 geworden. Studiert er dann Medizin, so sind ihm weitere 190 Stunden vorgeschrieben, die er seiner Vervollkommenung in fremden Sprachen widmen muß. Ähnlich ist es in den anderen Disziplinen. Der Professor der Botanik an der Universität Manchester, Eric Ashby, der den größten Teil des Jahres 1945 — am Ende des Zweiten Weltkriegs! — in amtlichem Auftrag das wissenschaftliche Leben in der Sowjetunion studierte und dessen Bericht jetzt auch in deutscher Sprache vorliegt (Eric Ashby: *Scientist in Russia*, Pen-

guin Books Ltd., London 1947, in deutscher Übersetzung: *Als Wissenschaftler in Rußland*, Musterschmidt K.G., Göttingen), betont das große Interesse an Fremdsprachen und fremdsprachlicher Literatur ebenso wie die reiche Ausstattung aller wissenschaftlichen Institute mit den letzten Publikationen aus allen Teilen der Welt.

Wer in der Welt lernt Russisch? Wie viele deutsche, englische, amerikanische, französische Wissenschaftler sind imstande, die russischen Publikationen ihres Fachgebietes zu benutzen?

Ashby gibt ein Beispiel. Mit den nach dem deutschen Physiker Hertz (gestorben 1894) benannten Wellen wurde nach ihrer Entdeckung in der ganzen Welt experimentiert. In Rußland gelang dem Petersburger Professor A. S. Popow wohl als erstem im Jahre 1895 die Übertragung und der Empfang Hertzscher Wellen über eine Entfernung von fünf Kilometern. Er berichtete darüber mündlich in einem Vortrag vor der Russischen Gesellschaft für Physik und Chemie im April 1895 und schriftlich in deren Zeitschrift im Januar 1896, — natürlich in russischer Sprache. Die Welt nahm keine Notiz. Sie horchte erst auf, als am 2. Juni 1896 der Italiener Marconi ein englisches Patent für seine selbständig gemachte Erfindung der gleichen Sache anmeldete. Erst am 10. Dezember 1897 lenkte Popow selbst in einem Brief an die englischsprachige Zeitschrift *The Electrician* die Aufmerksamkeit auf seine vorhergegangenen Experimente. In dem Standardwerk über drahtlose Telegraphie von J. A. Fleming wird dieser Brief Popows zwar auszugsweise zitiert. Aber gerade der Teil, der sich auf Übertragung und Empfang künstlich erzeugter Hertzscher Wellen bezieht und die Priorität eines russischen Gelehrten bei dieser wichtigen Erfindung zum mindesten wahrscheinlich macht, wird ausgelassen! Dieses „Versehen“ ist bis heute nicht berichtet.

Muscovia delenda est? Erst einmal sollte man es studieren, und es sei der Wunsch ausgedrückt, daß die Geopolitik dabei mit-helfen möge, wie sie es mit verschiedenen guten Artikeln bereits getan hat.

Georg Schäfer

Sehr geehrte Herren!

Ihr ungenannter Mitarbeiter aus Osteuropa führt in Ihrem Juniheft erneut die Bevölkerungsfrage der Sowjetunion an, die

schon Prof. Raupach und Herr Just angeschnitten haben. Es scheint mir notwendig zu sein, dem Leserkreis Ihrer Zeitschrift noch einmal die Tatsachen selbst vorzulegen, damit er sich von ihnen aus ein Urteil über die gefällten Urteile bilden kann.

Tatsache ist, daß die sowjetische Politik eine Bevölkerungsvermehrung um jeden Preis anstrebt. Die einen libertinistischen Eindruck erweckende Gesetzgebung der ersten Phase des Bolschewismus hörte mit dem Ersten Fünfjahresplan auf: Die Ärzte warnen schon 1927 vor der Freigabe der Abtreibung, — das Gesetz vom 27. Juni 1936 kodifizierte die verschiedenen Maßnahmen zur „positiven“ Bevölkerungspolitik: Abtreibung wurde verboten, die Wochenhilfe wurde erhöht, die Ehescheidung erschwert, die Zahl der Entbindungsanstalten wurde vermehrt, kinderreiche Familien sollten Beihilfen erhalten. Die neue Verfassung bezeichnete die Familie als wichtiges Element des Staates. Daneben wurde die Fürsorge für uneheliche Mütter und Kinder fortgesetzt. Im Kriege entstand das steil gestaffelte System von Auszeichnungen und Geldprämien für Mütter. 1937 wurden 400 Millionen Rubel, 1950 13,2 Milliarden Rubel als Kinderbeihilfen gezahlt.

Die Verbindung zwischen ursprünglicher Naturnähe der Massen, den Arbeitsplatzchancen einer aufbauwütigen Gesellschaftsordnung und einer positiven Bevölkerungspolitik der Behörden mußte sichtbare Wirkungen haben:

Die Einwohnerzahl der Sowjetunion ist heute sicherlich höher als 1940, — nicht nur dank der Zurechnung der Menschen in den annektierten Gebieten, sondern dank dem Geburtenüberschuß. Der gegenwärtige Jahreszuwachs beträgt wahrscheinlich annähernd 3 Millionen Menschen. Die Sowjets selbst haben zum letzten Male Zahlen für 1930 veröffentlicht: damals betrug die rohe Geburtenrate 39/1000. Für 1938 teilten sie eine Geburtenrate von 28,5 in der Stadt Moskau mit (Berlin hatte 1936 14,1, New York 13,5, Westberlin 1950 10,1). Das Zarenreich zählte am 9. Februar 1897 106,432 Millionen, die Bevölkerungszahl der Sowjetunion am 1. Januar 1951 wurde auf 200 Millionen geschätzt. Der schon vor dem Kriege günstige Altersaufbau in der Sowjetunion (45,1 Prozent unter 20 Jahren) ist durch die Menschenver-

luste des Krieges, die alle Altersstufen trafen, nicht wesentlich verschlechtert worden.

Für die nächsten Jahre kann in der Sowjetunion eine Wachstumsrate von 1,5-2 Prozent erwartet werden. Bereits für das Jahr 1960 muß man mit einer Einwohnerzahl von 230 Millionen Menschen rechnen. Es ist höchst fraglich, ob steigender Wohlstand zur Geburtenbeschränkung und Bevölkerungsstagnation auch unter den sowjetischen Bedingungen führen wird. Seit 1929, dem Anfang des Ersten Fünfjahresplans, stellt die Sowjetunion auch ein jährliches „Geburtensoll“ auf, — heute wird es „übererfüllt“! Vielleicht sollte man sich die Wirkung dieser Tatsachen auf das Bild überlegen, das Ihr osteuropäischer Mitarbeiter entworfen hat. Man kann sich einen Zeitpunkt vorstellen, an dem die Sowjetunion nicht mehr gezwungen sein wird, ihre „Infanterie mit größten Schwierigkeiten zusammenzukratzen“. Schließlich untersteht schon heute ein Drittel der Menschheit den Regierungen der Sowjetunion, der Chinesischen Volksrepublik oder der Verbündeten dieser beiden Staaten.

In jedem Erdraum ballt sich die Bevölkerung örtlich auf enge Gebiete zusammen. Aber die Sowjets selbst sehen natürlich ebenso wie Ihr Mitarbeiter, daß „leere“ Räume ihnen gefährlich werden können. Daher siedeln sie um. Es braucht auf die riesigen Binnenwanderungen nach Osten bis zum Bering-Meer und nach Norden bis zur Eismeerküste nur hingewiesen zu werden. Der Menschheit außerhalb des Sowjetbereichs sollte es recht sein, wenn die Härte und die Energie des Systems mit der Durchdringung und Sicherung unerschlossener Gebiete beschäftigt wird.

Man sollte jedenfalls nicht auf die Dauer damit rechnen, daß die Sowjetunion schwächer ist, als es den Anschein hat, weil sie nicht genug Menschen oder genug Männer zur „Ausfüllung“ ihres Raumes habe.

Sozusagen die andere Seite des gleichen Arguments lautet, daß der Raum der Sowjetunion zu eng für seine Menschen sei. Prof. Raupach hat diese Ansicht vertreten, ohne allerdings damit den Nachweis zu versuchen, daß die Sowjetunion „überwindlich“ sei. Ich darf daran erinnern, daß die Zeitschrift für Geopolitik in ihrem zweiten Jahrgang (im Maiheft 1925) einen Vortrag brachte, den Albrecht Penck vor der Preußischen Akademie der Wissenschaften im September 1924

gehalten hatte. Penck benutzte die Köppenschen Klimaeinteilungen und errechnete für den Raum der Sowjetunion eine „Tragfähigkeit“ von 600 Millionen Menschen, ungefähr die gleiche Zahl wie für die USA. Wenn man Alois Fischers Angaben über die „innenbedingte Tragfähigkeit“ der Sowjetunion (*Zeitschrift für Geopolitik* II, S. 762-79 und 842-58) nach den heutigen Grenzen umrechnet, kommt man auf rund 400 Millionen Menschen. Die nicht zu bestreitende Tatsache, daß der Ausweg aus der vorindustriellen „agratischen Übervölkerung“ des Zarenreiches durch den Abzug freigesetzter ländlicher Arbeitskräfte in die Städte oder jedenfalls an industrielle Arbeitsplätze gesucht werden mußte, darf vielleicht doch nicht als Maßstab für eine endgültige Beurteilung der agratischen Tragfähigkeit des Landes genommen werden. Es muß erst noch geklärt werden, ob die Tragfähigkeit der Sowjetunion wirklich unter allen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen endgültig erschöpft ist.

Auf jeden Fall sollte man weder mit dem Argument des Menschenmangels noch mit dem Argument der Übervölkerung um den Nachweis einer Schwäche in der Sowjetunion bemüht sein. Unüberwindlich ist kein Land, — aber der Beweis, daß sich ein Widersacher überwinden läßt, gibt keine Stärke. Man sollte mehr auf die eigene Stärke als auf die Schwäche des anderen achten.

Kurt Fiebich

Unteilbarkeit des Rechts

Sehr geehrte Herren!

Sie haben im Februar die Frage des deutschen Auslandsvermögens behandelt und dabei den Standpunkt vertreten, daß es in einer Welt gemeinsamer Kultur auch nur ein einziges Recht, nicht aber voneinander abgeschlossene Räume verschiedenen Rechts geben darf. Ich darf mir gestatten, Sie auf einen weiteren Fall aufmerksam zu machen, bei dem betont werden sollte, daß das Recht unteilbar ist.

Die Alliierte Oberkommission erteilte Anfang Februar überraschend den Befehl, die nach Kontrollratsgesetz 53 abgelieferten ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz aus dem Gewahrsam der Landeszentralbanken zum Abtransport in verschiedene alliierte Länder herauszugeben. Die an Gehorsam gewöhnten deutschen Dienststellen kamen die-

sem Befehl in vielen Fällen nach, so daß der Abtransport der Papiere schon in vollem Gange war, als die Bundesregierung über die Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen e. V. unterrichtet wurde.

Die Bundesregierung hat diesen jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Eingriff in deutsches Inlandsvermögen zum Gegenstand eines Protestschrittes bei der Alliierten Oberkommission gemacht. Bis zur Entscheidung darüber hat die Mehrzahl der deutschen Dienststellen die Herausgabe der Papiere eingestellt.

Die ausländischen Wertpapiere, die sich bei Kriegsende in Deutschland befanden, sind inländisches Vermögen. Ihre Ablieferung nach Gesetz 53 diente lediglich dem Zweck der alliierten Devisenkontrolle und ließ das Eigentum unberührt. Das Gesetz 53 gibt bereits in seiner Überschrift zu erkennen, daß es die Kontrolle der Devisenwirtschaft, nicht aber die Veränderung von Eigentumsverhältnissen bezweckt.

Die ausländischen Wertpapiere unterliegen daher auch nicht dem berüchtigten Kontrollratsgesetz Nr. 5, durch das alle deutschen Auslandsvermögen enteignet und auf eine zu diesem Zwecke eingerichtete Kommission des Kontrollrates übertragen werden sollten.

Die alliierten Regierungen beschlagnahmten in ihren eigenen Ländern die dort befindlichen Wertpapiere deutscher Aussteller aus deutschem Besitz. Sie vertreten also offenbar die Auffassung, daß diese Papiere im Ausland belegenes deutsches Vermögen sind. Es ist unverständlich, mit welcher Begründung von alliierter Seite für den umgekehrten Fall, für die in Deutschland befindlichen Auslandswertpapiere, der entgegengesetzte Standpunkt vertreten wird.

In den lakonischen „Entnahmebescheinigungen“, die den Eigentümern der Wertpapiere zugestellt werden, wird als Grund der Fortnahme außer der Befriedigung von Reparationsansprüchen auch die Restitution genannt. So unvollkommen die alliierten Restitutions-Gesetze unter dem Gesichtspunkt eines ordnungsmäßigen Verfahrens in einem Rechtsstaate auch sein mögen, so sichern sie immerhin den Eigentümern restitutionspflichtiger Werte einen Anspruch zu, vor der Fortnahme der Wertpapiere aus den Tresoren der Landeszentralbanken ist von einer vorherigen Anhörung des Eigentümers aber nicht die Rede.

Das erstaunliche Verfahren der Alliierten Oberkommission bestätigt die Vermutung, daß hier wie auch auf anderen Gebieten eine Torschlußpanik gewisser alliierter Kreise zu dem Versuch führt, durch einseitige Maßnahmen im Befehlswege Dinge erreichen zu wollen, die nach der Aufhebung des Besatzungsstatuts nicht mehr erreichbar sein werden. Diese Deutung der Motive des alliierten Schrittes ist der einzige Anhalt für das Verständnis eines Vorganges, der an die ersten Monate des Besatzungsregimes erinnert.

Ehrenfried Schütte

Südhile als Zukunftsland

Sehr geehrte Herren!

Zu dem Artikel, den Norbert Zimmer im Märzheft Ihrer Zeitschrift veröffentlicht hat, ist zu bemerken:

1. Die Nordsüdausdehnung Chiles ist mit 8500 km etwa doppelt so hoch angegeben, wie sie in Wirklichkeit beträgt, nämlich 4225 km.

2. Es ist zutreffend, daß in Chile — wenn man von der Atacamawüste absieht — wie in allen südamerikanischen Staaten der Großgrundbesitz überwiegt. Der Ausdruck Hacienda aber ist in Chile ungebräuchlich und wird durch den Ausdruck Fundo ersetzt, womit schon sprachlich zum Ausdruck kommen soll, daß die chilenischen Güter an Größe denen Argentinien, Brasiliens usw. weit nachstehen. Das Charakteristische Chiles ist gerade die Tatsache, daß die chilenischen Güter niemals so groß waren wie etwa die argentinischen und gerade in den letzten Jahrzehnten durch Erbteilung, Teilverkäufe und dergleichen in ihrer Größe beträchtlich gemindert worden sind. Wenn der Verfasser als durchschnittliche Größe einer Hacienda in Chile 74 500 Morgen errechnet, so ist das irreführend, wenn nicht falsch. Das Statesman's Year-Book 1949 enthält die Angabe, daß 375 landwirtschaftliche Betriebe über 12 250 acres hätten. Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Chile dürfte etwa 230 000 betragen. Ein Vergleich beider Ziffern läßt erkennen, daß gewiß noch viele große Gutseinheiten bestehen, daß aber das Bild, das Herr Zimmer entwirft, nicht zutreffend sein kann.

3. Es ist unrichtig, daß Chile keine sozialen Spannungen zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern kennen sollte. Ich persönlich

habe den Eindruck, daß sie in Chile sehr viel schärfer waren als etwa in Argentinien. Ganz gewiß haben sie eine unerhörte Schärfe in den Provinzen angenommen, wo die Gutsbesitzer deutscher Abkunft sind und wo sich daher Klassen- und Volkstumsgegensätze miteinander verbinden; sie bestehen aber auch gegenüber chilenischen Gutsherren.

4. Es fehlt in dem Bild die enorme Höhe der Kindersterblichkeit, die sich sowohl bei Säuglingen wie auch bei Knaben im Alter von 1 bis 3 Jahren in bedrohlichem Maße äußert. Hier liegt der Hauptgrund dafür, daß die Bevölkerung Chiles praktisch fast stagniert, daher spürt man auch niemals ein Überangebot an Arbeitskräften.

5. Die Terminologie für die verschiedenen Teile Chiles, die der Verfasser benutzt, entspricht nicht der im Lande üblichen. Mit „Mittel-Chile“ wird niemals die Gegend zwischen Valdivia und Puerto Montt, also das Gebiet der deutschen Großgrundbesitzer bezeichnet, sondern Mittel-Chile ist stets die Gegend von Santiago und Concepcion, d. h. das Gebiet künstlicher Bewässerung, das sich in den Händen der chilenischen Aristokratie befindet. Das erwähnte Gebiet Valdivia und Puerto Montt wird als Süd-Chile bezeichnet. Südlich von Puerto Montt spricht man vom „Fernen Süden“ oder vom „Feuerland“, entsprechend gibt es nördlich von Santiago einen „Nahen Norden“ und einen „Fernen Norden“.

6. Der Verfasser meint, daß nur einzelne Landwirte in Aysen Erfolg haben werden, die mit eigenen Mitteln ausgerüstet ankommen, und spricht einer landwirtschaftlichen Gruppenkolonisation die Erfolgsmöglichkeiten ab. Das ist meines Erachtens nicht ganz logisch. Wenn ein gut ausgestatteter Einzel landwirt eine Chance hat, kann bei sonst gleichen Voraussetzungen eine ebenso gut ausgestattete Gruppe eher noch bessere Aussichten haben.

Georg Vorwerk

Zum Colombo-Plan

Sehr geehrte Herren!

Der Aufsatz von J. S. G. Wilson in Nr. 6 Ihrer Zeitschrift bedarf einiger Ergänzungen in bezug auf die amerikanische Haltung gegenüber dem Colombo-Plan, da der Verfasser — verständlicherweise — diplomatisch über dieses heikle Problem hinweggeht.

Herr Wilson schreibt (S. 376), daß die Haltung der Amerikaner im Februar 1951 nicht negativ war. Nun, es wäre deutlicher gewesen, zu sagen, daß sie nicht positiv war. Auf einer Pressekonferenz vom 21. Februar hat Außenminister Acheson kategorisch erklärt, daß „... this country (die USA) would not participate in any arrangement for financing the programme“. Kein Wunder, daß Manchester Guardian Weekly am 8. März 1951 schreibt: „The news that the United States would not contribute has caused profound disappointment in London and in the East“, — nachdem das Blatt schon eine Woche vorher vermerkt hatte: „The real trouble about the Colombo meeting was that ... America has as yet given no sign of how much money it is willing to put behind it. Until it does so all is in the air“. Der britische Ärger ist natürlich, da im Plan stillschweigend eine Finanzierungslücke von nicht weniger als rund 600 Millionen £ (nahezu 1800 Millionen \$) amerikanischem Geld reserviert worden war. Wenn man bedenkt, wie problematisch die Selbsthilfe der asiatischen Staaten ist, erkennt man die Bedeutung eines Ja oder Nein der Vereinigten Staaten.

Es muß freilich zugegeben werden, daß sich *inzwischen* die Haltung der USA etwas gewandelt hat. Sie sind dem Consultative Committee beigetreten, und man hofft, daß von den 375 Millionen \$, die in der Foreign Aid Bill für die Unterstützung Asiens vorgesehen sind, einiges für den Colombo-Plan freigemacht werden wird (Economist 7. 7. 1951), — ohne daß allerdings hierüber schon etwas entschieden ist.

Die zögernde Haltung der USA ist bemerkenswert. Jedenfalls kann sie nur zu einem Teil auf die (wirtschaftlichen) Gründe zurückgeführt werden, die Herr Wilson seinen deutschen Lesern zur Kenntnis bringt. In ihnen tritt das schwierige, oft entmutigende Verhältnis zwischen dem „Westen“ und den asiatischen Staaten im allgemeinen zutage, das der amerikanische Delegierte auf der 11. Konferenz des Institute of Pacific Relations in Lucknow im Oktober 1950 auf die Formel zu bringen versuchte, daß westliche Hilfe immer als Imperialismus, ihre Verweigerung aber als Isolationismus von den Asiaten verdammt werde. Resigniert schloß er damals seine Rede: „We are damned if we do and damned if we don't!“

Ein Schlaglicht auf diese Situation werfen die Kontroversen um die Expertenhilfe. Auf der 7. Konferenz der ECAFE* in Lahore war lebhaft Kritik darüber laut geworden, daß die TAA (United Nations Technical Assistance Administration) Südasien zu wenig Sachverständige, Techniker und Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stelle. Als die britische Regierung auf Grund der Anforderungen des Technical Assistance Bureau (Colombo-Plan) 28 Experten namhaft machte, wurden nicht mehr als 3 angenommen, und als sie 140 Ausbildungsplätze meldete, besetzte man nur 23!

Daß die erfahrenen und an der Fortentwicklung des Commonwealth auch unter den schwierigsten Umständen interessierten Briten in diesen Dingen nachsichtiger und geduldiger sind als die Amerikaner, ist selbstverständlich.

An dem „logischen Ausweg“ einer „anglo-amerikanischen ‚Ehe‘ zwischen Landeserfahrung und verfügbarem Kapital“ (Wilson, S. 371) sind die USA keineswegs so interessiert wie ihre britischen Freunde; das politische Prestige des Commonwealth und der Briten in Asien zu fördern, selbst aber im Schatten zu stehen, liegt nicht ganz auf ihrer Linie. Gerade das aber wäre die Wirkung bei einem Erfolg des Colombo-Planes. Es ist deutlich zu sehen, daß sich hinter der Frage gewisse politische Konkurrenzprobleme erheben, die sich noch vertiefen, da sie sich in den Kulissen mit der Spannung zwischen amerikanischem Kapital und britischer Labour-Politik vermischen. (Vgl. Manchester Guardian Weekly vom 8. März 1951: „The Wall Street Journal's comment on the Colombo Plan was that British Labour Party chieftains, undismayed by their African failures with groundnuts and poultry, were now promoting this plan and had spread out a red carpet for Uncle Sam to walk down and present them with a large part of the cost.“)

Alles wird erst ganz verständlich, wenn man sich an die erheblichen britischen Widerstände erinnert, durch die vor längerer Zeit der amerikanische Punkt-IV-Ehrgeiz in Afrika gestoppt wurde. Nun scheint der Colombo-Plan den USA die Gelegenheit zu bieten, sich für das damalige Mißvergnügen etwas zu revanchieren.

* Economic Commission for Asia and Far East

Das ist ein Zeichen dafür, daß der Westen keinen einheitlichen, oder wenigstens einmütigen Block darstellt. Das Auseinanderstreben zu vieler Tendenzen hemmt zum Unglück der leidenden Nationen immer noch seine aufbauende — wirtschaftliche wie politische — Schlagkraft.

Walter Hildebrandt

Sehr geehrte Herren!

Der Aufsatz Ihres britischen Mitarbeiters über den Colombo-Plan betont auf S. 374 besonders die Bedeutung der Genossenschaften für Indien. Im Nordwesten unseres Subkontinents ist das ländliche Genossenschaftswesen schon jetzt besonders gut ausgebildet, und man sollte nicht, wie es Mr. Wilson tut, nur die Schwierigkeiten, sondern auch die Anknüpfungsmöglichkeiten in Indien zeigen.

Indien besaß schon einmal eine echte Dorfgemeinschaftsordnung, die erst unter der Europäerherrschaft aufgelöst wurde. Die vererbungsberechtigten bäuerlichen Familienhäupter trugen ihre Ernten in einer Sammelstelle zusammen, wo das Getreide des Dorfes gemeinsam ausgedroschen wurde. Schmied, Schuster, Barbier und andere Dorfhandwerker erhielten aus dem Ertrag ihren Jahreslohn in natura, wofür sie das Jahr über unentgeltlich ihre Dienste zu verrichten hatten. Was dann übrig war, wurde an die Bauern, von deren Feldern die Ernte stammte, nach der Größe ihres Eigentums verteilt, so daß jeder zunächst seine steuerlichen und anderen Verpflichtungen erledigen konnte. Es handelte sich um ein System des sozialen Ausgleichs, das den kleineren Bauern zugutekam, darüber hinaus aber im Falle von Mißernten oder Naturkatastrophen die allgemeine Not linderte.

Die Theorien des wirtschaftlichen Liberalismus veranlaßten die britischen Behörden in Indien zu gesetzgeberischen Eingriffen, die das alte indische Dorfsystem tödlich trafen. Die britische Ostindiengesellschaft hatte sich schon nach der Schlacht von Plassey das Recht zur Steuereinzahlung in ihren Gebieten vom Moghul übertragen lassen und am Ende des 18. Jahrhunderts durch das Permanent Settlement die großen Landbesitzer, die Zemindars, für das Steueraufkommen verantwortlich gemacht. Während im alten Indien Gemeineigentum am Boden bestand, der Grundbesitzer und seine Erben ihr Land

nur unter der Bedingung behalten durften, daß sie einerseits dem Lehnsherrn die Treue hielten und andererseits die Bauern nicht zu hart bedrückten, erhielt der Zemindar von der britischen Verwaltung das uneingeschränkte Alleineigentumsrecht mit der Pflicht zur Zahlung der Grundsteuer, deren Eintreibung von den Bauern seine Sache war. Das Permanent Settlement gab also dem Zemindar das Eigentumsrecht auf Dauer, während er einerseits ohne Bruch des Formalrechts die Pachtbauern um ihren Boden bringen konnte. Was hier in Bengalen nach westeuropäischem Muster geschah, ereignete sich später in anderen Landesteilen Indiens, die unter britische Herrschaft kamen: das lehensrechtliche Treue- und Gemeineigentumsverhältnis wurde aufgelöst durch die Schaffung ausschließlichen Privateigentums. Das alte System des sozialen Ausgleichs ging zugrunde. (Nur war die Regelung außerhalb Bengalens nicht permanent, sondern die Grundsteuer wurde alle 20 Jahre neu veranlagt.)

Besser als in der Agrarverfassung hat der ursprüngliche Genossenschaftsgedanke im Handwerk weiterleben können, weil er hier eine Stütze am Kastenwesen fand. Das Kastensystem im Sinne der Veden, der heiligen Bücher Indiens, beruht auf der Idee von der Ungleichheit der Menschen, die dem Einzelnen eine Pflicht auferlegt, bevor sie ihm ein Recht gibt (im Gegensatz zum christlichen und europäischen Gleichheitsbegriff, der eher von Rechten als von Pflichten spricht). Entsprechend dieser indischen Grundidee trug in der hinduistischen Gesellschaft die „Kaste“ alle sozialen Funktionen, die in einer europäischen Gesellschaft dem Staat zufallen. „Kaste“ bedeutet ganz etwas verschiedenes zu verschiedenen geschichtlichen Zeiten, es ist ein Sammelbegriff für die Bindung des Menschen in eine Gruppe der religiös geheiligten Gesellschaftsordnung. Diese Gruppe befaßte sich nicht nur mit wirtschaftlichen Aufgaben, sondern sie gab dem Einzelnen eine soziale und seelische Heimat. An der Spitze der Gruppe stand ein Fünfmännerausschuß „Pantschajat“, der die Aufgaben eines zivilrechtlichen Schiedsgerichts, eines Bagatellgerichts, der Wohlfahrt und der Einordnung der Gruppe in das gesamte Gruppensystem übernahm. (Auch die Parias hatten ihren Platz im Gesamtsystem, und weil sie von ihrer Pflicht, nicht von ihren Rechten, aus

dachten, blieben sie ihm mit wenigen Ausnahmen treu, obwohl die islamische und die christliche Mission ihnen eine größere „Gleichberechtigung“ versprechen konnte.)

Das Panchajatsystem setzte der britischen Durchdringung des Landes das dichte Geflecht einer umfassenden Selbstverwaltung entgegen. Doch es verlor an Gewicht, als sich die wirtschaftliche Schwerkraft stärker an die Küste verlagerte. Es gelang den Behörden, ihm allmählich die wirtschaftlichen und karitativen Funktionen zu entziehen, und es auf religiöse und schiedsrechtliche Aufgaben zu beschränken. Aber in dieser beschränkten Form lebt es immerhin auch heute noch.

Große Hungersnöte und Bauernunruhen am Ende des 19. Jahrhunderts legten der Regierung Britisch-Indiens die Reform der Agrarverfassung nahe. Man glaubte, in der schweren Verschuldung der Pachtbauern (die bis zu 40 Prozent Zinsen zahlen mußten) eine Wurzel der Not erkannt zu haben. Eine Kommission empfahl die Gründung von Kreditgenossenschaften als bestes Mittel zur politischen Beruhigung. 1904 wurde die gesetzliche Möglichkeit zur Errichtung genossenschaftlicher Darlehenskassen auf Dorfebene geschaffen. Es wurde ein Genossenschaftsregister angelegt, und die Kassen standen unter behördlicher Buchprüfung.

Obwohl die reine Kreditgenossenschaft als Körperschaft des Wirtschaftslebens nach europäischem Muster von außen her in Indien eingeführt wurde, weckte sie doch das Echo der Erinnerung an die alten Gemeinschaftsformen. 1911 gab es über 8000 Genossenschaften mit über 400 000 Mitgliedern und einem Kapital von über 33 Millionen Rupien. Als die Aufsicht über die Genossenschaften durch die britische Verwaltungsreform des Jahres 1919 von der Zentralregierung an die Provinzbehörden überging, kam die Bewegung der Bevölkerung näher. Die Gesetzgebung folgte nur allmählich der Ausweitung der genossenschaftlichen Aufgaben über die bloße Kreditgewährung hinaus. Nach dem Übergang der Provinzialverwaltung in indische Hände (1937) nahmen die Genossenschaften einen neuen Aufschwung: Erntefinanzierung, Absatzorganisation, Beschaffung von Saatgut, Kunstdünger, Maschinen und Geräten, aber auch von Verbrauchsgütern wie Textilien, Petroleum oder Salz, Einrichtung von Milchsammelstellen, die Haltung von Zuchtbullen und die Ver-

mittlung von Hilfskräften für „Arbeits spitzen“ gehörten jetzt zu ihren Aufgaben, — der enge Rahmen des Kreditinstituts für kleine Leute war endgültig gesprengt. Allerdings blieb der Unterschied zwischen den Genossenschaften in Europa und in Indien, daß sie hier durch den Staat ins Leben gerufen und gelenkt wurden, während sie dort spontan entstanden waren.

Seit der Unabhängigkeitserklärung Indiens verstärkt die Regierung ihre organisatorische Hilfe, bemüht sich aber auch um eine Weckung moralischer Kräfte. Das Bild des heutigen Genossenschaftswesens ist vielfältig: Es gibt Kreditgenossenschaften für den kurzfristigen Kreditbedarf und (1948/49) fünf zentrale Bodenkreditbanken (in Bombay, Madras, Orissa, Maisur und Trawankur) zur langfristigen Kreditgewährung, — genossenschaftliche Verkaufsorganisationen, unter denen die Milchwirtschaftsverbände und die Baumwollverkaufsgesellschaft in Bombay besonders erfolgreich sind, — Meliorations- und Anbaugenossenschaften, — Genossenschaften mit hygienischen Aufgaben (Straßenreinigung, Besserung der sanitären Einrichtungen, Wasserversorgung, Lagerung des Düngers, — besonders zu erwähnen sind die Erfolge bei der Malariaabekämpfung durch Lichtung des Dschungels oder Trockenlegung von Tümpeln), — schließlich die sehr volkstümlich gewordenen Pachtgenossenschaften, in denen die Vorteile der Gemeinwirtschaft (beim Aufbringen der Pacht, der Kreditbeschaffung und dem Absatz) mit der Selbstverantwortlichkeit des freien Eigentümers (einschließlich des Vererbungsrechts) verbunden werden.

Flüchtlinge aus Pakistan haben in Chhattar (Pandschab) 1948 eine Landbaugenossenschaft gegründet, die auch im Ausland Aufsehen erregt hat. Sie versuchen, eine vorbildliche Synthese zwischen dem krassen Privateigentumsbegriff des 19. Jahrhunderts und seinem extremen Gegensatz, den die Kolchosen der Sowjetunion darstellen, zu finden.

An diesem Einzelfall wird die Aufgabe deutlich, die dem ländlichen Indien gestellt ist. Ein Vergleich seiner Leistungen mit China ist nicht gerecht, wenn er sich nicht an die Zerstörung der alten Gemeinschaftsformen durch die politische und geistige Fremdherrschaft erinnert. Heute geht es in Indien um die Synthese zwischen dem technischen und

wirtschaftlichen Fortschritt und der moralischen Kraft der alteigenen Kultur, in der die Kräfte der Selbsthilfe gegen die Not erwachen können. Vielleicht ist es nicht richtig, die Aussichten für eine solche Synthese ganz so pessimistisch zu beurteilen, wie es Mr. Wilson anscheinend tut.

Kirpa Ram Dhawan

Zum Tode Ferdinand Sauerbruchs

Sehr geehrte Herren!

Ich weiß, daß es in Ihrer Zeitschrift nicht darauf ankommt, daß ich als Arzt die Verdienste des toten Ferdinand Sauerbruch um die Chirurgie würdige. Die Kranken und Verwundeten, denen seine Thorax-Operationen und seine Prothesen Leben und Arbeitsfähigkeit wiedergegeben haben, werden von sich aus dafür sorgen, daß sich nicht nur Fachleute und Gelehrte an Sauerbruchs Kunst erinnern.

Sauerbruch war in einer heillosen Zeit ein selten tapferer Mann. Sein physischer Mut und seine Zivilcourage kamen aus Quellen, die tiefer als sein berufliches Können und als seine wissenschaftliche Größe lagen. (Wie menschlich klein auch große Gelehrte sein können, haben wir ja selbst erlebt.)

Sauerbruch teilte unser aller Schicksal, insofern war sein Leben ein Beispiel. Er wurde aber mit dem Schicksal besser fertig als viele von uns, — insofern war sein Leben ein Vorbild.

Immer wieder ist er kleiner Jämmerlichkeit begegnet, — und immer wieder hat er sie einfach stehen lassen. Seine Lehrer ließen ihn dreimal in der Schule sitzen, — ein „Ausleseverfahren“ moderner Art hätte wahrscheinlich die Begabung dieses Elberfelder Schusterjungen nicht zum Studium zugelassen. Er selbst hat oft gesagt, daß er seiner Jugendzeit die Art verdankt, die ihn zum Helden zahlreicher treffsicherer Anekdoten macht.

Einmalig war an ihm die Verbindung von fachlichem Können und schöpferischem Einfall mit menschlicher Wärme und Größe. Auf ihr beruhte sein Einfluß bei den Studenten. Sie überglänzte die Ecken und Kanten, die sie Wesen auch durchaus besaß.

Die alten Münchener Studenten wissen, daß er nicht nur auf die Mediziner, sondern die ganze Universität in der Wirrnis nach 1919 Klarheit und Festigkeit ausstrahlte. 1936 sagte er vor einem Disziplinarhof der Berliner Universität zugunsten von Studenten aus, die ein Übereifriger maßregeln wollte, weil sie zur Bekennenden Kirche gehörten: „Ich wäre stolz, wenn diese Studenten meine Söhne wären“.

Nach 1945 ließ er sich durch keine Not und keine Demütigung aus Berlin vertreiben. Als man ihn zur Teilnahme an seiner eigenen „Entnazifizierung“ aufforderte, sagte er dem zuständigen Westberliner Scherbengericht seine Meinung, indem er das drastischste Zitat des größten deutschen Dichters gebrauchte.

Nachdem Sauerbruch als Arzt bekannt geworden war, ging es ihm wirtschaftlich gut, er wurde zu Operationen an den Mächtigen dieser Welt eingeladen. In den letzten Lebensjahren litt er wirtschaftliche Not. Er bewarb sich in Westberlin um die Zulassung als Kassenarzt. Sein Antrag wurde abgelehnt, weil ihm ein dafür notwendiges Papier fehlte, das in seiner eigenen Assistentenzeit noch nicht als wesentlicher Teil der Ausstattung angesehen worden war. Die Würde, mit der er nicht nur der Not, sondern auch der Schikane gegenübertrat, machte ihn größer. Er half und operierte bis in die letzten Wochen seines fünfundsiebzigjährigen Lebens.

Ferdinand Sauerbruch war ein großer Arzt. Er war ein Menschenbildner. Er war ein großer Mensch. Er besaß einen bedeutenden Geist und kunstfertige Hände, Lebenskraft und Wärme des Herzens, aber auch charakterliche Härte und den Willen, sich selbst und seiner Aufgabe treu zu bleiben.

Heinrich K. Kunstmann

Ein Buch für die Leser
der „GEOPOLITIK“:

POLONIUS:

Keine Angst vor Sowjet-Rußland!

BEIHEFTE ZUR GEOPOLITIK / Heft 2

8°, 128 Seiten, Kart. DM 3,80

Wer den Aufsatz über das gleiche Thema in Heft 6 gelesen hat, ist überrascht und fasziniert von dieser Schrift. Die Fülle der Erfahrungen und Gedanken, der weite Blick des Verfassers haben in der völligen, auch sprachlichen Neufassung, die eine Gemeinschaftsarbeit mit deutschen Rußlandkennern ist, noch außerordentlich gewonnen.

*Bitte benutzen Sie für Ihre Bestellung den
Gutschein, der Heft 7 der Zeitschrift beilag.*

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG

NATION EUROPA

Monatsschrift im Dienste der europäischen Erneuerung

Die Zeitschrift der ungebrochenen Kämpfer für
EINIGKEIT, RECHT UND FREIHEIT

Aus dem Inhalt des Septemberheftes:

*Mosley: Britannien und Deutschland — Wilhelm Stapel: England und Europa — Annelies
v. Ribbentrop: Hitlers Englandpolitik — Jan v. d. Made: Unwürdige Erben (Brief an Attlee)*

Aussprache über Widerstand und Eidbruch
(ehemaliger Oberbürgermeister Ströhl, Generaladmiral Boehm)

Stimmen deutscher, niederländischer und wallonischer Rußlandkämpfer
zur Frage der Bewaffnung

„Nation Europa“ bedeutet eine gute Ergänzung zu „GEOPOLITIK“

Bezugspreis 1 DM; 64 Seiten

Fordern Sie Probeheft beim

NATION EUROPA-VERLAG, COBURG, Postfach 200

Zweite Auflage

ATLAS

ZUR

WELTGESCHICHTE

Bearbeitet von Oberstudiendirektor K. Leonhardt

Mit 75 vielfarbigen Karten und Plänen in Großformat (25×34,5 cm)

In mehrfarbigem starkem Umschlag mit Leinenrücken

DM 5,40

Der Atlas ist nach einem einheitlichen Plan ausgeführt und weist gegenüber den bisherigen Geschichtsatlanten bedeutende Verbesserungen auf.

Großräumige Karten von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart, die den jeweiligen historischen Raum in seiner ganzen Ausdehnung umfassen, regen zur universalen Geschichtsbetrachtung an.

Völker und Staaten sind innerhalb der großen geschichtlichen Zeitabschnitte immer in der gleichen Farbe wiedergegeben, wodurch eine schnelle Orientierung sehr erleichtert wird.

Einheitliche Maßstäbe, die sich zueinander wie 1:2:4:8 usw. verhalten, gestalten interessante Größenvergleiche innerhalb des gesamten Kartenwerkes.

Einheitliche Anordnung der Hauptkarten in Querformat unter Vermeidung jeglicher behindernder Faltung gewährleistet schnelle Übersicht über die Schicksale der Völker und Staaten.

Die Karten sind kartographisch sauber und zuverlässig gezeichnet, in achtfarbigem Offsetdruck hergestellt und ergeben ein harmonisches, auch ästhetisch in jeder Weise befriedigendes Bild.

Der zunächst für Schüler und Studenten bestimmte Atlas ist für jeden von größtem Interesse, der an geschichtlichen und politischen Fragen Anteil nimmt und schnelle Unterrichtung über Einzelfragen oder den Gesamt Ablauf der Geschichte wünscht.

LEHRMITTEL-VERLAG OFFENBURG/BADEN